

Ausgabe 02|24

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Politische Bildung
für nachhaltige Entwicklung

[IM FOKUS]

Nachhaltigkeitspolitik
und Demokratie

[INTERVIEW]

Droht in den USA eine Zerstörung
der politischen Ordnung?
Ein Interview mit Heike Paul

Liebe Leserin und lieber Leser,

„Am Abgrund einer alten Welt.“ So charakterisiert Ingolfur Blühdorn am 30. Juli 2024 in einem Gastbeitrag für die F.A.Z. die jüngsten globalen Entwicklungen. Zwar sei es im Zuge der zahlreichen Migrationskrisen und kriegerischen Auseinandersetzungen um Bewegungen wie Fridays for Future oder die Letzte Generation etwas „ruhig geworden“, dennoch oder gerade deswegen ist für den an einer Wiener Universität lehrenden deutschen Politikwissenschaftler endgültig die Zeit gekommen, sich intensiv mit der nachhaltigen „Gestaltung der nächsten Moderne“ auseinanderzusetzen.

Der Schwerpunkt dieser E+P-Ausgabe beschäftigt sich mit der Problematik, wie es demokratischen Gesellschaften gelingen kann, die Notwendigkeiten nachhaltiger Politik und Bildung durchzusetzen. Alexander Stulpe geht in seinem Leitartikel der Frage nach, ob und inwieweit die westlichen Demokratien überhaupt in der Lage sind, den multiplen Krisen und Untergangsszenarien etwas entgegen zu setzen. Bernd Overwien legt den Fokus darauf, die Zusammenhänge zwischen nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten und politischer Bildung herauszuarbeiten.

Die heiße Phase des US-Wahlkampfes um das Präsidentenamt analysiert Heike Paul in einem Gespräch mit der E+P-Redaktion. Vor allem die Auswirkungen des Rückzugs des Amtsinhabers Joe Biden zugunsten seiner Vizepräsidentin Kamala Harris werden von ihr beleuchtet.

Ebenfalls um politische Bildung geht es in zwei Beiträgen zum Wahlverhalten junger Wählerinnen und Wähler. Dabei konzentriert sich Eva Feldmann-Wojtachnia auf die Europawahl, während Gerald Wolff das Konzept der Juniorwahl vorstellt.

Jürgen Mittag setzt die mit einem Interview mit Philipp Lahm und Celia Šašić begonnene Reihe zur Fußball-Europameisterschaft fort. Er betrachtet die „EURO als Sportmegaevent und Politikum“ und zieht eine erste Bilanz.

Die neue Serie „Wegbereiterinnen und Vorbilder - Spitzenpolitikerinnen im Bayerischen Landtag“ wird von Daniela Neri-Ultsch mit einem Beitrag zu Barbara Stamm eröffnet. Mit den Werken und politischen Aussagen des Künstlers Banksy setzt sich Nadja Renner auseinander.

Wir wünschen eine angenehme und im besten Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Eva Feldmann-Wojtachnia leitet die Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ am Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München.

Prof. Dr. Jürgen Mittag lehrt zu Sport und Politik an der Deutschen Sporthochschule Köln und leitet das Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitstudienforschung.

Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch ist Hochschullehrerin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg.

Prof. Dr. Bernd Overwien arbeitet als Seniorprofessor an der HU Berlin im Bereich Sachunterricht, politische Bildung.

Prof. Dr. Heike Paul hat den Lehrstuhl für Amerikanistik, insbesondere nordamerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg inne.

Nadja Renner ist Gymnasiallehrerin und Referentin im Publikationsreferat an der BLZ.

Dr. Alexander Stulpe ist Politikwissenschaftler. Bis Mai 2024 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Helmut-Schmidt-Universität und am GIDS in Hamburg.

Gerald Wolff ist Initiator und Projektleiter der Juniorwahlen sowie Vorstand des Vereins Kumulus e.V.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse:
landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort:
Einsichten und Perspektiven.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie 4
von Alexander Stulpe

IM FOKUS

Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung 16
von Bernd Overwien

IM FOKUS

Stimmen aus der Bevölkerung – Ist Nachhaltigkeit in Zeiten multipler Krisen noch möglich? 23

INTERVIEW

Droht in den USA eine Zerstörung der politischen Ordnung? 26
Interview mit Heike Paul

MUSIK UND POLITIK

Der Sound der Zeit – Die US-Wahl 36

FUSSBALL

Die EURO 2024 in Deutschland als Megaevent und Politikum: Erwartungen – Erfahrungen – Einordnungen 38
Teil 2 der Serie: Fußball – Spiel des Lebens?
von Jürgen Mittag

WAHLEN

Juniorwahl – Politikunterricht einmal anders 49
von Gerald Wolff

Europawahl 2024. Stimmen junger Menschen in der Politik 53
von Eva Feldmann-Wojtachnia

Kunst und Politik

Banksy: Die Stimme der Straße 60
von Nadja Renner

SERIE

Barbara Stamm (1944 – 2022) 65
Konservative Sozialpolitikerin und Kämpferin für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft
von Daniela Neri-Ultsch

NACHHALTIGKEITSPOLITIK UND DEMOKRATIE

von Alexander Stulpe



Die Klimaaktivisten der sog. „Letzten Generation“ protestieren am 31. August 2024 vor dem Justizpalast in München in der Prielmayerstraße 24 Stunden lang gegen den Klimawandel.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Stephan Rumpf

Nachhaltigkeitspolitik muss demokratische Nachhaltigkeitspolitik sein. Dabei geht es um Klimaschutz, aber auch um die Demokratie selbst.

In einer Krise geht es immer ums Ganze. Sie ist die Phase innerhalb einer Entwicklung, in der sich entscheidet, ob an ihrem Ausgang – wenn nicht, wie in der eschatologischen Bedeutung, ewige Verdammnis oder Seelenheil, so doch – Exitus oder Regeneration steht;¹ im Falle der Klimakrise: das Ende allen Lebens auf dem Planeten oder das Überleben der Menschheit. Die Zukunft der menschlichen Gesellschaft hängt vom Handeln im Hier und Jetzt ab. Diese krisenspezifische Konstellation spiegeln auch die Selbstbezeichnungen der reichweitenstärksten Akteure in der Klimaschutzbewegung wider. Es geht um nicht weniger als die letzte Gelegenheit (*Last Generation*), das Massenaussterben zu verhindern (*Extinction Rebellion*) und so die Zukunft der Menschheit zu retten (*Fridays for Future*). Nachhaltigkeitspolitik steht also unter Zeitdruck. Der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zufolge „müssen wir richtig auf die Tube drücken“,² um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Die zentrale „zielübergreifende Rolle“, die dem Klimaschutz hierbei zukommt, bekräftigt die Relevanz und Dringlichkeit einer solchen Politik. Die bereits erfah- und erlebbaren Folgen des menschengemachten Klimawandels führen vor Augen, was auf dem Spiel steht, wenn die globale gesellschaftliche Transformation auf Nachhaltigkeit als „ressourcenschonendes Leben und Wirtschaften“ scheitern und es nicht gelingen sollte, die Erderwärmung im Sinne des Pariser Abkommens auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.³ Der Begriff „Klimakrise“ ist mit seinen apokalyptischen Konnotationen Ausdruck dieser Lage.

Das Gespenst der Expertokratie

Die Situation könnte also kaum dramatischer sein, und man kann davon ausgehen, dass die nachhaltigkeitspolitischen Weichenstellungen für die notwendige gesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität nicht ohne „Zumutungen“⁴ auskommen werden. Eine andere Frage aber ist, ob die liberale Demokratie als solche mit dieser Aufgabe nicht per se überfordert ist und es autoritärerer politischer Formen bedarf, um die globale Katastrophe noch abzuwenden. Anhänger:innen dieser Sichtweise, die in einer eigenwilligen Interpretation des – an sich ja zunächst unterschiedlich auslegbaren – klimaschutzbewegten Slogans „*Follow the science!*“ die Umwandlung der liberalen Demokratie in eine Expertokratie fordern, glauben, empirischen Studien zufolge,⁵ an eine prinzipielle funktionale Überlegenheit autoritärer Regime bei der Formulierung und Umsetzung effizienter Nachhaltigkeitspolitik. Denn diese könnten, mit wissenschaftlicher Objektivität, einzig am gesamtgesellschaftlichen Wohl orientiert, die sachpolitisch bestmöglichen Entscheidungen treffen und effizient durchsetzen, im Gegensatz zu demokratischen Politiker:innen, die sich diesbezüglich am vermeintlich tendenziell irrationalen Wählerwillen orientierten und die adäquaten Entscheidungen und deren Umsetzung aufgrund parteipolitischer Interessen und langwieriger Aushandlungsprozesse verzögerten, wenn nicht ganz verhinderten. Neben der offensichtlich stark durch ein elitäres Selbstverständnis⁶ geprägten – höflich

-
- 1 Zur Geschichte des Krisenbegriffs und seiner apokalyptischen Konnotation vgl. Reinhart Koselleck: Einige Fragen an die Begriffsgeschichte von ‚Krise‘, in: ders.: Begriffsgeschichten, Frankfurt am Main 2010, S. 203–217.
 - 2 Dieses und die folgenden Zitate auf: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik> [Stand: 08.08.2024].
 - 3 Zum diskursiven Bedeutungswandel von „Nachhaltigkeit“ vgl. Elke Seefried: Nachhaltigkeit und Demokratie, in: APuZ 72 (2022), H. 21-22, S. 15–20.

-
- 4 Felix Heidenreich: Mehr Zumutung wagen – Ein progressiver Freiheitsbegriff für die „große Transformation“, <https://www.progressives-zentrum.org/mehr-zumutung-wagen> [Stand: 08.12.2022].
 - 5 Vgl. Senja Post: Zwischen Expertokratie und Wissenschaftspopulismus, in: APuZ 72 (2022), H. 26-27, S. 28–34, hier S. 30.
 - 6 Umfragen zufolge findet sich diese expertokratische Einstellung insbesondere in formal höher gebildeten Schichten und bei Wissenschaftler:innen, vgl. Post (wie Anm. 5).



Der Sommer 2024 war der heißeste in Europa seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Amtliche Hitzewarnung des Deutschen Wetterdienstes DWD vom 11. August 2024 in Essen

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Jochen Track

ausgedrückt – Demokratieskepsis,⁷ fällt die hierzu komplementäre, positive Erwartungshaltung gegenüber einer autoritären Politik auf, die machtvoll und ohne vermeintlich falsche Rücksichtnahme das Nötige tut. Es gibt hier eine Affinität zu radikaleren Akteur:innen der Klimaschutzbewegung, die angesichts der beklagten Untätigkeit demokratischer Regierungen über die Legitimität und Notwendigkeit terroristischer Strategien spekulieren – aus Notwehr oder sogar als moralische Verpflichtung, um Regierungshandeln zu erzwingen.⁸ Ulrike Meinhofs

7 Gesellschaftstheoretisch betrachtet, zeugt diese Demokratieskepsis auch von einer grundlegenden Ignoranz gegenüber der systemischen Eigenlogik von Politik im Unterschied zu derjenigen des Wissenschaftssystems. Vgl. hierzu Post (wie Anm. 5), S. 28 f., und Alexander Bogner: (Pseudo-) Wissenschaft und Demokratie im Krisenzeitalter, in: APuZ 72 (2022), H. 26-27, S. 14-20, der diesbezüglich von einer „Epistemisierung des Politischen“ spricht.

8 Interessant und aufschlussreich ist hierzu insbesondere die dritte Stunde des gut achteinhalbstündigen Gesprächs mit dem Youtuber Rezo im Zeit-Interviewpodcast von Jochen Wegner und Christoph Amend („Rezo, warum willst du Bundeskanzler sein?“), auch mit Blick auf mögliche lebensgeschichtliche Determinanten dieser Sichtweise, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-10/rezo-interviewpodcast-alles-gesagt> [Stand: 05. 08. 2024].

fanatische Wendung des Gedankens, dass, wo Recht zu Unrecht, Widerstand zur Pflicht werde, hallt hier nach. Entsprechend wurde diese aktuelle Gestalt des moralischen Rigorismus („*How dare you!*“), gerade in Verbindung mit seiner Fehleinschätzung des liberaldemokratischen Rechtsstaats, mit der Haltung der RAF-Terrorist:innen verglichen.⁹

Man könnte hier auch an ideen- und mentalitätsgeschichtlich frühere Schichten denken: an die revolutionäre Ungeduld und den Glauben an die zeitenwendende, transformative Kraft der – je nach Ausrichtung: rettenden, erlösenden, befreienden –, darin charismatisch aufgeladenen, „seinssprengenden Tat“,¹⁰ wie sie Karl Mannheim paradigmatisch im frühneuzeitlichen Chiliasmus verortet und im Voluntarismus des Anarchismus und anderer moderner revolutionärer Bewegungen wiederkehren sieht. Oder, noch früher, an die Erwartungen an das auf Wahrheit und Gerechtigkeit gegründete Philosophenkönigtum, das Platon in metaphysischer Gewissheit – in Nietzsches respektlosen Worten: „ich, Plato, *bin* die Wahrheit“¹¹ – als die beste politische Ordnung entwarf. Aber dessen Plausibilitätsbedingungen sind, wissenschaftlich betrachtet, perdu. Anders als die Antike und das Mittelalter verfügt die moderne Gesellschaft nicht mehr über jenen einen zentralen, strukturell privilegierten Ort, eine gesellschaftliche Spitze, von der aus sie sich selbst und die Welt konkurrenzfrei beobachten und beschreiben oder gar steuern könnte.¹² Die Vorstellung, eine Person oder eine Gruppe könnten aufgrund überragenden Wissens und kluger Einsicht die Geschicke der Gesellschaft (und der Menschheit) zum Besten aller

9 Vgl. Johannes Varwick: Auf dem Weg in die „Ökodikatur?“, in: APuZ 72 (2022), H. 21-22, S. 4-8.

10 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, Frankfurt am Main 1995, S. 186.

11 Friedrich Nietzsche: Wie die „wahre Welt“ endlich zur Fabel wurde, in: ders.: Kritische Studienausgabe, Bd. 6, hg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari, München/Berlin/New York 1988, S. 80 f., hier S. 80.

12 Grundlegend für diese und die folgenden Überlegungen aus evolutionistisch-gesellschaftstheoretischer Perspektive: Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1997; zur Einführung z. B. Detlef Horster: Niklas Luhmann, München 1997.

lenken,¹³ die der expertokratischen Idealisierung autoritärer Herrschaft zugrunde liegt, ist, anders ausgedrückt, unrealistisch.

Die modernen gesellschaftlichen Funktionssysteme der Politik und der Wissenschaft beziehen sich zwar in ihren jeweiligen – politisch an Macht, wissenschaftlich an Wahrheit orientierten – Operationen aufeinander, dies aber selektiv, nach Maßgabe ihrer je eigenen Programme und Perspektiven. Die wissenschaftliche Evidenz, anhand derer sich die Politik in ihrer Realitätsdeutung informiert, ergibt per se noch keine Handlungsanweisung, die an das politische System zur Formulierung allgemein verbindlicher Entscheidungen weitergereicht werden könnte. Aus wissenschaftlichen Diagnosen und Prognosen zum Klimawandel folgt eben unmittelbar noch keine konkrete politische Maßnahme, sondern nur – dies allerdings unbestreitbar – ein abstrakter Handlungsbedarf, der unter Berücksichtigung weiterer Aspekte der Realität, im Hinblick auf Ziele, Mittel, Wege und weitere Randbedingungen der Umsetzung politisch zu konkretisieren ist.

Die Forderung nach einer wissenschaftlich-wahrheitsgeleiteten Politik oder einer politisch-machtvollen Wissenschaft ignoriert die funktionale Differenzierung von Wissenschaft und Politik, die deren jeweilige Leistungsfähigkeit erst ermöglicht. Sie ignoriert damit generell das soziokulturell-evolutionär erreichte Komplexitätsniveau der modernen Gesellschaft und überfrachtet Wissenschaft wie Politik mit Erwartungen an Kontingenznegation. Dies führt zu der Fehleinschätzung einer vermeintlichen Ineffektivität liberaler Demokratien und Effizienzüberlegenheit autoritärer Regime in Krisenzeiten. Tatsächlich spricht in einer Gesellschaft, in der ein strukturell privilegierter Zugang zur Wahrheit nicht verfügbar ist, vieles dafür,¹⁴ dass autoritäre Regime, ganz im Gegensatz zum Platonischen Ideal, denkbar ungeeignet dafür sind, überhaupt irgendeine gemeinwohlorientierte Politik zu verfolgen. Dagegen gibt es gute Gründe anzunehmen, dass gerade die liberale Demokratie hierzu bestens in der Lage ist. Sie hat gegenüber

autoritären Regimen einen generellen Vorsprung an politischer Effizienz, denn sie ist besser darin, erstens, Probleme zu lösen, und zweitens: diese Lösungen dann auch erfolgreich umzusetzen.

Effizienzvorsprünge demokratischer Nachhaltigkeitspolitik

Die liberale Demokratie ist autoritären Regimen nicht nur aus normativen Gründen vorzuziehen, sondern diesen auch funktional in der effizienten Bewältigung nachhaltigkeitspolitischer Herausforderungen überlegen. Pointiert gesprochen: Nachhaltigkeitspolitik mit Erfolgchancen kann – auch und gerade angesichts des Zeitdrucks – nur als demokratische Nachhaltigkeitspolitik konzipiert werden. Damit ist zunächst gemeint, dass die liberale Demokratie hierfür den besseren Handlungsrahmen bietet als autoritäre Regime. Das gilt sowohl für die Ermittlung adäquater Problemlösungen und die Formulierung entsprechender politischer Ziele und Maßnahmen als auch für die effiziente Verwirklichung dieser Politik. Befürworter:innen dieser Sicht verweisen auf die systemische Problemlösungskompetenz von Demokratien, eine Lern- und Innovationsfähigkeit, über die autoritäre Regime nicht verfügen, und auf die Notwendigkeit, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen.¹⁵ Für die diesbezügliche Überlegenheit der liberalen Demokratie gegenüber autoritären Regimen sprechen die folgenden theoretischen Überlegungen.

Problemlösungskompetenz – 1:0 für die liberale Demokratie

Man kann zunächst, wie Armin Nassehi,¹⁶ aus gesellschaftstheoretischer Perspektive auf die „Ergebnisoffenheit“ liberaldemokratischer Prozesse verweisen, die derjenigen anderer Funktionssysteme der modernen Gesellschaft (beispielsweise der Wissenschaft) entspricht. Diese bewirkt ebenso

13 In gewisser Weise das Positivbild einer Verschwörungstheorie, zumindest mit Blick auf den handlungstheoretischen Reduktionismus, der die Differenz von Intention und Effekt (und damit Kontingenz) negiert.

14 Nicht zuletzt die historische Erfahrung und gegenwärtige Empirie, vgl. Varwick (wie Anm. 9).

15 „Wir können nur ohne Ökodiktatur das Klima retten“, so der Klimaforscher Ottmar Edenhofer, zit. bei Varwick (wie Anm. 9), S. 8.

16 Armin Nassehi: Die Rückkehr des Feindes, <https://www.zeit.de/kultur/2022-02/demokratie-bedrohung-russland-ukraine-krieg-wladimir-putin> [Stand 10. 04. 2022] – die folgenden Zitate ebd.



Gewaltfreie und regelmäßige Übergabe der Macht ist ein zentrales Charakteristikum der Demokratie. Hier zu sehen ist der ehemalige republikanische US-Präsident George W. Bush mit seiner Frau und US-First-Lady Laura Bush bei der Amtsübergabe an ihre Nachfolger Barack und Michelle Obama von den Demokraten am 20. Januar 2009.
 Foto: Picture Alliance/AP/Fotograf: Pablo Martinez Monsivais

die Lernfähigkeit liberaldemokratischer Gesellschaften, wie sie auch zugleich die Feindschaft von Autokraten provoziert. Denn diese Ergebnisoffenheit gesellschaftlicher Prozesse, die sich die moderne Gesellschaft um ihrer Komplexität willen leistet, bedingt einerseits eine prinzipielle Innovationsoffenheit, aber auch Fehleranfälligkeit, die die Fähigkeit zur Selbstkorrektur erforderlich macht und dadurch Lernprozesse initiiert, was grundsätzlich eine hohe Problemlösungskompetenz bewirkt. Andererseits verunmöglicht dieser Operationsmodus der „ergebnisoffenen Demokratie“ das „Durchregieren“ und verweigert sich absoluten Herrschaftsansprüchen. Die Existenz und die Attraktivität des liberaldemokratischen Modells stellen deshalb eine Bedrohung für die Herrschaft von autoritären Machthabern dar. Dies bedingt die Feindschaft. Autoritäre Regime unterdrücken deswegen nicht nur demokratisch-oppositionelle Bestrebungen im Innern ihrer Herrschaftsbereiche, sondern sehen sich auch in einem globalen Krieg gegen die westlichen Demokratien, deren Anziehungskraft auf ihre eigenen Bevölkerungen sie fürchten. Sie beharren deswegen bekanntlich darauf, Widerstände und Freiheitsbestrebungen im Innern auf westliche Agententätigkeit zurückzuführen, und treten auf internationalem Parkett als selbsterklärte Verbündete des „globalen Südens“ gegen die vermeintlichen Hegemonialansprüche des „kollektiven Westens“ auf, dessen Scheitern sie projektieren und

dessen Schwächung sie auch durch Mittel hybrider Einflussnahme auf liberaldemokratische Gesellschaften herbeizuführen versuchen.

Politiktheoretisch lässt sich die Problemlösungskompetenz bereits an grundlegenden Errungenschaften liberaldemokratischer Rechtsstaatlichkeit aufzeigen: die Unterscheidung von Regierung und Opposition bietet programmatische Alternativen und garantiert, vermittelt durch regelmäßige demokratische Wahlen, einen unblutigen Machtwechsel.¹⁷ Dies wiederum verhindert – als Herrschaft auf Zeit, also als temporaler Aspekt der Gewaltenteilung, neben anderen Formen liberalrechtsstaatlicher Herrschaftslimitation¹⁸ – Willkür und Machtmissbrauch in der Ausübung politischer Macht und eröffnet einen Zukunftshorizont, der nachhaltigkeits- und generell gemeinwohlorientierte Politikangebote begünstigt. Auf der Gegenseite steht der autoritäre Machthaber, der aufgrund des ungelösten Nachfolgeproblems sein Handeln im Interesse seines (nicht nur) politischen Überlebens primär am eigenen Machterhalt ausrichten muss und damit keine gemeinwohl- und zukunftsorientierte Perspektive ausbilden kann, die von der Perpetuierung seiner eigenen Herrschaft abweicht.¹⁹ Denn, anders als demokratische Politiker:innen, die nach ihrer Abwahl in der Opposition für ihre Wiederwahl kämpfen können, müssen der Autokrat, seine Gefolgschaft und die von seiner Herrschaft profitierenden Eliten im Falle seiner Absetzung mit harten, existenziellen Folgen rechnen. Eine von solcher Interessenlage geprägte, konstitutionell wenig oder unbeschränkte, durch keine freie Öffentlichkeit kontrollierte und informierte Politik bietet wenige Chancen für Lernprozesse und die Generierung nachhaltigkeitspolitischer Lösungsangebote.

Von zentraler Bedeutung für die Kontrolle politischer, aber auch gesellschaftlicher Macht ist die freie, zugangsoffene Öffentlichkeit in liberalen Demokratien, mit ihren grundlegenden Funktionen der politischen Meinungsbildung, Kritik und Responsivität; aber auch, in normativ anspruchsvolleren demokratietheoretischen Perspektiven, als Medium

17 Vgl. Niklas Luhmann: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000, S. 96–105, 163–166.

18 Vgl. Kurt Kluxen: Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, Frankfurt am Main 1983, S. 250.

19 Vgl. Timothy Snyder: Der Weg in die Unfreiheit, München 2018, S. 46.

der staatsbürgerlichen Sozialisation und der Integration pluralistischer Gesellschaften und – unter dem Aspekt der Problemlösungskompetenz besonders wichtig – der Legitimation und qualitativen Rationalisierung demokratischer Politik, also der inhaltlichen Verbesserung politischer Entscheidungen.²⁰ Als Sphäre des diskursiven Austausches von Argumenten und der pluralistischen Meinungsbildung erlaubt eine solche (deliberative) Öffentlichkeit mit Blick auf die Formulierung effizienter Nachhaltigkeitspolitik insbesondere, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nicht in expertokratischer Kurzschlüssigkeit zu konzipieren, sondern in einer Weise, die dem gesellschaftlichen Komplexitätsniveau entspricht: als öffentlicher Diskurs, in den wissenschaftliche Evidenzen eingespeist werden können, die wiederum zu einer informierten politischen Meinungsbildung beitragen. Diese wird ihrerseits relevant sowohl bei der Formulierung politischer Entscheidungen im administrativen System als auch bei der kommunikativen Vermittlung solcher Entscheidungen, ihrer Akzeptanz und ihrer kritischen Diskussion.

Daraus ergibt sich zwar keine Garantie für eine im Sinne der beteiligten Wissenschaftler:innen angemessene Vermittlung und Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse und Debatten. Und der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit droht generell, die für die liberale Demokratie vitalen Funktionen der Öffentlichkeit zu beeinträchtigen.²¹ Bedrohlich sind auch durch jenen Strukturwandel zusätzlich begünstigte hybride Angriffe, die die prinzipielle Zugangsoffenheit und Freiheit der demokratischen Öffentlichkeit in strategisch antidemokratischer Absicht ausbeuten, etwa durch die Verbreitung von Desinformation, Propaganda und Hetze. Aber diese Vulnerabilität spricht nur für die besondere Schutzbedürftigkeit demokratischer Öffentlichkeit, nicht gegen ihren Wert und ihre grundlegende Bedeutung für die liberale Demokratie und deren Stärken. All dies macht sie ja gegenwärtig zum bevorzugten Ziel hybrider Angriffe durch Demokratiefeinde.

20 Vgl. z. B. Jürgen Habermas: Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: *Leviathan* 49 (2021), Sonderband 37, S. 470–500.

21 Neben der qualitativen Rationalisierung insbesondere bezüglich der damit verbundenen demokratischen Legitimations- und staatsbürgerlichen Sozialisationsfunktion, vgl. ebd., S. 492–499.

Umsetzungsstärke – 2:0 für die liberale Demokratie

Der autoritäre Gegenentwurf einer gelenkten Öffentlichkeit verzichtet nicht nur auf die Rationalitäts- und Informationsvorteile demokratischer, freier Öffentlichkeiten und die daraus resultierenden Chancen der qualitativen Verbesserung politischer Entscheidungen. Er ist zugleich Inbegriff eines autoritären Politikverständnisses, das in der Umsetzung seiner Ziele nicht mit Zustimmung und Kooperationsbereitschaft rechnet, sondern hierfür auf Manipulation, Propaganda, Betrug und Lüge setzt, und auf Zwang, Gewalt und Terror. Der hierfür nötige Repressions- und Überwachungsapparat ist aber – neben allen anderen, offensichtlichen Einwänden gegen ein solches Regime – kostspielig und bleibt im Hinblick auf die Effizienz in der Umsetzung komplexer politischer Programme hinter den strukturellen Fähigkeiten der liberalen Demokratie zurück, die eine prinzipielle Kooperationsbereitschaft ihrer Bürger:innen erwarten kann – weil sie sonst keine Demokratie wäre. Der Grundgedanke stammt aus der republikanischen Demokratietheorie. Er besagt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und damit „der dauerhafte Bestand freiheitlich verfasster Gesellschaften von der Existenz sozialmoralischer Ressourcen abhängt, [...] die sich im freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement [...] manifestieren und reproduzieren“.²² Klassisch werden diese mental-motivationalen Dispositionen mit Begriffen wie „Bürgertugend“ und „Gemeinsinn“ bezeichnet. Charles Taylor spricht im Kontext seiner „republikanischen These“ von einem freiheitlichen Patriotismus, in dem sich die Bürger:innen mit ihrem demokratischen Gemeinwesen identifizieren und für dessen Erhalt und Verteidigung engagieren.²³ Und

22 Herfried Münkler/Felix Wassermann: Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie, in: *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus*, hg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2008, S. 3–22.

23 Charles Taylor: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in: *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Axel Honneth (Hg.): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen der Gesellschaft*, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 103–130, hier S. 118.

Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger und von der Möglichkeit der freien Meinungsbildung im öffentlichen Diskurs. Mitglieder der europafreundlichen und überparteilichen Organisation „Pulse of Europe“ werben am 2. Juni 2024 vor dem Alten Museum am Lustgarten in Berlin für eine Teilnahme an den Europawahlen.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf: Stefan Boness



andere Theoretiker:innen des zeitgenössischen Republikanismus, wie die „neorömischen“ Republikaner Quentin Skinner oder Philip Pettit, heben in ähnlicher Weise die dieses Engagement motivierende normative Orientierung der Bürger:innen am zentralen Wert ihrer Freiheit hervor, deren Schutz und Sicherheit sie in der institutionellen Ordnung der Demokratie garantiert sehen.²⁴ Bei diesen begrifflich-theoretisch so oder ähnlich²⁵ zu fassen den sozialmoralischen Ressourcen handelt es sich also um normative Orientierungen in den mentalen Dispositionen der Bürger:innen, die zu den Funktionsbedingungen von Demokratien gehören. Das Vorhandensein solcher sozialmoralischen

Ressourcen, die man zusammenfassend als „republikanische Disposition“ bezeichnen kann,²⁶ ist sowohl Bedingung der „Lebensfähigkeit“ von freien Gesellschaften als auch ein strukturelles Merkmal, das diese von „despotischen Regimen“ unterscheidet²⁷ und zugleich die funktionale Überlegenheit der liberalen Demokratie gegenüber autoritären Regimen begründet – auch im Hinblick auf die Implementierung von nachhaltigkeitspolitischen Programmen. Dies ergibt sich aus der zweistufigen Argumentation der republikanischen These: Wo, erstens, autoritäre Regime auf Zwang und andere despotische Mittel setzen, um ihrer Bevölkerungen zu disziplinieren, sind Demokratien prinzipiell auf die freiwillige Kooperation ihrer Bürger:innen angewiesen, und diese kann ihrerseits nur motiviert sein durch „die freiwillige Identifizierung der Bürger mit der Polis [...], die Überzeugung, dass die politischen Institutionen, unter denen sie leben, ein Ausdruck ihrer selbst sind“.²⁸ Diese republikanische Disposition

24 Vgl. z. B. Philip Pettit: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin 2017; Quentin Skinner: Die Idee der negativen Freiheit. Machiavelli und die moderne Diskussion, in: ders.: Visionen des Politischen, Frankfurt am Main 2009, S. 135–170.

25 Auch der von Habermas im Anschluss an Sternberger verwendete Begriff des Verfassungspatriotismus lässt sich hier einreihen, vgl. Jürgen Habermas: Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 632–660.

26 Vgl. Alexander Stulpe: Republikanismus und Resilienz. Elemente einer Politischen Theorie der Lebensfähigkeit liberaler Demokratien, in: Zeitschrift für Politische Theorie 14 (2023), H. 1, S. 54–84.

27 Vgl. Taylor (wie Anm. 23), S. 110, 117.

28 Ebd., S. 110.

der Bürger:innen entfaltet aber, zweitens, eine viel stärkere und wirksamere motivationale Kraft als die Angst und Indoktrination der Untertanen autoritärer Regime. Das ergibt sich nicht nur aus der Überlegenheit der mit der republikanischen Disposition verbundenen normativen Orientierungen, ihrer Anziehungskraft, die sich in heroischer Weise in den Protest- und Widerstandshandlungen oppositioneller Akteur:innen in Autokratien wie Iran oder Belarus zeigt. Vor allem ist das Feld des Engagements und der Kooperationsbereitschaft, das von Bürger:innen in Demokratien regelmäßig erwartet und eingeübt wird, erheblich weiter und anspruchsvoller, als das Feld der Disziplinierungen, die autoritäre Regime ihren Bevölkerungen auferlegen. Die republikanische Disposition begründet nicht nur die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, sich an Gesetze zu halten und Militärdienst zu leisten; bereits all dies funktioniert besser auf freiwilliger Basis als durch Zwang. Aber darüber hinaus aktiviert die republikanische Disposition auch zu Handlungen, die in autoritären Regimen nicht vorgesehen sind: Sie motiviert zur Teilnahme an demokratischen Wahlen und auch zu weitergehenden politisch-partizipatorischen Aktivitäten, zu zivilgesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement. Und sie fordert zu einer kritischen Beobachtung politischer und gesellschaftlicher Prozesse auf, auf der Basis zuverlässiger Informationen und eines grundlegenden Vertrauens in die freiheitlichen Institutionen, im Bewusstsein ihrer Schutzbedürftigkeit. Die republikanische Disposition ist also ein weiterer Trumpf, den die liberale Demokratie nicht nur normativ, sondern auch unter funktionalen Effizienzaspekten, als Umsetzungsstärke, gegenüber autoritären Regimen ausspielen kann. Aber selbst, wenn ihr Vorhandensein theoretisch vorausgesetzt werden muss, solange man es mit einer Demokratie zu tun hat, stellt sich die Frage, ob man empirisch noch in hinreichendem Maße mit ihr rechnen kann und wie sie praktisch zu stärken ist.

Demokratische Nachhaltigkeitspolitik als nachhaltige Demokratiepoltik

Nachhaltigkeitspolitik zielt auf die Schonung, den Erhalt und die auch zukünftige Nutzbarkeit lebensnotwendiger Ressourcen. Dies betrifft auch die sozialmoralischen Ressourcen, die die Lebensfähigkeit der Demokratie bedingen und die damit zugleich die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit demokratischer Politik bilden – und, folgt

man der bisherigen Argumentation, für deren funktionale Überlegenheit gegenüber autoritären Regimen. Diese republikanische Disposition, das Gefühl und Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger eines freiheitlichen Gemeinwesens, dass in dessen Institutionen ihre eigenen Werte geschützt und verkörpert werden, und die damit einhergehende Identifikation mit diesem Gemeinwesen und die Bereitschaft, sich für dieses zu engagieren, muss also selbst, als schützenswerte und gegebenenfalls stärkungsbedürftige Ressource, im Rahmen einer demokratischen Nachhaltigkeitspolitik Berücksichtigung finden. Denn nur so kann die Demokratie, als Handlungsrahmen solcher Politik, und damit auch ihre zukünftige Handlungsfähigkeit, garantiert werden. Insofern hat „demokratische Nachhaltigkeitspolitik“, neben der ersten Bedeutung, die der These entspricht, dass nur die Demokratie (und nicht die Autokratie) einen erfolgversprechenden Rahmen für Nachhaltigkeitspolitik bietet, einen zweiten, demokratiepolitischen Sinn. Und dieser zweiten Bedeutung kann man auch dann zustimmen, wenn man der ersten These nicht (oder nur bedingt) folgt – sofern man die Demokratie (wenn nicht aus funktionalen, so doch) aus normativen Gründen der Autokratie vorzieht.

Mobilisierung der republikanischen Disposition

In einem von vielen zitierten Satz²⁹ hat bereits 1967 Ernst-Wolfgang Böckenförde diese demokratiepolitische Nachhaltigkeitsproblematik angesprochen: Wie soll der liberaldemokratische Rechtsstaat die für ihn notwendigen sozialmoralischen Bestandsvoraussetzungen dauerhaft, und insbesondere in Krisenzeiten, durch sein Handeln garantieren können, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben? Denn freiwilliges Engagement lässt sich nicht mit politisch-rechtlichen Mitteln erzwingen, und die Identifikation mit dem Gemeinwesen, die ja gerade auf dessen freiheitlichen Werten beruhen können soll, würde hierdurch konterkariert. Die unmittel-

29 „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders.: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt am Main 1992, S. 92–114, hier S. 112.

bare Erfahrung von Zwang und Fremdbestimmung durch den Staat ist der Ausbildung der republikanischen Disposition abträglich und kann zur Entfremdung der Bürger:innen vom Staat beitragen, also letztlich: die notwendigen sozialmoralischen Ressourcen zerstören.

Allerdings lässt sich argumentieren, dass die Praxis des bürgerschaftlichen Engagements aufgrund von Resonanz- und Solidaritätserfahrungen bezüglich der republikanischen Disposition zu Selbstverstärkungseffekten führt, die dazu beitragen, dass auch etwaige Pflichtdienste nicht notwendig als illegitimer Zwang, sondern als mit demokratischer Freiheit kompatibel, für diese sogar notwendig wahrgenommen werden.³⁰ Initial verpflichtende Bürgerdienste können so, jenseits der Skepsis Böckenfördes, die Identifikation mit dem Gemeinwesen und die Bereitschaft zu weiterem, dann tatsächlich freiwilligem Engagement wecken. Ähnlich lässt sich so auch zugunsten eines sanfteren „Anstupsens“ („*Nudging*“) argumentieren, wie im seit einiger Zeit auch in Deutschland diskutierten schwedischen Wehrpflichtmodell. Der vielleicht zielführendste Weg, Bürger:innen der Erfahrung bürgerschaftlichen Engagements auszusetzen, besteht darin, partizipatorische und zivilgesellschaftliche Strukturen gezielt auch finanziell zu fördern. So werden beispielsweise in Dänemark in einem demokratisch-nachhaltigkeitspolitisch wegweisenden Ansatz die sozialmoralischen Ressourcen zivilgesellschaftlichen Engagements demokratiepolitisch wie klimaschutzpolitisch gewinnbringend eingesetzt, indem vormals ehrenamtliche Klimaaktivist:innen von den Kommunen als „Klimaübersetzer:innen“ eingestellt werden, die ihre fachliche Expertise und ihre kommunikativen Fähigkeiten in Prozessen der Bürgerbeteiligung einbringen.³¹ Diese Klimaübersetzer:innen, die die Interessen und Perspektiven der administrativ Verantwortlichen und der Bürger:innen zusammenbringen und dadurch zur Verbesserung der inhaltlichen Qualität wie auch der Akzeptanz konkreter politischer Maßnahmen beitragen, wirken so zugleich als Multiplikatoren jener republikanischen Disposition.

Demokratietauglichkeit

Vieles spricht dafür, dass die hier motivational wirksamen normativen Orientierungen in diesen Handlungs- und Erfahrungskontexten staatsbürgerlichen und gemeinwohlorientierten Engagements zwar aktiviert und verstärkt, nicht aber erst erworben werden können. Denn wer die Werte der liberalen Demokratie nicht als die eigenen internalisiert hat, wird sich auch mit der liberalen Demokratie als Ausdruck und Garanten dieser Werte nicht identifizieren, und zwar auch und gerade dann nicht, wenn diese Demokratie ihn für Bürgerdienste in Anspruch nimmt oder zu partizipatorischer Praxis auffordert. Es bedarf also, nicht nur bei demokratischen Amtsträger:innen, einer basalen „Demokratietauglichkeit“,³² im Sinne einer grundlegenden Identifikation mit den universalistischen, liberal-egalitären Werten der westlichen Demokratie, einer Art innerem „moralischem Kompass“.³³ Erst dies bildet die Voraussetzung, dass staatliche, republikanisch motivierte Anreize, Ermöglichungsstrukturen oder *Nudging* zu partizipatorischen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten überhaupt Resonanz erzeugen und zur Stärkung der republikanischen Disposition beitragen können. Zudem bildet diese Demokratietauglichkeit die Bedingung dafür, dass derartige positive Rückverstärkungseffekte nicht nur im Handeln, sondern auch im Erleben der Bürger:innen eintreten können, sei es in der individuellen Erfahrung mit wohlfahrtsstaatlich organisierter Solidarität oder im Hinblick auf die Wahrnehmung und Beurteilung des demokratisch-rechtsstaatlichen Prozesses und seiner politischen Ergebnisse.

Eine so verstandene Demokratietauglichkeit ist nur die notwendige Bedingung von republikanischer Bürgertugend, Gemeinsinn und ähnlichen anspruchsvolleren Dispositionen, als solche ist sie aber selbst, als Ergebnis von Sozialisationsprozessen vor allem im vorpolitischen Raum, voraussetzungsvoll. Der politischen Sozialisationsforschung zufolge bilden

30 Vgl. hierzu Felix Heidenreich: Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit, Stuttgart 2022, S. 271–281.

31 Vgl. Nicole Doerr: Zivilgesellschaftliche Klimaübersetzer:innen in Dänemark und Deutschland, in: APuZ 72 (2022), H. 21–22, S. 41–46.

32 „Kommunalwahlen: Leitfaden für Demokratietauglichkeit“, <https://www.zeit.de/news/2023-06/08/kommunalwahlen-leitfaden-fuer-demokratietauglichkeit> [Stand 09.07.2024].

33 Die Metapher stammt von Pettit (wie Anm. 24), bezogen auf sein Konzept von Freiheit als Nichtbeherrschung.



Junge Männer treten am 27. August 1992 vor der Zentralen Aufnahme-stelle (ZAST) für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen auf einen am Boden liegenden Polizisten ein. In den sog. „Baseballschlägerjahren“ nach der Wende sind in Ostdeutschland insbesondere bei Jugendlichen zunehmend Hass, Rassismus und Gewalt festzustellen, was sich u.a. bei Ausschreitungen vor Asylbewerberheimen manifestierte.

Foto: Picture Alliance/ZB/
Fotograf: Jürgen Sindermann

sich die grundlegenden Wertorientierungen in der Kindheit und Jugend aus.³⁴ Ob hierbei die im Interesse der angesprochenen Demokratietauglichkeit richtigen Werte vermittelt werden, hängt jeweils von den konkreten Sozialisationskontexten ab. Mehr noch: Bereits die vorgängig notwendige Entwicklung der psychisch-strukturellen Fähigkeit, Werte überhaupt zu internalisieren und so als Subjekt eine eigene, stabile normative Orientierung auszubilden, die auf Dauer unabhängig bleibt von den Vorgaben etwaiger Führerfiguren – also „sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“³⁵ –, kann scheitern. Auf drastische Folgen solchen Scheiterns verweist beispielsweise Stefan Breuer, der mit Blick auf die ideologischen Verirrungen und die Gewaltverbrechen der sogenannten „Baseballschlägerjahre“ in der deutschen Nachwendzeit, die den Fokus der politischen Sozialisationsforschung stärker auf Jugendliche und junge Erwachsene lenkten,³⁶ die

Bedeutung von pathogenen Entwicklungen in der frühen Kindheit hervorhebt: „[N]icht die fehlenden Werte sind das Problem, sondern schon das Fehlen jener psychischen Instanz, in die Werte sich implantieren lassen. Was auch immer die Ursachen sein mögen: ein wachsender Teil der Bevölkerung erhält heute in der Primärsozialisation nicht mehr die Grundausstattung, an der eine Verankerung von Geltungsansprüchen, sei es traditionaler, sei es rational-legaler Art, ansetzen könnte.“³⁷ Der Grundgedanke, dass die Reproduktion der für die Lebensfähigkeit eines politischen Gemeinwesens notwendigen sozialmoralischen Ressourcen auf Sozialisationsprozesse im vorpolitischen Raum angewiesen ist, findet sich in der politischen

34 Vgl. Jan W. van Deth: Kinder und Politik, in: APuZ 41/2005 (10.10.2005), S. 3–6.

35 Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1. Werkausgabe Bd. XI, hg. v. Wilhelm Weischedel, Frankfurt am Main 1977, S. 53–61, hier S. 53.

36 Vgl. van Deth (wie Anm. 34), S. 5.

37 Stefan Breuer: Bürokratie und Charisma heute: Vom Antagonismus zur Osmose, in: ders.: Bürokratie und Charisma. Zur politischen Soziologie Max Webers, Darmstadt 1994, S. 188–196, hier S. 193. Die in dieser Zeit von Stefan Breuer angesprochene „nachtmarische Erscheinung eines vorwiegend aus männlichen Jugendlichen bestehenden Mobs, der seine brüchige Identität zu stabilisieren sucht, indem er Ausrottungsfeldzüge gegen die Personifikationen seiner unbewussten Ängste führt“ (ebd.), zeigt sich heute wohl auch in Gestalt von Kalifats-Anhängern, Andrew-Tate-Verehrern und anderen tätigen Propagandisten von Misogynie, toxischer Männlichkeit und Hassverbrechen.

Philosophie Hegels.³⁸ Hegel hat mit dem Konzept der „Sittlichkeit“ in paradigmatischer Weise auf die politisch-sozialisatorische Bedeutung dieser vorpolitischen Handlungs- und Erfahrungssphären hingewiesen, die somit gleichermaßen für die gesellschaftliche Reproduktion wie für die individuellen Bildungsprozesse zentral sind. Neben der Familie als Primärsozialisationsinstanz ist dies die von ihm so betitelte „bürgerliche Gesellschaft“ in ihren sowohl ökonomischen als auch öffentlich-administrativen und zivilgesellschaftlichen Dimensionen. Sie stehen mit dem Staat als politischem Gemeinwesen in wechselseitigen Bedingungsverhältnissen, in denen die jeweiligen subjektiven Dispositionen und die objektiven institutionellen Gegebenheiten in ihrer Ausbildung und Stabilisierung komplementär aufeinander bezogen sind. Auf der Stufe des „politischen Staates“ ist es die „politische Gesinnung“ auf der subjektiven Seite, die sich als Vertrauen in die konkrete politische Verfassung manifestiert und so zur Legitimation und Stabilisierung dieser sittlichen Ordnung beiträgt.³⁹ Weil sich hier die mentalen und institutionellen Verhältnisse „durchdringen“, hängt, in Hegels Worten, „die Verfassung eines bestimmten Volkes überhaupt von der Weise und Bildung des Selbstbewusstseins desselben ab; in diesem liegt seine subjektive Freiheit und damit die Wirklichkeit der Verfassung“.⁴⁰ Das bedeutet aber auch umgekehrt, dass eine Verfassung, die „vernünftiger“ ist, als es dem Bildungszustand des Volkes entspricht, deren normative Kernbestimmungen also keine Resonanz in der Bevölkerung finden, zum Scheitern verurteilt ist.⁴¹

38 Vgl. zum Folgenden: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts. Werke, Bd. 7, hg. v. Eva Moldenhauer u. Karl Markus Michel, Frankfurt am Main 1986, insbes. S. 296–307, 343–346, 395–398. Zu dieser Perspektive auf Hegel vgl. Axel Honneth: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin 2011, S. 81–112.

39 Hegel (wie Anm. 38), S. 412 ff.

40 Ebd., S. 440.

41 Ebd., S. 440 – Hegel hatte in seiner Rechtsphilosophie von 1820/21 noch eine konstitutionelle Monarchie als vollendete sittliche Ordnung vor Augen, seine grundlegenden politiktheoretischen und sozialphilosophischen Überlegungen lassen sich aber auch für eine Kritische Theorie „demokratischer Sittlichkeit“ fruchtbar machen, wie Axel Honneth (wie Anm. 38) gezeigt hat.

Demokratisch-nachhaltigkeitspolitische Praxis

Vor dem Hintergrund der skizzierten Überlegungen muss eine nachhaltige Demokratiepoltik die sozialisatorischen Effekte in zentralen gesellschaftlichen Handlungs- und Erfahrungsbereichen im Auge behalten und gegebenenfalls Fehlentwicklungen durch Regulierung eindämmen. Ein weites, aber deswegen nicht weniger dringliches und hochgradig problematisches Feld ist diesbezüglich in vielerlei Hinsicht der durch soziale Medien geprägte digitale Raum, den „demokratietauglich“ zu machen jüngst auch Bundespräsident Steinmeier forderte.⁴² Dies beinhaltet nicht zuletzt die Aufgabe, gegen die vielfältigen Formen antidemokratischer Agitation und Mobilisierung – online wie offline – entschlossen vorzugehen, auch mit den Mitteln der wehrhaften Demokratie. Und natürlich sind in dieser Hinsicht wie auch generell die klassischen Felder der politischen Bildung und der schulischen Erziehung wichtiger denn je. Wie man weiß, sind allerdings auch die Schulen nicht in der Lage, alle gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu kompensieren, unter denen sie zudem oft besonders zu leiden haben. Eine besondere Aufmerksamkeit verlangen, auch deshalb, die außerschulischen Sozialisationskontexte von Kindern und Jugendlichen, und zwar gerade dort, wo diese geeignet sind, schulische Erfolgs- und damit auch spätere gesellschaftliche Teilhabechancen und die Ausbildung demokratietauglicher mentaler Dispositionen zu gefährden. Unter diesem Aspekt lassen sich beispielsweise sozial- und integrationspolitische Maßnahmen betrachten, die sich gegen die Etablierung von abgehängten Stadtvierteln (oder strukturschwachen ländlichen Gegenden) und parallelgesellschaftlichen Strukturen richten.⁴³ Eine Stadtentwicklungspolitik, die dies berücksichtigt,

42 Frank-Walter Steinmeier: „Eine gemeinsame Kraftanstrengung für unsere Demokratie“, Rede am 29. Februar 2024 in Schloss Bellevue, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2024/02/2402293-Demokratie-Debattenforum.html> [Stand: 09.07.2024].

43 So z. B. im Kontext der Migrations- und Integrationspolitik der dänischen Sozialdemokrat:innen, vgl. Peter Nedergaard: Zurück zu den Wurzeln: Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik?, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14497.pdf> [Stand: 28.08.2024].



Flutschäden in Bad Neuenahr im Ahrtal 2021. Die zahlreichen freiwilligen Unterstützungsleistungen in und aus der Bevölkerung sind im Hinblick auf die sozial-moralische Ressource der staatsbürgerlichen Solidarität als ein zentraler Aspekt der republikanischen Disposition und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Resilienz in Krisen zu werten.

*Foto: snapshot/
Future Image/
Fotograf:
Christoph Hardt*

trägt ebenso zu demokratischer Nachhaltigkeitspolitik bei, wie Prozesse der Bürgerbeteiligung beim Ausbau der städtischen Fahrradverkehrsinfrastruktur oder beim Aufbau von Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels, zum Beispiel durch Flächenentsiegelung und andere Hochwasserschutzmaßnahmen („Schwammstadt“).⁴⁴ Demokratiepoltischer und klimapolitischer Ressourcenschutz führen im günstigsten Fall zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Bürger:innen und damit auch zu einer Effizienzsteigerung demokratischer Nachhaltigkeitspolitik.⁴⁵ Trotzdem ist zu erwarten – und das wird auch durch die Erfahrungen

deutlich – dass es auch hier nicht ohne Kontroversen und Zumutungen gehen wird.⁴⁶ Aber gerade daran zeigt sich noch einmal die Wichtigkeit des demokratischen Handlungsrahmens und der demokratischen Zielsetzungen solcher Politik angesichts der Sensibilität einiger der dabei berührten Themenbereiche. In ihrer demokratiepolitischen Dimension muss demokratische Nachhaltigkeitspolitik darauf zielen, dass die liberale Demokratie ihre funktionalen Vorteile gegenüber autoritären Regimen auch mit Blick auf klimapolitische Effizienz ausspielen kann – und dazu gehört auch, durch ihre normative Anziehungskraft Unterstützung zu mobilisieren. 🟢

44 Vgl. Jan Petter/Charlotte de la Fuente: Wie Kopenhagen konsequent zur Schwammstadt umgebaut wird, <https://www.spiegel.de/ausland/klimawandel-und-hochwasser-in-kopenhagen-unsere-stadt-ein-schwamm-a-649b7ca1-6673-4586-85e5-37f26c3973f7> [Stand: 09.07.2024].

45 Vgl. z. B., aus stadtplanerischer Sicht zum positiven Zusammenhang von Nachhaltigkeit, Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt im Konzept der „Soft City“, das Interview von Ulrike Knöfel und Marianne Wellershof mit David Sim: „Der Charme einer Stadt liegt in den Menschen“, <https://www.spiegel.de/stil/stadt-der-zukunft-der-charme-einer-stadt-liegt-in-den-menschen-a-9a075ecf-090e-4754-8e1c-dd00071b1974> [Stand: 09.07.2024].

46 Vgl. z. B. Jenni Thier: Wie Dänemark ein Land ohne Parallelgesellschaften werden will, <https://www.nzz.ch/international/wie-daenemark-ein-land-ohne-parallelgesellschaften-werden-will-ld.1361635> [Stand: 08.07.2024].

POLITISCHE BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

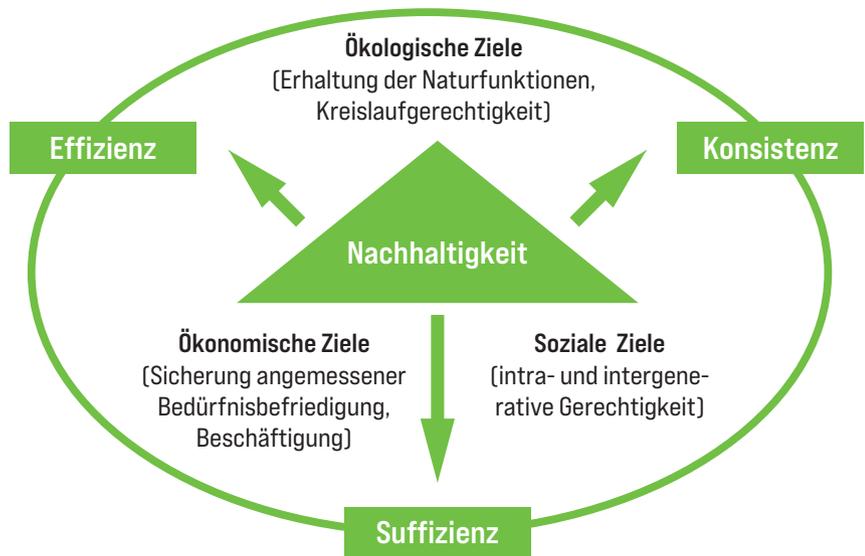
von Bernd Overwien



Als erster Landkreis in Deutschland finanziert Aschaffenburg den Einsatz der „Buzzard“-App als offizielles Lehr- und Lernmittel. Jugendliche sollen sich damit gegen Fake News, Verschwörungsmmythen und Extremismus wappnen.

Foto: Buzzard

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) richtet sich auf ein Themenfeld, das gesamtgesellschaftlich und damit auch in der Schule eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Bildungspolitisch wurde und wird BNE vermehrt in Kerncurricula verankert und auch in die Lehrkräfteaus- und -weiterbildung integriert. Erwartet werden Impulse für eine zukunftsfähige Schul- und Unterrichtsentwicklung.¹ Schon 2016 wurde von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ herausgegeben. Dieses umfangreiche Papier liefert für annähernd alle Fächer der Schule Vorschläge und Anregungen zur Aufnahme des Themenfeldes der Nachhaltigkeit und eines globalen Lernens in die Curricula. So soll es beispielsweise im Sportunterricht um Olympische Spiele oder um Migranten im Transfer des Profisports gehen, in Geschichte um Kolonialismus oder die Globalisierung ethischer und religiöser Leitbilder, in Mathematik um die Darstellung von Energieressourcen und Klimadaten und in Biologie um das Naturverständnis innerhalb unterschiedlicher Kulturen oder den Erhalt der Biodiversität.² Nach und nach werden Aktualisierungen erstellt, so ein jüngst erstelltes Konzeptpapier zum Beitrag der Grundschule zu BNE.³ In absehbarer Zeit wird auch die gymnasiale Oberstufe einbezogen.



In der gegenwärtigen Welt vielfältiger Krisen kann zwar schulischer Unterricht keine Lösungen bieten. Ursachen und Perspektiven können aber bearbeitet werden und auch die Fragen von Kindern und Jugendlichen dazu. Auch Ängste, die Kinder ja zu guten Teilen mit den Erwachsenen gemeinsam haben, können behutsam thematisiert werden. Forschung und auch Beispiele aus der Unterrichtspraxis zeigen, dass es sogar in der Grundschule möglich ist, belastende Themen wie Kriege zu bearbeiten.⁴ Bei aller Vorsicht, etwa hinsichtlich traumatisierender Vorerfahrungen von Kindern, kann es gelingen, zu einer Stärkung der Resilienz beizutragen.⁵ Eine Studie von Gaubitz weist Wege auf. Anhand von Ressourcendilemmata, in deren Rahmen sich mit den Dimensionen nachhaltiger Entwicklung verbundene Werte gegenüberstehen, zeigen Schülerinnen und Schüler zwischen acht und elf Jahren in Einzelinterviews, dass sie in der Lage sind, Wertediskussionen nachhaltiger Entwicklung und wesentliche Probleme des globalen Wandels zu erfassen und Probleme und Spannungen zu benennen. So diskutieren Kinder ein Beispiel von den Kapverdischen Inseln. Menschen verkaufen Sand, um

Anhand verschiedener Modelle wird versucht, die komplexen Dimensionen und Strategien der Nachhaltigkeit graphisch darzustellen. Vorliegend ein Beispiel aus: Bernd Siebenhüner: Homo Sustinens, Marburg 2001, S. 78.

- 1 Vgl. Sarah Gaubitz: Kritisches Denken im Kontext von BNE in Lehrplänen für den Sachunterricht, in: Christina Egger/Herbert Neureiter/Markus Peschel/Thomas Goll (Hg.): In Alternativen denken. Kritik, Reflexion und Transformation im Sachunterricht. Bad Heilbrunn 2024, S. 53–61.
- 2 Vgl. KMK/BMZ: Gemeinsames Projekt der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, 2., aktual. und erw. Aufl., Berlin 2016.
- 3 Vgl. Matthias Barth/Sabine Cordes/Katrin Hauen-schild/Lydia Kater-Wettstedt/Katarina Roncevic/Robert Schreiber/Bernd Wagner/Meike Wulfmeyer: Beitrag der Grundschule für Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bonn 2023; Engagement Global, siehe: https://www.eineweltfueralle.de/fileadmin/user_upload/Orientierungsrahmen/11_orientierungsrahmen_grundschule-kurzfassung_barrierefrei.pdf [Stand: 25.07.2024].

- 4 Vgl. Nina Kallweit: Kindliches Erleben von Krieg und Frieden. Eine phänomenografische Untersuchung im politischen Lernen des Sachunterrichts, Wiesbaden 2019.
- 5 Vgl. Julia Peuke/Bernd Overwien: Der Blick auf Kinder – Krisen und Konflikte im Elementar- und Primarbereich thematisieren, in: Zeitschrift für Grundschulforschung (2024), H. 17, S. 301–314.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
Grafik: wikimedia/UNDP/gemeinfrei

ein Einkommen zu erzielen. Gleichzeitig entziehen sie sich aber längerfristig ihre eigenen Lebensgrundlagen. Kinder können die Grundlagen der enthaltenen Dilemmata verstehen und sie mit Nachhaltigkeit in Verbindung bringen.⁶ Die Ergebnisse der Studie sollten Anlass sein, „Kinder als politische Subjekte im BNE-Kontext ernst zu nehmen“ und ihre Urteilsfähigkeit zu fördern.⁷ Was für Kinder gilt, sollte auch Mut machen für die Arbeit mit Jugendlichen. Zudem ist die Arbeit mit Dilemmasituationen ertragreich für die politische Bildung und für ein Lernen anhand kontroverser Überlegungen und Diskussionen. Unter den gegenwärtigen Krisen sticht die Umwelt- und Klimakrise hervor. Sie ist allgegenwärtig

in Medien und auch Alltagsgesprächen. Die damit verbundene Flut von negativen Emotionen wirkt sowohl auf Kinder und Jugendliche, aber auch auf Erwachsene teils überwältigend und kann Ohnmachtsgefühle auslösen.⁸ BNE sollte Räume aufmachen, um mit derartigen Gefühlen umgehen zu lernen, es sollten aber auch positive Emotionen wie Hoffnung und Zuversicht gestärkt werden. Immerhin gilt: „Sobald wir Krisen benennen, verbinden wir damit zugleich die Hoffnung auf ihre Bewältigung durch menschliches Handeln.“⁹ Natur und Umwelt bieten jenseits von Katastrophenszenarien spannende und befriedigende Erfahrungswelten, die auch Lernwelten sein können.

6 Vgl. Sarah Gaubitz: Wertorientierungen von Grundschulkindern im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Eine empirische Untersuchung zum moralischen Urteilen über Ressourcendilemmata, Wiesbaden 2018.

7 Vgl. Charlotte Röchner/Gesine Bade/Hanna Butterer/Sarah Gaubitz: Politische Urteilsfähigkeit und Agency von Kindern im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Michael Haider/Richard Böhme/Susanne Gebauer/Christian Gößinger/Meike Munser-Kiefer/Astrid Rank (Hg.): Nachhaltige Bildung in der Grundschule, Bad Heilbrunn 2023, S. 69–77, hier S. 74.

8 Vgl. Annette Petri: Emotionen und politisches Lernen, in: Wolfgang Sander/Kerstin Pohl (Hg.): Handbuch Politische Bildung, Frankfurt am Main 2022, S. 338–345; Julia Asbrand/Felix Peter/Claudia Calvano/Lea Dohm: Umgang mit gesellschaftlichen Krisen im Schulalltag, Göttingen 2024.

9 Katja Patzel-Mattern: Krisenbegriff und Krisenphänomene, in: Journal für politische Bildung (2021), H.4, S. 12–16, hier S. 16.

Von der Umweltbildung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Wurzeln der Umweltbildung können bis in die siebziger Jahre zurückverfolgt werden. So löste auch in Deutschland ein Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ breite öffentliche Diskussionen aus. Spätestens mit der Gründung des Bundesumweltamtes 1974 begann sich Umweltpolitik zu etablieren. Gleichzeitig kam es zur Gründung zahlreicher Bürgerinitiativen als neue umweltpolitische Akteure.¹⁰

Aus Bürgerinitiativen und Umweltbewegungen heraus entstand dann auch eine vielfältige Szene ökopädagogischer Ansätze und Initiativen. De Haan und Harenberg kritisieren Ende der neunziger Jahre an Konzepten der Umweltbildung, dass viel zu oft ein Bedrohungsszenario zugrunde gelegt werde. Auf diese Weise, so die Kritik, dominierten Angst, Abwehr und technische Schadensbegrenzung und die Sicht werde eingeschränkt.¹¹ Offen bleibt bei dieser Diskussion, wie mit den ausgelösten Gefühlen umgegangen wird, eine Debatte, die ja auch die politische Bildung erst in den letzten Jahren erreichte.¹²

Neben der Umweltbildung gibt es seit mehr als 40 Jahren in Deutschland Bildungsansätze, die komplexe globale Fragen bearbeiten und auch Umweltfragen weltweit betrachten. Globales Lernen, als Sammelbegriff, der seit den neunziger Jahren das Diskussionsfeld kennzeichnet, führt dabei gedankliche Linien der entwicklungspolitischen Bildung, der Friedenspädagogik, der Menschenrechtsbildung, interkultureller Pädagogik, Ökopädagogik und des ökumenischen Lernens zusammen. Diskutiert und in Bildungsprozesse gebracht werden Themenfelder

der Entwicklung, der Umwelt, der Migration oder der Friedenspolitik. Unter dem Leitbild weltweiter Gerechtigkeit werden globale, regionale und lokale Zusammenhänge thematisiert. Ziel ist die Erarbeitung von Kompetenzen für den Umgang mit globalen Herausforderungen.¹³ Im Globalen Lernen werden Probleme und Perspektiven globaler Entwicklungen angesprochen. So geht es oft anhand konkreter Produkte, wie etwa Kaffee, Kakao oder Baumwolle um die Herstellungsbedingungen und den Welthandel. Anhand etwa der Tomate können Ernährungsfragen mit Produktionsstrukturen in Europa und den Nachhaltigkeitszielen in Verbindung gebracht werden. Anhand der Pflanze kann es auch um Koloniales und globale Vernetzungen gehen.¹⁴ Dabei stehen zumeist Chancen gemeinsamer Handlungsperspektiven von Süd und Nord im Vordergrund oder, in der traditionellen Begrifflichkeit, von „Entwicklungs-“ und Industrieländern.

Es geht in allen Ansätzen, jeweils verschieden akzentuiert, um Kompetenzen für weltweite Veränderungsprozesse. Selby/Rathenow¹⁵ sprechen schon früh von transformatorischer Bildung, einer Sichtweise, die, anders akzentuiert, durch die Diskussion um eine notwendige „große Transformation“ einer Welt an ihren planetaren Grenzen, neu geführt wird.¹⁶ Aktuell wird dies neu diskutiert, worauf noch zurückzukommen sein wird.



Der Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ gilt als einer der Ausgangspunkte der Umweltbewegung in Deutschland.
Foto: Picture Alliance/dpa/
Fotograf: Sebastian Kahnert

10 Vgl. Julia Lingenfelder: Transformative Bildung. Politische Bildung im Kontext sozial-ökologischer Transformation am Beispiel der Klimagerechtigkeitsbewegung, Köln 2024, S. 87 f.

11 Vgl. Gerhard De Haan/Dorothee Harenberg: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Gutachten zum Programm, Heft 72, BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), Bonn 1999, S. 18.

12 Vgl. Bernd Overwien: Umwelt, Klimawandel, Globalisierung - Angst in der politischen Bildung?, in: Anja Besand/Bernd Overwien/Peter Zorn (Hg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2019, S. 304–318.

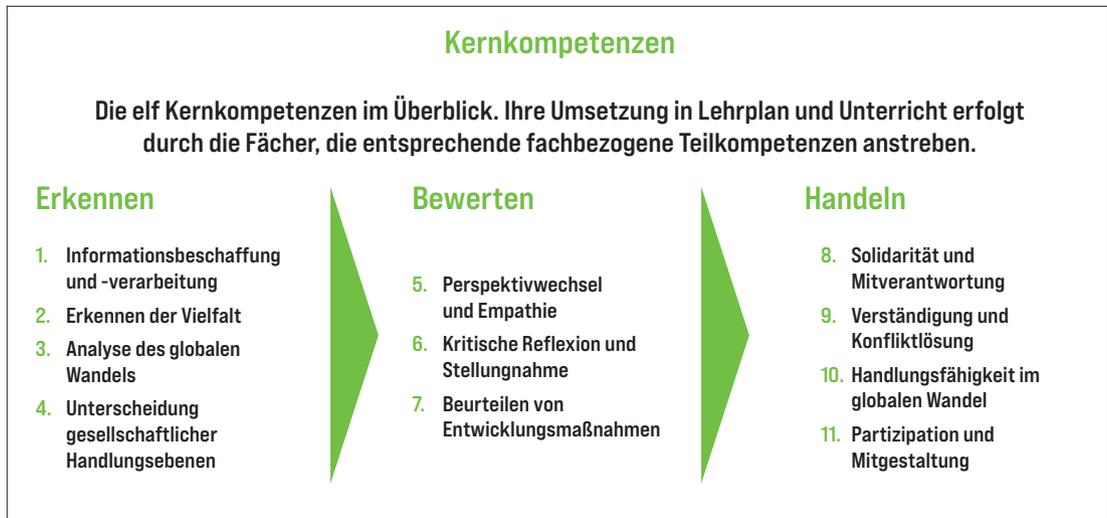
13 Vgl. Christel Adick: Globales Lernen als Antwort auf Globalisierung?, in: Meike Sophia Baader/Tatjana Freytag/Karolina Kempa (Hg.): Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 2023, S. 43–64.

14 Vgl. Sarah Böse/Vanessa Seidel/Katrin Hauenschild: Nachhaltige Ernährung – Tomate, in: Meike Wulfmeyer (Hg.): Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sachunterricht. Grundlagen und Praxisbeispiele, Hohengehren 2020, S. 49–62; Bernd Overwien: Politische Pflanzen, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP) (2022), H. 2, S. 4–8.

15 Vgl. David Selby/Hanns-Fred Rathenow: Globales Lernen: Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin 2023.

16 Vgl. WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, Berlin 2011; Oliver Emde: Stadtrundgänge zwischen Politischer Bildung und politischer Aktion, in: Oliver Emde/Uwe Jakubczyk/Bernd Kappe/Bernd Overwien (Hg.): Mit Bildung die Welt verändern? Globales Lernen für eine nachhaltige Entwicklung, Opladen 2017, S. 243–264.

Kompetenz-
konzept im
Orientierungs-
rahmen Globale
Entwicklung
Grafik Overwien
nach De Haan/
Harenburg,
1999



Etwa seit Mitte der neunziger Jahre ist im Bereich der Umweltbildung und auch im globalen Lernen ein Wandel zu beobachten. Nach und nach hat sich das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild durchgesetzt und wird zunehmend wichtig für eine Neuorientierung beider Felder.

Nachhaltige Entwicklung schließt an den Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 an und wird verstanden als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.¹⁷ Während der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 wurden auf dieser Grundlage die einzelnen Aspekte eines notwendigen Wandels benannt. Hierbei geht es um eine dauerhafte Strategie zur Lösung der Umweltkrise und der Probleme weltweiter Ungleichheit. Zur Strategie gehören auch Forschung und Bildung mit dem Ziel eines globalen Mentalitätswandels durch neue Wissensbestände und -formen, veränderte Normen und Wertvorstellungen. Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit ist die Vorstellung eines Modernisierungs- und Gestaltungskonzepts von Gesellschaft verbunden, das auch ein stärkeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger erforderlich macht.¹⁸ Seit 1992 gab es vielfältige Aktivitäten der

UNESCO, um entsprechende Konzepte in Bildungsaktivitäten zu überführen, was in Deutschland von Bund und Ländern aufgenommen wurde und u.a. im o.g. Orientierungsrahmen einen Ausdruck findet.

In der deutschen Diskussion über Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurden unter Bezug auf OECD-Diskussionen Kompetenzvorstellungen definiert, von denen man erwartet, dass sie eine aktive, reflektierte und kooperative Teilhabe an dem Gestaltungsauftrag einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Häufig wird der Erwerb von Gestaltungskompetenz als zentrales Ziel benannt. Ziel ist es beispielsweise „weltoffen und neue Perspektiven integrierend Wissen aufzubauen“, „gemeinsam mit anderen planen und handeln (zu) können“ oder „Vorstellungen von Gerechtigkeit als Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen nutzen (zu) können“.¹⁹ Das Kompetenzkonzept des Orientierungsrahmens zeigt hier viele Parallelen.

BNE hat wichtige Schnittmengen zur politischen Bildung. Die inhärenten politischen Kontroversen und die Konflikthaftigkeit des Konzeptes der Nachhaltigkeit lassen sich aufnehmen und zum Gegenstand von Unterricht und außerschulischer Bildung machen.

17 Volker Hauff: Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 46.

18 Vgl. Gerd Michelsen/Bernd Overwien: Nachhaltige Entwicklung und Bildung, in: Petra Bollweg/Jennifer Buchna/Thomas Coelen/Hans-Uwe Otto (Hg.): Handbuch Ganztagsbildung, Wiesbaden 2020, S. 557-574.

19 De Haan/Harenberg (wie Anm. 11).

Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung – ein Ausblick

In der Vergangenheit traf BNE oft auf Vorbehalte bezüglich des Beutelsbacher Konsenses, der Überwältigung verbietet und Kontroversität und Zukunftsorientierung fordert. Der normative Rahmen des Konsenses orientiert sich an Grundgesetz und Menschenrechten.²⁰ Für die Ziele nachhaltiger Entwicklung ist insbesondere der Artikel 20a GG zu nennen: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Vor diesem Hintergrund sollen und können Lernende sich selbst positionieren, aus der Argumentativkraft von Kontroversen heraus und aus dem Bezug zu eigenen künftigen Betroffenheiten. Anhand der vielfältigen Dilemmata aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Perspektiven auf Nachhaltigkeit kann politische Urteilsfähigkeit entwickelt werden und im besten Fall ein Beitrag zu entsprechenden Handlungskompetenzen erreicht werden. Hier vielfältig aufscheinende Interessengegensätze und Kontroversen bieten Lernpotentiale.²¹ Was die/der Einzelne dann aus diesem Urteil für weitere Schlüsse zieht und welche Handlungen daraus entstehen, bleibt eine freie Entscheidung.

Gerade auch im Zusammenhang mit der Bewegung „Fridays for Future“ wurde und wird die Frage nach dem politischen Handeln als mögliches Ergebnis politischer Bildung diskutiert. Für eine Reihe von Autorinnen und Autoren ist hier die Lage klar. Urteils- und Handlungsfähigkeit ist nur jeweils von ihrer kognitiven Seite aus im Unterricht bearbeitbar. Was das politische Handeln anbelangt, so sei dies in der Schule lediglich durch Simulation und Kommunikation sichtbar.²² Reinhardt sieht die Institution Schule durchaus auch als politisches

20 Vgl. Bernd Overwien: Politische Bildung ist nicht neutral, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (2019) H. 1, S. 26–38.

21 Vgl. Anna-Lena Lillie/Jasper Meya: Der Beitrag der politischen Bildung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Polis (2016), H. 1, S. 11–14.

22 Vgl. Joachim Detjen/Peter Massing/Dagmar Richter/Georg Weißeno: Politikkompetenz – ein Modell, Wiesbaden 2012.



INFO

Der Beutelsbacher Konsens

Überwältigungsverbot

Es ist nicht erlaubt, die Schülerinnen und Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines „selbständigen Urteils“ zu hindern.

Kontroversität

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Schülerorientierung

Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenslage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Situation im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen.

frei zitiert nach: Beutelsbacher Konsens, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensproblem in der Politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 178 ff.

Aktionsfeld und damit als Feld realen Handelns. Politische Bildung müsse politisches Handeln betreffen, Bürgeraktivität beschränke sich sonst auf Reflexion. Die politische Aktion aus dem Unterricht heraus könne aber auch problematisch sein, so Reinhardt, weil sowohl die Haltung der Lehrkraft als auch die Gruppendynamik einer Lerngruppe Überwältigungspotential habe.²³ Kenner untersucht politische Lernprozesse von Jugendlichen in politischen Bewegungen. Seine Untersuchung zeigt, dass in rassismuskritischer Arbeit und in der Klimabewegung zahllose informelle Lerngelegenheiten liegen, die die jungen Menschen auch für sich so sehen. Schwieriger wird es, wenn sie ihre

23 Vgl. Sibylle Reinhardt: Wie politisch darf eine Politiklehrkraft sein?, in: Sabine Achour/Thomas Gill (Hg.): Was politische Bildung alles kann. Einführung in die politische Bildung, Schwalbach am Taunus 2017, S. 105–114.

Lernergebnisse in ihre schulischen Kontexte einbringen wollen. Bei den Lehrkräften stießen sie teils auf Ablehnung. Hier wurde von möglicher Überwältigung ausgegangen, wohingegen es leicht möglich gewesen wäre, die Lernerfahrungen der Jugendlichen kontrovers zu diskutieren.²⁴

Viel zu oft wird in der Bildungspraxis, aber auch in Bildungskonzepten nationaler und internationaler Organisationen, das individuelle Verhalten der Lernenden adressiert, anstatt konflikthafte gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zugänglich zu machen. Zwar ist eine Thematisierung des eigenen nachhaltigkeitsgerechten Verhaltens sicher relevant; dies ist aber kaum widerspruchsfrei zu realisieren. Es muss also um ein angemessenes Verhältnis zwischen eigenen Möglichkeiten und gesellschaftspolitischen Zielen und Forderungen gehen. Dies deutet auf wichtige Dimensionen von politischer Bildung und Demokratiebildung hin. Jenseits eines solchen Verständnisses besteht ansonsten die Gefahr, dass BNE eine Art Ersatz für politisches Handeln wird. Zugespielt gesagt kann es dazu kommen, dass Lehrenden und Lernenden Verantwortung für Entwicklungen übertragen werden, deren Lösungen auf der politischen Ebene zu verorten sind. Bade sieht in Theorie und Praxis der BNE eine zu ausgeprägte Konzentration auf das individuelle Handeln der einzelnen Personen. Konsum- und Mobilitätsentscheidungen, Einsparungen bei Wasser und Energie stehen im Vordergrund, während klimarelevante Wirkungen von Landwirtschaft und Industrieproduktion zu wenig im Blick sind. Gerade auch in der Grundschule, wo Kinder zu „Klimahelden“ und „Weltenrettern“ werden und eine „Verantwortungsüberfrachtung“ stattfindet, könnten Prinzipien und Methoden der politischen Bildung hilfreich sein und auch den Blick weiten auf politisch-gesellschaftliche Fragen und Möglichkeiten der politischen Partizipation.²⁵ Eine neuere Studie aus Baden-Württemberg zeigt allerdings, dass hier mit gebotener Zurückhaltung agiert

werden sollte. Eine Befragung von 1178 Schülerinnen und Schülern und 113 Lehrkräften zeigte, dass BNE-bezogenes Wissen in dem Bundesland in bemerkenswerter Weise aufgebaut werden konnte. Lehrkräfte, die sich schon lange und intensiv mit BNE auseinandergesetzt hatten, zeigten paradoxerweise schlechtere Lernergebnisse ihrer Schülerinnen und Schüler. In der Studie wird vermutet, dass zu viel Engagement zu Reaktanz, also Widerständen führen kann.²⁶

Neuere Entwicklungen im Bereich der BNE beziehen sich auf eine notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft zur Bewältigung der Klimakrise. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU) hatte schon 2011 ein Papier dazu vorgelegt und die Herausforderungen einer Wende in den Bereichen Ernährung, Mobilität, Industrie- und Wohnungspolitik angemahnt²⁷. Dabei werden auch Anforderungen an Bildung formuliert. Lingenfelder kritisiert hier einen Top-Down-Ansatz und verweist auf Ansätze transformativer Bildung, die individuelle Lernprozesse mit gesellschaftlichen Fragen verbinden.²⁸ Während die Herangehensweise des WBGU einen instrumentellen Charakter habe, würde hier ein emanzipatorischer, offener Bildungsprozess angesprochen.²⁹ Bildung reagiert hier auf Herausforderungen und neue Problemlagen, die mit bisherigen Mitteln nicht mehr bearbeitet werden können. Bildung kann in diesem Verständnis dazu beitragen, bestehende Ordnungen der Wahrnehmung, des Denkens und des Handelns neu zu strukturieren. 🟢

24 Vgl. Steve Kenner: Politische Bildung in Aktion: Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen, Wiesbaden 2021.

25 Vgl. Gesine Bade: BNE politischer denken! Politische Bildung als Grundpfeiler von BNE-Lernsettings im Sachunterricht, in: Andrea Becher/Eva Gläser/Nina Kallweit (Hg.): Politische Bildung im Sachunterricht. Potenziale – Positionen – Perspektiven, Bad Heilbrunn 2024, S. 207–215, hier S. 209.

26 Vgl. Christian Horsch/Katja Scharenberg/Eva Maria Waltner/Walter Ries: Wie gelingt Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Schule? Eine empirische Studie zur Entwicklung von Nachhaltigkeitskompetenzen und zur Rolle der Lehrkraft, in: Die Deutsche Schule, 115. Jg. (2023), Heft 2, S. 105–116.

27 Vgl. WBGU (wie Anm. 16).

28 Lingenfelder (wie Anm. 10), hier S. 104 ff.

29 Mandy Singer-Brodowski/Helge Kminek: Zu den Zielen von Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem Stand der Implementierung im deutschen Schulsystem, in: Die Deutsche Schule, 115. Jg., (2023), Heft 2, S. 94–104; Hans-Christoph Koller: Bildung anders denken. Einführung in die Theorie transformativ-schulischer Bildungsprozesse, Stuttgart 2012.

STIMMEN AUS DER BEVÖLKERUNG – IST NACHHALTIGKEITSORIENTIERTE POLITIK IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN NOCH MÖGLICH?

Deutschland, Europa und der Welt widerfahren aktuell große Krisen. Nachrichten, die früher die Schlagzeilen des Jahres oder gar eines Jahrzehnts bestimmt hätten, werden zum Alltag: So erlebten wir allein in den letzten fünf Jahren eine weltweite Pandemie, den russischen Überfall auf die Ukraine, Jahrhunderthochwasser und Rekordhitze, ein Wiedererstarken islamistischen Terrors, den Angriff der Hamas auf Israel sowie als Folge dessen Israels Selbstverteidigung und die damit einhergehenden zivilen Leiden in Palästina.

All die genannten Herausforderungen erfordern sofortiges Handeln. Dadurch aber – so die Befürchtung – werden Probleme, die generationenübergreifend schwere Belastungen nach sich ziehen können und werden, wie der Klimawandel, die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems oder die Verteidigung liberaldemokratischer Werte, vernachlässigt und im Ergebnis nicht genug berücksichtigt.

Die E+P-Redaktion hat am 11. September 2024 Passantinnen und Passanten unterschiedlichen Alters in der Münchner Innenstadt befragt, was sie unter nachhaltiger Politik verstehen, welche Bedeutung Nachhaltigkeit für sie hat, was sie im Kleinen – also privat – tun, um nachhaltiger zu leben, und sich im Großen – also von der Politik – diesbezüglich wünschen.

Was verstehen Sie unter nachhaltiger Politik?



20, München: „Nachhaltige Politik ist für mich Politik, die sich an jungen Leuten orientiert. Denn wir müssen auch noch in 50 oder mehr Jahren auf diesem Planeten und in Deutschland gut leben können.“



42, Sendling: „Für mich bedeutet nachhaltige Politik, dass wir Entscheidungen treffen, die nicht nur kurzfristige Vorteile bringen, sondern auch unseren Kindern langfristig für die Gesellschaft, unsere Umwelt und Gesundheit von Nutzen sind. Also Politik, die dafür sorgt, dass die Erde für zukünftige Generationen lebenswert gehalten wird. Das muss schon im Kleinen anfangen, zum Beispiel in unseren Schulen. Da müssen wir den Kindern beibringen, wie wichtig Umweltschutz und soziale Verantwortung sind.“



27, Aschheim: „Nachhaltige Politik bedeutet für mich, langfristigen Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Es geht darum, unsere Ressourcen – anders als jetzt – so zu nutzen, dass die Kinder und Kinderkinder meiner Generation ebenfalls gut leben können, ohne dass soziale Ungleichheiten verschärft werden.“



INFO

Liebe Leserinnen und Leser!

Im Folgenden finden Sie ein buntes und breites Spektrum von verschiedenen Meinungen zum Thema Nachhaltigkeit.

Uns interessiert auch Ihre Meinung.

Bitte schreiben Sie uns:
landeszentrale@blz.bayern.de

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Was verstehen Sie unter Nachhaltigkeit?



54, Freising: „Verhalten, das langfristig ausgerichtet ist und nicht zu Verschleiß führt. Das heißt zum Beispiel, Sachen pflegen, Sachen nicht nur einmal nutzen und wegschmeißen, oder nicht mutwillig mehr Schaden als Nutzen verursachen.“



71, Krefeld: „Für nachhaltig erachte ich es, dass wir unsere Lebensverhältnisse sichern und vielleicht sogar verbessern können, mit allem Drum und Dran: von der Form des Zusammenlebens über die Beseitigung von Armut bis hin zum politischen System. Das ist für mich ein Nachhaltigkeitsbegriff. Der zweite Nachhaltigkeitsbegriff bezieht sich darauf, mit den Gütern dieser Erde vorsichtig umzugehen und möglichst alle Waren in eine Kreislaufwirtschaft zu bringen, ohne jedes Mal alles neu aus Rohstoffen produzieren zu müssen. Zum Beispiel im Bausektor, aus dem ich komme, suchen wir Materialien und ähnliches, die entweder sehr lange halten oder aber relativ leicht wieder stofflich verwertbar sind.“



22, München: „Ich verstehe unter Nachhaltigkeit, dass wir versuchen ein Gleichgewicht mit der Natur zu bilden. Das heißt, nicht mehr zu verbrauchen, als die Erde uns gibt. So gefährden wir nicht die Chancen zukünftiger Generationen auf ein gutes Leben.“



56, Hessen: „Für mich persönlich bedeutet Nachhaltigkeit, dass die jüngeren Generationen in genau dem oder einem ähnlichen Wohlstand leben können wie ich.“



65, Kiel: „Unter Nachhaltigkeit verstehe ich persönlich, dass man nachdenkt – über alle Bereiche im Leben. Und dass man bei sich persönlich anfängt, zu überprüfen, brauche ich etwas oder brauche ich es nicht, wie kann ich etwas wiederverwerten oder besser machen.“

Welche Bedeutung hat das Thema Nachhaltigkeit für Sie bei der Wahlentscheidung?



71, Krefeld: „Es hat seine Bedeutung, aber ich würde es nicht zum alleinigen Thema einer Wahlentscheidung machen. Ich halte Umweltschutz und Nachhaltigkeit für wichtig, aber es gibt auch drei vier fünf andere Themen, die mindestens die gleiche Priorität haben.“



54, Freising: „Für mich hat die Frage der Nachhaltigkeit eine große Bedeutung und ist einer der wichtigsten Punkte. Es gibt bloß ein Problem: Politik ist immer nur in Vierjahresschritten ausgerichtet und deshalb verhalten sich die wenigsten Politiker nachhaltig.“



57, Münsterland: „Bei der Wahlentscheidung ist dieses Thema erstmal nicht entscheidend für mich. Ich fühle mich von der Politik oder von der jetzigen Parteienlandschaft absolut nicht vertreten, auch was Nachhaltigkeit betrifft. Es ist natürlich schwer, Luxus und Komfort mit Nachhaltigkeit zu verbinden. Die jetzigen politischen Parteien, glaube ich, schlagen da nicht den richtigen Weg ein.“



44, Regensburg: „Momentan gibt es mehr Probleme in der Gegenwart als in der Zukunft. Deshalb kann man gar nicht so weit in die Zukunft und nachhaltige Politik denken, weil man von den Problemen, die in der Gegenwart bestehen, abgelenkt wird. Deswegen hat die Frage der Nachhaltigkeit auf meine Wahlentscheidung momentan keine so große Wirkung.“

Was machen Sie privat, um nachhaltiger zu leben?



22, München: „Privat versuche ich, meinen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, indem ich kein Fleisch esse, nicht mehr fliege, ÖPNV fahre oder Secondhand einkaufe.“



44, Regensburg: „Was ich zum Beispiel mache, ist nachhaltig einkaufen. Beispiel Möbel: Da kaufe ich immer Massivholzmöbel statt Ikea. In diesem Bereich achte ich sehr drauf und da kann ich auch was machen. Ansonsten politisch nur über die Wahl.“



42, Sendling: „Hier in München fahre ich, wenn es geht, mit dem Fahrrad, S- oder U-Bahn. Ansonsten versuche ich regional oder saisonal und zum Beispiel auf dem Markt einzukaufen. Also nicht nur im Discounter.“



56, Hessen: „Ich versuche schon die Umwelt zu schonen, wo ich kann. Auch in dem nur kleinen Rahmen, der mir möglich ist. Ich tue vieles, was Sinn macht. Angefangen von Mülltrennung oder Energiesparen, über zum Beispiel klimaschonendem Reisen. Ich bin jetzt mit

dem Zug in München und nicht mit dem Auto. Solche Dinge, eigentlich Kleinigkeiten. Aber wenn es jeder macht, bringt´s was.“



20, München: „Ich versuche schon darauf zu achten, dass ich Sachen einkaufe, die umweltfreundlich sind oder mit der Bahn zu fahren. Es ist als Student aber nicht gerade einfach, nachhaltig einzukaufen, weil diese Sachen meistens deutlich teurer sind, weshalb ich es dann lasse.“



65, Kiel: „Wir machen Pläne für die Woche, was wir an Lebensmitteln brauchen und überprüfen das vor dem Einkauf noch einmal. Genauso gehen wir bei der Bekleidung vor, die wir zum größten Teil im Secondhandladen einkaufen. Beim Reisen ist es ähnlich. Wir haben vor drei Jahren unser Auto abgeschafft und Reisen jetzt am liebsten per pedes.“

Worin bestehen für Sie die wichtigsten Maßnahmen für eine nachhaltige Politik?



20, München: „Die Politik muss in den Bereichen ansetzen, wo die Lasten des Wohlstands gerade vor allem von uns jungen Leuten getragen werden: Das sind die Klimapolitik und das Rentensystem. Reformen müssten hier bewirken, dass nicht nur wir Jüngere Einschnitte in unser Leben zukünftig hinnehmen müssen.“



44, Regensburg: „Zum Beispiel, dass die Rente und das Gesundheitssystem nachhaltig aufgestellt werden und nicht immer von Jahr zu Jahr so eine Flickschusterei betrieben wird. Sondern dass man einfach mal sagt, jetzt reformiert man alles und hat die nächsten 30 Jahre stabile Systeme.“



57, Münsterland: „Auf jeden Fall weg vom E-Auto. Weil ich nicht glaube, dass das nachhaltig ist. Stattdessen sollten wir mehr auf Wasserstoff und andere zukunftsweisende Techniken setzen. Also weg vom Verbrenner, Benzin, Diesel – klar –, dafür mehr zu Wasserstoff und Atomkraft. Aber erstmal muss die Wirtschaft funktionieren, um überhaupt Geld für nachhaltige Politik bereitstellen und dann umsetzen zu können, weil diese auch viel Geld kostet.“



27, Aschheim: „Ich halte den Ausbau erneuerbarer Energien – also Wind, Solar und Wasser – für die wichtigste Maßnahme. Denn wir müssen es schaffen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und den CO₂-Ausstoß möglichst schnell auf Null zu bringen.“

Was macht Ihnen Hoffnung, dass es in Zukunft nachhaltigere Politik gibt?



22, München: „Trotz immer mehr Krisen wie Waldbränden, Rekordhitze oder Überschwemmungen sehe ich kaum Anzeichen für echte Veränderung in der Politik, obwohl auch Kräfte z.B. in der Bundesregierung vertreten sind, für die Klimaschutz wichtig ist. Wir haben zwar Gesetze und z.B. das Pariser Abkommen für Klimaschutz, die werden aber ignoriert oder gelockert, wenn andere Themen wichtiger scheinen. Das gibt mir kaum Hoffnung, dass wir in Zukunft nachhaltigere Politik haben werden.“



54, Freising: „Es macht mir Hoffnung, dass Nachhaltigkeit auch konservativen Leuten mittlerweile nicht mehr als Schimpfwort daherkommt. Und dieses Thema immer weiter in die Gesellschaft getragen wird. So fangen immer mehr Leute damit etwas an und sind davon begeistert. Weil wenn man mit Nachhaltigkeit Wähler kriegt, kann man nachhaltige Politik machen.“



42, Sendling: „Mir macht Hoffnung, dass immer mehr junge Leute aktiv sind, demonstrieren und auf die Umwelt achten. Und auch Städte wie München versuchen mehr zu machen. Dadurch wissen immer mehr in der Gesellschaft, wie wichtig Nachhaltigkeit ist und es Veränderung gibt. Ich glaube, dass wir dazu aber insgesamt die jungen Leute mehr selbst machen lassen müssen.“



27, Aschheim: „Mir macht Hoffnung, dass immer mehr Menschen auf nachhaltige Produkte umsteigen, die Umwelt achten und dem Thema Aufmerksamkeit schenken. Das konnte man z.B. bei den großen Demos von „Fridays for Future“ sehen. Da waren viele in meinem Alter. Ich glaube, dass Politiker deshalb verstehen, dass sie diesem Thema mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, wenn sie in Zukunft noch Stimmen von uns haben wollen.“ 🟢

DROHT IN DEN USA EINE ZERSTÖRUNG DER POLITISCHEN ORDNUNG?

EIN INTERVIEW MIT DER AMERIKANISTIN HEIKE PAUL ZUM
RENNEN UM DAS PRÄSIDENTIALAMT IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Zur Person

**PROF. DR.
HEIKE PAUL**

Heike Paul ist Lehr-
stuhlinhaberin für
Amerikanistik

an der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg und ordentliches
Mitglied der Bayerischen Akademie
der Wissenschaften in München. Ihre
Forschungsschwerpunkte sind ame-
rikanische Mythen, Sentimentalität in
Literatur, Kultur und Politik sowie Se-
mantiken des Verzichts. 2018 erhielt sie
den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der
Deutschen Forschungsgemeinschaft.



Foto: privat

Der Kampf um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten tritt in die heiße Phase - bis zum Wahltag am 5. November 2024 bleiben wenige Wochen. Die Entscheidung zwischen Kamala Harris (Demokraten) und Donald Trump (Republikaner) wird von vielen als existenzielle Richtungswahl betrachtet. Beide Parteien setzen alles daran, Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Dem TV-Duell von Kamala Harris (Demokratische Partei) und Donald Trump (Republikanische Partei) am 11. September 2024 ist sehr viel Aufmerksamkeit zugekommen - wie haben Sie dieses direkte Aufeinandertreffen erlebt? Gibt es einen „Sieger“ oder eine „Siegerin“?

Heike Paul: Das TV-Duell hatte eine besondere Bedeutung, weil sich die Kandidatin und der Kandidat nach wie vor ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern – sie liegen in den Umfragen sehr nah beieinander und viele Wählerinnen und Wähler sind noch unentschieden. Dass so viel Überzeugungsarbeit noch kurz vor der Abstimmung geleistet werden muss, ist selten. Erfolgreicher war bei dem Aufeinandertreffen, wie es scheint, Kamala Harris, die laut verschiedener Umfragen als Gewinnerin daraus hervorging. Weitere TV-Debatten hat Trump, der sich nach der Debatte selbst zum Sieger kürte, bisher abgelehnt.

Gibt es Studien, wie stark ein TV- Duell die Wahlabsichten der Wählerinnen und Wähler beeinflussen kann? Wie volatil bleibt die Lage?

Heike Paul: Die Lage bleibt weiterhin volatil. Für Harris ging es bei dem Duell darum, die große Bühne zu nutzen, um sich dem nationalen Publikum vorzustellen – sie ist den Amerikaner:innen weit weniger bekannt als ihr Gegenkandidat, obwohl sie die amtierende Vizepräsidentin ist. Zudem warb sie um weitere Stimmen nicht nur bei der Demokratischen Wählerschaft, auch moderate Republikaner sollten dazu bewegt werden, ihr ihre Stimme zu geben. Eine ganze Reihe von „gestandenen“ Republikaner:innen – ein prominentes Beispiel ist Familie Cheney [Anm. der Red.: Dick Cheney war Vizepräsident unter Präsident George W. Bush 2001-2009; seine Tochter Liz Cheney war Kongressabgeordnete für Wyoming 2017-2023] – haben bereits erklärt, dass sie nicht für Trump stimmen werden. Es ist damit zu rechnen, dass Harris gerade unter moderaten republikanisch orientierten Frauen noch Stimmen hinzugewinnt, gerade weil das Abtreibungsrecht, eng verknüpft mit der Frage der zukünftigen Gesundheitsversorgung der Frauen im Land, indirekt mit zur Abstimmung steht.

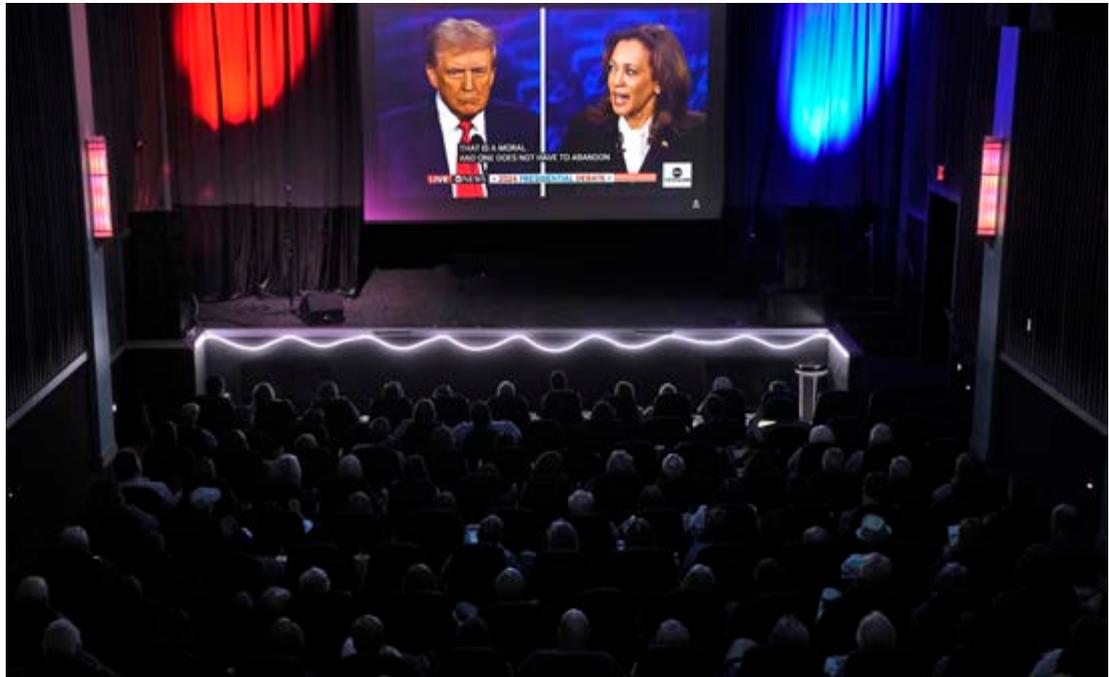
Auf der anderen Seite geht es nicht nur um ein Umstimmen von Wähler:innen – das ist in einer so polarisierten Gesellschaft wie den USA nur begrenzt möglich –, sondern vor allem um Wählermobilisierung. Harris will Menschen davon überzeugen, wie wichtig es ist, dass sie wählen gehen. Damit richtet sie sich vor allem an die jüngere Wählerschaft, die Kandidat Biden wohl kaum erreicht hätte. Daneben gibt es wiederum Bewegung bei Wählergruppen, die zur angestammten Klientel der Demokratischen Partei zählen; beispielsweise war in letzter Zeit viel die Rede davon, dass Trumps Botschaften auch bei afroamerikanischen Männern verfangen.

Der Wahlkampf 2024 erscheint für die Öffentlichkeit ungewöhnlicher als sonst, die Gegner treten gefühlt extremer auf, die Mittel, die sie anwenden, sind anders. Welche Rollen spielen diesmal verzerrende Elemente wie Fake News oder Fragen über den Gesundheitszustand der (männlichen) Kandidaten?

Heike Paul: Dass soziale Medien eine zunehmend große Rolle spielen, lässt sich als Tendenz schon länger beobachten. Gleichzeitig ist jeder Wahlkampf singulär – was den Medienbetrieb natürlich nicht davon abhält, Analogien zu früheren Wahlkämpfen herzustellen. Beispielsweise hat man nach dem Rückzug von Joe Biden eine Parallele zum Wahljahr 1968 aufgemacht, in dem sich Lyndon B. Johnson aus dem Präsidentschaftsrennen um seine Wiederwahl zurückgezogen hatte. Dieser Vergleich hält meiner Meinung nach jedoch nicht stand, denn damals spielte für parteiinterne Debatten die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg eine zentrale Rolle – und natürlich die Bürgerrechtsbewegung. Naheliegender ist da der Vergleich mit 2016, als Trump ebenfalls gegen eine Frau als Spitzenkandidatin der Demokratischen Partei antrat. Hillary Clinton führte in den Umfragen und erlangte die Mehrheit der Stimmen – sie gewann den „popular vote“, verlor aber die entscheidenden Bundesstaaten, die sog. „swing states“, und damit die Wahl. Durch den Rücktritt Bidens haben wir in den

Menschen verfolgen in einem Kino die Präsidentschaftsdebatte zwischen Donald Trump und Kamala Harris, 10. September 2024.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Charlie Riedel



letzten Wochen eine unglaubliche Dynamik im Wahlkampf erlebt, die eher den Demokraten zugutekam. Mit Trumps Kür von J.D. Vance als Kandidaten für das Vizepräsidentenamt haben sich die Frontstellungen noch einmal deutlich verhärtet. Ich bin nicht die Einzige, die vermutet, dass Trump, wenn er den Rücktritt Bidens geahnt hätte, eine andere Person ausgesucht hätte, eine mit moderateren Positionen, vielleicht sogar eine Frau. Gerade übertreffen sich Trump und Vance gegenseitig im Verbreiten von Verschwörungsmythen und *fake news*, zum Beispiel über Immigranten, die angeblich Haustiere entführen und verspeisen.

Welche Rolle spielt der Anschlag auf Trump, der auch ikonische Bilder produziert hat – hat er dadurch mehr Rückhalt in der Bevölkerung bekommen?

Heike Paul: Meines Erachtens nicht. Nach dem Anschlag in Butler, Pennsylvania, gab es ein kurzes Moment des Innehaltens, in dem auch Trump nachdenklicher als sonst auftrat. Aber dieses Moment verflog. Es sind eher die Demokraten, die die Problematik von Gewaltbereitschaft generell und von Waffengewalt im Speziellen beharrlich thematisieren – sie sind ja auch für strengere Waffengesetze. Dagegen hat das republikanische Lager ganz andere Narrative verbreitet, z.B. dass Biden und die Demokraten Schuld an dem Attentat seien oder möglicherweise sogar dahintersteckten. So wurde

es umgehend zu neuen Verschwörungsmythen verarbeitet. Gleiches gilt auch für den vereitelten Anschlag in West Palm Beach, Florida.

Welche unterschiedlichen Typen von Führungspersönlichkeiten verkörpern denn Harris und Trump, welche Wahl haben die amerikanischen Wählerinnen und Wähler diesbezüglich?

Heike Paul: Trump sieht sich gerne als charismatische Führungsfigur, die Leute um sich scharen und mobilisieren kann. Dabei legt er allerdings ein deutlich autoritäres, ja autokratisches Gebaren an den Tag. Es wurde bereits oft bezweifelt, dass dies kompatibel mit einem demokratischen System sei, das davon ausgeht, dass Amtsträger und Amtsträgerinnen dem Volk dienen. Diesen Unterschied hebt Harris sehr stark hervor, indem sie sagt: „Ich möchte den Amerikanern und Amerikanerinnen dienen, ich möchte meine Energie, meine Tatkraft diesem Amt widmen.“ Das sind Demutsgesten und einen solchen Bescheidenheitstopos findet man bei Trump nicht. Hier unterscheiden sich die Führungsstile stark, zumindest in der Art und Weise, wie sie öffentlich inszeniert werden – sie sind im Grunde diametral entgegengesetzt.

Wird sich Harris in außenpolitischen Zusammenhängen anders präsentieren müssen, da Amerika zumindest die westliche Welt anführt? Wie gut ist das strategisch miteinander zu vereinen?

Heike Paul: Am Ende geht es im US-Wahlkampf auch immer um die Vorstellung von den USA als besondere Nation, als die Nation, die sich in ihrem kulturellen und politischen Selbstverständnis als auserwählt und exzeptionell begreift. Diese Vorstellung lässt sich wahlweise sowohl mit dem dienenden Ethos gegenüber dem Volk als auch mit dem lautstark verkündeten Anspruch auf die Vorrangstellung einer Supermacht in der Welt verbinden.

Sie haben im Jahr 2021 eine interessante Studie über amerikanischen Staatsbürgersentimentalismus veröffentlicht. Spielt dieses Thema in dem gegenwärtigen Geschehen eine Rolle?

Heike Paul: Ich bin nicht die erste, die behauptet, dass die amerikanische Nation und ihre politische Kultur durch und durch von sentimentalismen geprägt sind. Beide Parteien bedienen sich in der Regel solcher Muster, um ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Präsidenten verwenden sie, gerade in Momenten nationaler Krise, um das Land zu einen. Ein klassisches Beispiel dafür war etwa George W. Bush, der im Kontext von 9/11 in einer Pressekonferenz auf die Frage, was nun zu tun sei, geantwortet hat: „*Go home and hug your children*“. Das ist eine sentimentale, scheinbar unpolitische Antwort auf ein weltpolitisches Problem. Die Demokraten agieren vielfach vergleichbar; Obama etwa galt als der Hohepriester des einigenden und versöhnenden Staatsbürgersentimentalismus, beispielsweise als er bei einem öffentlichem Auftritt „*Amazing Grace*“ sang.

Viele Beobachter:innen – darunter auch ich – dachten, dass Trump mit seiner ausgrenzenden Rhetorik keinen Erfolg haben würde, weil er die gängigen, konventionellen Formen und Funktionen des amerikanischen Staatsbürgersentimentalismus nicht verwendet: das Stiften von Gemeinschaftsgefühl, die Betonung der *Family Values*, das Aufgreifen zivilreligiöser Formeln. Trump hat von Anfang an eine spalterische Rhetorik verwendet, sogar in seiner Amtsantrittsrede. Das war eine klare Absage an den klassischen Staatsbürgersentimentalismus, der als einigende Formel in der politischen Kultur der USA immer schon zentral war. Im Grunde begann dies schon mit George Washington, dem ersten Präsidenten der USA, und dessen zivilreligiöser Beschreibung der USA als „*sacred union*“.

Bei den Demokraten ist die sentimentale Tradition aktuell sehr lebendig – die Democratic National Convention vom 19. bis 22. August 2024 lieferte ein wahres Potpourri sentimentaler Geschichten



– und immer ging es um die große amerikanische Familie. Michelle Obama erzählte von ihrer kürzlich verstorbenen Mutter und davon, wie man ihr Andenken am besten werden könne – nämlich indem man sich politisch engagiere, wählen gehe und eine zweite Amtszeit Trumps verhindere. Harris knüpfte ebenfalls daran an mit Äußerungen über ihre Mutter; generell redeten alle über ihre Beziehungen zu Großmüttern, Müttern, Kindern, über die eigene Kindheit und traditionelle Familienwerte – und wie diese ihre positiven Vorstellungen davon prägen, was es heißt amerikanisch zu sein. Diese gefühlsbetonte Verbindung von Privatsphäre und öffentlichem Diskurs ist charakteristisch für den Staatsbürgersentimentalismus, und die Familie ist eben diejenige gesellschaftliche Institution, die am stärksten sentimental aufgeladen ist.

Während der Trump-Präsidentschaft wurde der Staatsbürgersentimentalismus nicht als Teil des präsidentiellen Führungsstils gepflegt, er wurde vielmehr zur Ressource des Widerstands gegen Trump als Präsident. Das konnte man an verschiedenen Szenarien sehen, zum Beispiel mit Bezug auf die massenhaften Familientrennungen an der mexikanisch-amerikanischen Grenze, wobei es angesichts der öffentlichen Reaktionen dann für Trump letztlich schwierig wurde, seine harte Haltung aufrechtzuerhalten. Bilder von Familientrennungen und von Kindern in Käfigen waren selbst für konservative Republikaner kaum erträglich. Die ehemalige *First-Lady* Laura Bush hat diese „herzzerreißende“ Praxis dann auch in einem vielbeachteten Artikel in

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump mit martialischer Geste nach dem Attentatversuch am 13. Juli 2024. Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Gene Puskar

der Washington Post¹ kritisiert und mit ihr haben viele Anhänger der Republikanischen Partei auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Integrität der Familie (eigentlich ja integraler Teil konservativer Wertvorstellungen) gepocht. Ein weiteres Beispiel war die Trauerfeier für John McCain, zum Ende seines Lebens ein großer innerparteilicher Kontrahent Donald Trumps, die zu einer sentimental, zivilreligiösen Inszenierung geriet, bei der es mindestens genauso um indirekte Kritik an Trump wie um die Würdigung McCains ging. Solche Szenarien behandelt auch mein Buch.² Die Feierlichkeiten zur Amtseinführung Joe Bidens (die im Vorfeld auch eine Gedenkfeier für die Pandemieopfer beinhaltete) knüpften wieder an die Tradition des Sentimentalen als Medium amerikanischer Staatskunst an. Amanda Gorman trug bei den Feierlichkeiten mit ihrem Gedicht „*The Hill We Climb*“ dazu bei. So kam das Sentimentale wieder zurück ins Amt. Entgegen landläufiger Abwertungen ist das Sentimentale hier ganz und gar nicht negativ zu verstehen, geht es doch v.a. um die positive Kraft, Menschen zu einigen und ein Gemeinschaftsgefühl zu stiften.

Trump dagegen pflegt, wenn überhaupt, eine tendenziell totalitäre Sonderform des Staatsbürgersentimentalismus, einen ethno-nationalistischen Volkskörpersentimentalismus, der eine organistische Vorstellung eines (weißen) Volkskörpers beinhaltet, pluralistischen Vorstellungen von der Nation eine Absage erteilt und die scharfe Ausgrenzung aller anderen postuliert. Ich will nicht sagen, Trump sei niemals sentimental, denn er ergeht sich häufig in sentimental Selbstviktimsierungsnarrativen. Aber er ist es eben auf eine sehr selbstbezogene und exkludierende Art, die uns hierzulande nicht ganz unbekannt sein dürfte.

Das ist interessant. In Deutschland haben wir wohl eher Mühe, solche Strategien nachzuvollziehen. Wir kommen ja eher von einem nüchtern geprägten Verfassungspatriotismus.

1 Vgl. https://www.washingtonpost.com/opinions/laura-bush-separating-children-from-their-parents-at-the-border-breaks-my-heart/2018/06/17/f2df517a-7287-11e8-9780-b1dd6a09b549_story.html [Stand: 23.09.2024].

2 Heike Paul: Amerikanischer Staatsbürgersentimentalismus. Zur Lage der politischen Kultur der USA, Göttingen 2021.

Heike Paul: Richtig, die Deutschen misstrauen aufgrund ihrer Geschichte mehrheitlich zivilreligiösen und emotional inszenierten Stimmungslagen im politischen Kontext und sehen hier v.a. Manipulation und Demagogie am Werk. Es gibt eine schöne Stelle im ersten Band der Memoiren von Barack Obama, wo er von seiner ersten Begegnung mit Angela Merkel erzählt. Deren Berater hätten ihn zunächst ob seiner rhetorischen Fähigkeiten und der Emotionalisierung seiner Zuhörerschaft kritisch beäugt. Und Obama brachte – vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte des Nationalsozialismus und seinem Führerkult – Verständnis für die anfängliche Zurückhaltung der Kanzlerin zum Ausdruck. Später haben beide eng und gut zusammengearbeitet.

Trump hatte seine ganze Kampagne angelegt gegen einen Mann, der noch mal älter ist als er – und nominierte den deutlich jüngeren J.D. Vance als Vize. Jetzt tritt Kamala Harris gegen ihn an. Inwiefern orientieren die Republikaner ihren Wahlkampf jetzt um?

Heike Paul: Wir können zunächst feststellen, dass Trump nun einen neuen Spitznamen für Harris gefunden hat. War Biden für ihn „*Sleepy Joe*“, bezeichnet er nun Harris als „*Comrade Kamala*“, also als „Kameradin Kamala“ und unterstellt ihr links-extreme Absichten und ein marxistisches Wahlprogramm. In den USA ist es gemeinhin so, dass beide Kandidaten versuchen, je näher die Wahl rückt, ein Bild zu zeichnen, das sie selbst in der Mitte des politischen Spektrums verortet und den Gegner oder die Gegnerin als extrem und damit als unwählbar darstellt. Trump versucht sich mit diesem Spitznamen so zu positionieren, als sei er der Kandidat der Mitte und trete gegen eine extremistische Linke an, die im Falle des Wahlsieges dem Land schaden würde. Umgekehrt ist es genauso: Harris positioniert sich in der Mitte und tritt explizit für die Anliegen und die Stärkung der Mittelschicht ein. Von Trump zeichnet sie das Bild eines seltsamen bis unheimlichen Typen, der immer wieder dasselbe sage und nur um sich selbst kreise; der dabei auch noch gefährliche Positionen vertrete, dem Ansehen der USA in der Welt schade und ein rückwärtsgewandtes, restauratives Wahlprogramm verfolge. „*Not going back*“ ist daher auch ihr Wahlslogan, besonders wenn es um die Rechte von Frauen und Minderheiten geht.

Ist es ein Vor- oder Nachteil für Harris, weiblich und eine Angehörige der People of Color zu sein?



Die amerikanische Präsidentschaftskandidatin und Vizepräsidentin Kamala Harris mit ihrem möglichen Vizepräsidenten Tim Walz, Gouverneur von Minnesota, Philadelphia, 6. August 2024
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Matt Rourke

Heike Paul: Als Präsidentschaftskandidatin der demokratischen Partei ist das erst einmal ein Vorteil. Schon ihre Nominierung als Vizepräsidentin hatte den Anspruch ihrer Partei verdeutlicht, für ein diverses, multiethnisches Amerika zu stehen. Dies setzt sich nun fort und wurde auch auf dem Parteitag der Demokratischen Partei wiederholt thematisiert. Dass die Kandidatin zu ihrer Familiengeschichte steht, wie auch Obama seinerzeit, und diese zum Bestandteil ihrer Kampagne macht, ist sicher klug. Damit knüpft sie an tradierte Vorstellungen vom amerikanischen Traum an, für dessen fortgesetzte Gültigkeit sie mit ihrer Lebensgeschichte steht: Nur in Amerika sei solch ein Werdegang überhaupt möglich. Diese Art der Selbstinszenierung hat auch zur Euphorie um ihre Kandidatur beigetragen. Im Wahlkampf hat Trump wiederum versucht, ihre Herkunft gegen sie zu wenden. Sexistische und rassistische Kommentare sind bei ihm ja nicht unüblich, nicht nur im Wahlkampf gegenüber Harris. So hat er ihr vorgeworfen, ihre Herkunft nur als kulturelles Kapital zu nutzen. Beobachter:innen sind sich nicht so ganz einig, ob ihm das nun wirklich hilft oder schadet. Im Moment geht man davon aus, dass

diese Art von Sprüchen bei seiner Basis ankommt, aber die muss er ja nicht mehr überzeugen. Ob es ihm auch bei Wählergruppen hilft, die noch zu mobilisieren sind, ist schwer zu sagen. Seine allgemeinen Sympathiewerte erhöht er sicherlich nicht, wenn er Harris persönlich attackiert.

Wo liegen klare Unterschiede zwischen Biden und Harris in ihrer Programmatik? Sie hat ja sozusagen die Fackel übernommen und löst auch seine Versprechen mit ein, aber sie hat jetzt auch die Möglichkeit neue Akzente zu setzen.

Heike Paul: Kamala Harris steht innenpolitisch für Kontinuität, sie steht zu den Infrastrukturprogrammen, die Biden aufgelegt hat, und auch für eine grundsätzliche gesellschaftliche Liberalität – Stichwort Abtreibungsregelung und Gesundheitsvorsorge von Frauen. Und letzteres kann sie als Frau auch besser vermitteln, als der Katholik Biden es konnte. Wir wissen inzwischen, dass Frauen aufgrund der neuen Abtreibungsverbote, die in vielen Staaten gelten, schwer erkranken oder sogar sterben. Harris ist es zudem ein zentrales Anliegen, weitere Maßnahmen umzusetzen, die die Mittelschicht entlasten, und Steuererleichterungen für



Aufkleber für Teilnehmer bei der Florida Democratic Party
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Octavio Jones

bestimmte Gruppen in der amerikanischen Gesellschaft zu gewähren, sicherlich nicht für die ganz Reichen. Sie spricht gerne von einer „*opportunity economy*“, die für alle Menschen in den USA gleiche Voraussetzungen ungeachtet ihres sozialen Status' schaffen soll. Damit hat Harris jetzt begonnen, eigene Akzente zu setzen.

Welche konkreten inhaltlichen Unterschiede zwischen Harris und Trump zeigen sich?

Heike Paul: Das lässt sich bereits daran ablesen, welche Themen beide für wichtig erachten. Trump spricht viel über Migration und Inflation. Eines seiner Hauptziele ist es, Migration an der mexikanisch-amerikanischen Grenze einzudämmen, ja die Grenze quasi zu schließen. Er prahlt gerne damit, dass er in seiner Präsidentschaft diese Grenze kontrolliert habe (um welchen Preis haben wir bereits angesprochen), dass er für Law and Order stehe, dass er sich gegen illegale Einwanderung und für Abschiebungen einsetze. Er kündigt im Fall seiner Wahl Massendeportationen illegaler Einwander:innen an. Er verweist hier gerne auf Harris' Bilanz als Vizepräsidentin und sieht sie in ihrer Zuständigkeit für die Problematik an der Grenze als gescheitert an – und damit als keine gute Kandidatin für das Präsidentenamt. Beim Thema Inflation suggeriert er, dass es den Amerikaner:innen in seiner Amtszeit besser gegangen sei als jetzt, weil die Preise in den letzten Jahren so stark gestiegen seien. Das gilt es natürlich zu überprüfen – *fact checking* ist

bei Trump äußerst wichtig. Tatsächlich haben die Infrastruktur- und Entlastungsprogramme von Biden durchaus geholfen, die Inflation zu bremsen und der Preisanstieg geht deutlich zurück. Gleichzeitig ist das Preisniveau allerdings immer noch recht hoch. Bestimmte ökonomische Entwicklungen sind aber bekanntlich auch nicht dem Willen oder der Amtsführung des Präsidenten unterworfen.

Es überrascht kaum, dass auch bei den Demokraten das Thema Wirtschaft im Mittelpunkt steht. Aber auch andere Themen sind wichtig, z.B. die Abtreibungsgesetzgebung. Außenpolitisch sehen wir auch prägnante Unterschiede. Trump kennen wir als Anti-Globalisten, als jemanden, der die USA in den Isolationismus führen will und der Abkommen und Militärbündnisse gerne einseitig in Frage stellt. Auf der anderen Seite haben wir bei Harris die Zusage von Stabilität in der internationalen Kooperation, Bündnistreue und Engagement für die internationale Ordnung. Eine Präsidentin Harris wäre diesbezüglich sicherlich sehr viel verlässlicher und europafreundlicher.

Finden sich bei der Chinapolitik Parallelen? Würde ein Präsident Trump oder eine Präsidentin Harris im Fall eines Überfalls Chinas auf Taiwan reagieren?

Heike Paul: In der Abwehr bestimmter Gefahren von außen – sei es für die amerikanische Demokratie, sei es für die amerikanische Wirtschaft – gibt es natürlich bei beiden Parteien ähnlich gelagerte Befürchtungen und Einschätzungen. Die Demokraten und auch Biden persönlich haben immer wieder betont, dass man zumindest eine bedingte Autonomie Taiwans akzeptiere und auch für schützenswert halte. Ganz deutlich positioniert hat sich die Sprecherin des Repräsentantenhauses, die Demokratin Nancy Pelosi, mit ihrem Besuch in Taiwan 2022 und sie wurde dabei auch von republikanischen Senatoren unterstützt. In China hat dieser Besuch heftige Kritik ausgelöst, weil damit ein aus chinesischer Sicht abtrünniger Teilstaat Chinas mit einem US-amerikanischen Staatsbesuch aufgewertet wurde. Ob die USA die Schutzmacht Taiwans bleiben, wenn Trump wiedergewählt wird, ist hingegen unklar. Trump, der Außenpolitik häufig im Sinne bilateraler ökonomischer Transaktionen begreift, hat sich bisher dazu widersprüchlich geäußert.

Wenn ich Sie richtig verstehe, repräsentieren die Kandidatin und der Kandidat auch keine grundsätzlich unterschiedlichen Weltordnungsmodelle, sondern eher Akzentuierungen – auf der



Anhänger von Donald Trump stürmen während einer Sitzung des Kongresses am 6. Januar 2021 in Washington das Kapitol.
Foto: Picture Alliance/
Fotografin: Christy Bowe

republikanischen Seite mehr Richtung Isolationismus und auf der demokratischen Seite mehr die Rolle der USA als Welt-Hegemonialmacht.

Heike Paul: Im Prinzip würde ich sagen, dass hier ein Weltordnungsmodell gegen ein Weltunordnungsmodell steht. Wenn wir über Harris reden, sprechen wir über das Weltordnungsmodell, das wir kennen, das vielleicht mit gewissen Nuancierungen auch fortgeführt werden wird. Wenn wir über Trump reden, sprechen wir eigentlich über ein Weltunordnungsmodell aufgrund mangelnder Berechenbarkeit, aufgrund der besonderen Art, wie er außenpolitische Kontakte insbesondere zu Diktatoren pflegt, wie er dadurch die bestehende Weltordnung in gewisser Weise unterminiert, ohne dass klar wäre, dass ihm ein alternatives Ordnungsmodell vorschwebt. Insofern würde er sehr viel stärker in imperialen Rivalitäten agieren. Von einer Präsidentschaft Trump würden sicherlich Russland und China eher noch gestärkt werden. Es gäbe neue Bedrohungslagen.

Welche Bedeutung hat der Wahlausgang für den Rest der Welt?

Heike Paul: Wir reden über eine Wahl, bei der es durchaus darum geht, ob die USA eine Demokratie bleiben oder nicht – ähnlich wie vor vier Jahren.

Biden hat dies damals offensiv zu seinem Wahlkampfthema gemacht und diese Rhetorik hören wir jetzt wieder. Im Falle einer Wiederwahl Trumps wird es zunehmend illiberale Tendenzen geben, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Sicher wären diese nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Teilen der Welt spürbar. Die Polarisierungstendenzen, die wir in Europa und Deutschland erleben, würden sich bei einer Wahl Trumps eher noch verstärken. Ultra-Nationalisten kooperieren auf internationaler Ebene bereits gut und eine Präsidentschaft Trumps würde solche Tendenzen noch befördern. Trump ist kein Ideologe im eigentlichen Sinne, aber er ist auch nicht bereit demokratische Prinzipien zu verteidigen – dies haben wir wiederholt gesehen. Sein autokratischer Führungsstil kann sicherlich nicht als Vorbild für den Rest der (demokratischen) Welt dienen.

Am 6. Januar 2021 hat ein Sturm auf das Kapitol stattgefunden, der die ganze (westliche) Welt schockiert hat. Man fragt sich, wie es möglich ist, dass so viele Menschen in dem Land, das genuin für Demokratie steht, bereit sind, jemanden zu wählen, der nachgewiesen den Versuch unterstützt hat, diese Demokratie zu unterhöheln und zu stürzen.



Auf dem Instagram-Account von Donald Trump bezeichnet dieser Kamala Harris als „gefährlich liberal“, 22. August 2024.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Florian Gaertner

Heike Paul: Die Gefahr, die von Trump ausgeht, wird von Amerikaner:innen – je nachdem, wo sie sich über Politik informieren, nicht als solche wahrgenommen. Sein hoher Bekanntheitsgrad und sein notorischer Ruf nützen ihm eher. *Name recognition* ist im US-Wahlkampf sehr wichtig und das ist ein Vorteil für Trump, weil er, egal, wofür er steht, als eine Person gilt, die man halt schon lange kennt – *he’s been around*. Außerdem, wie in der Dokumentation „America at a Crossroads“ von Judy Woodruff³ sehr gut erklärt wird, ist es so, dass republikanische Wähler sich vor allem bei Fox News über Politik informieren. Dort wird gewissermaßen eine Parallelwelt präsentiert zu der, die man kennenlernt, wenn man beispielsweise CNN oder ABC schaut. Bei Fox News wird eine andere, höchst selektive Perspektive auf Amerika gezeigt und als

3 Zu finden unter <https://www.pbs.org/newshour/tag/america-at-a-crossroads> [Stand 12.09.2024].

die einzig richtige bezeichnet. Es wird dort weniger über den 6. Januar 2021 gesprochen, als über die mutmaßlich kriminellen Machenschaften von Hunter Biden.⁴ Trump wird nicht als bedrohlich gezeigt, sondern als potenziell guter Landesvater, der die Amerikaner:innen vor dem Extremismus der Linken schützen will. Die unterschiedlichen privatrechtlichen Medienplattformen stellen insofern ein erhebliches Problem bei der Vermittlung von Politikinhalten dar. Harris hat insgesamt einen weniger hohen Bekanntheitsgrad als Trump und dies ist für sie ein klarer Nachteil. Umfragen vor dem TV-Duell haben gezeigt, dass 40 Prozent der Befragten angeben, nicht zu wissen, wofür Harris steht. Das muss sie bis zur Wahl noch ändern, will sie reüssieren.

Kann man sagen, dass Wahlen durch (soziale) Medien gewonnen werden können?

Heike Paul: Sie sind sehr wichtig. Man hat das nach der Kandidatinnen-Kür von Harris schnell an den vielen TikTok-Memes gesehen. Insbesondere jüngere Menschen informieren sich über Politik fast ausschließlich über social media.

Desinformation und *fake news* sind außerdem ein Riesenproblem, nicht nur die, die direkt von den Kandidat:innen und ihren jeweiligen Medienteams ausgeht, sondern auch solche Desinformationskampagnen, die von anderen Gruppen mit Pseudoaccounts lanciert werden. Schon bei der vorletzten Wahl zeigte sich außeramerikanische Einmischung durch russische Bots. Diese Art der Einmischung ist bedauerlicherweise eine gewichtige Gefahr für alle Demokratien. 🌑

Das Gespräch führten Monika Franz und Nadja Renner am 10. September 2024. Hinweise zum TV-Duell wurden im Nachgang ergänzt.

4 In einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung bekannte sich der Sohn von US-Präsident Biden schuldig. Damit will er einen weiteren Prozess abwenden. Bereits im Juni wurde er wegen Verstößen gegen das Waffenrecht verurteilt.

SWING STATES 2024

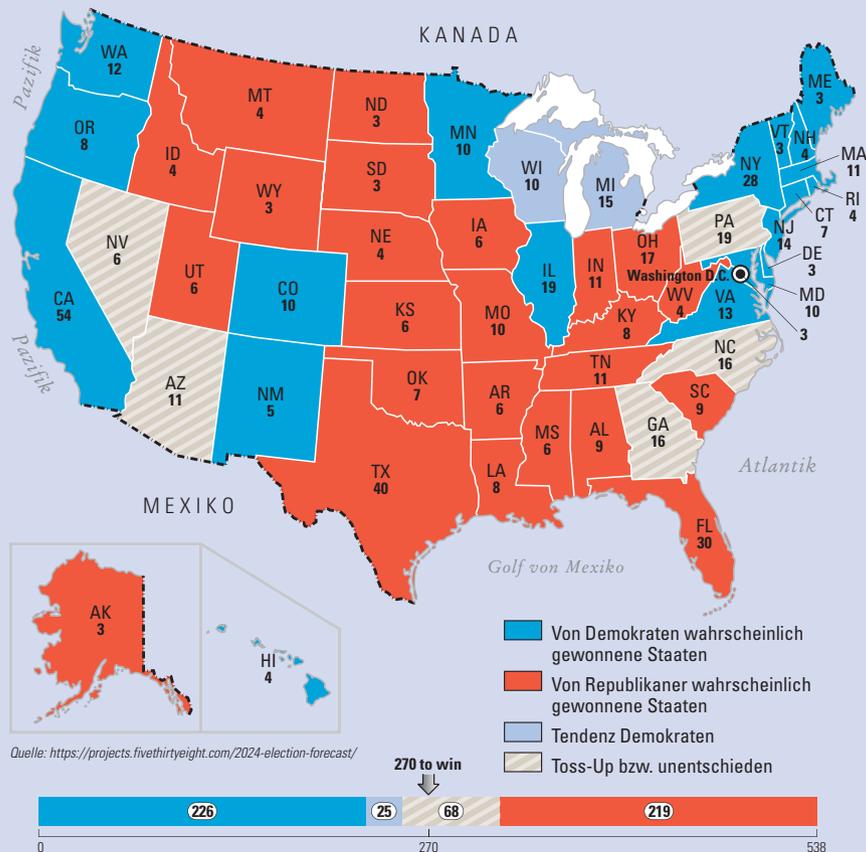
Die US-Wahl am 5. November wird sich aller Voraussicht nach in den *Swing States* entscheiden. Als *Swing States* bezeichnet man die US-Bundesstaaten, in denen vor der Wahl ungewiss ist, welche Partei dort gewinnen wird, und deren Wahlergebnis in der jüngeren Vergangenheit zwischen Demokraten und Republikanern schwankten.

Das Phänomen der *Swing States* geht aus dem Wahlsystem hervor: Denn der Gewinner, also der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen, erhält in 48 von 50 Bundesstaaten – unabhängig vom tatsächlichen Vorsprung an gezählten Stimmen – alle Stimmen im sog. *Electoral College*. Eine Ausnahme bilden nur die zwei Staaten Maine und Nebraska. Dies ist das sog. „*the-winner-takes-it-all*“-Prinzip“. Infolgedessen wird in den *Swing States* der Großteil des Wahlkampfbudgets ausgegeben.

Z.B. wurden im Jahr 2020 fast 90 Prozent der Wahlkampfmittel für TV-Werbung in diesen Staaten investiert. Bei den 2024 ausschlaggebenden *Swing States* handelt es sich wie bereits vier Jahre zuvor um Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, North Carolina, Pennsylvania und Wisconsin. 2020 entschieden in diesen sieben Staaten ca. 230.000 Stimmen die Wahl zugunsten Joe Bidens.

Nach gegenwärtigen Erhebungen (Stand: 27.09.2024) tendieren Wisconsin und Michigan (hellblau) zu Harris; Arizona, Georgia, Nevada, North Carolina und Pennsylvania (Farbe beige) sind unentschieden. Damit würden die Demokraten (blau) 251 und die Republikaner (rot) auf 219 Stimmen im Wahlkolleg erhalten. Für die Präsidentschaft werden insgesamt 270 Wählerleute benötigt.

Wahlmänner pro Staat



Grafik:
Peter Palm
Stand:
27.09.2024

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT – DIE US-WAHL

DER KLANG DER ERSTEN PRÄSIDENTIN?

„Freedom“ von Beyoncé feat. Kendrick Lamar



Beyoncé und Kendrick Lamar performen 2016 gemeinsam „Freedom“ in Los Angeles
Foto: Picture Alliance/AP
Fotograf: Matt Sayles

Wenn es einen Begriff gibt, der für die amerikanische Politik elementar ist, dann ist es „Freiheit“: So findet er sich bereits in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 oder heute in Harris' Wahlkampagne und dem diese unterstützenden Song „Freedom“ von Beyoncé und Kendrick Lamar mit seinen Elementen aus Hip-Hop, R'n'B und Gospel.

„Freedom“, das bereits 2016 auf Beyoncé's Album „Lemon“ erschien, beschreibt den systematischen Rassismus, den Schwarze in den USA erlebt haben und immer noch erleben – etwa wenn Kendrick Lamar von der Angst Schwarzer bei Polizeikontrollen rappt („Six headlights wavin' in my direction / Five-o askin' me what's in my possession / Yeah I keep runnin', jump in the aqueducts“).

Dass dieses Lied zu Harris' Kampagnensong wurde, liegt am namensgebenden Motiv des Songs, das auch das Thema ihres Wahlkampfes ist: Freiheit. Die Freiheit der Frau, über ihren eigenen Körper zu bestimmen; die Freiheit, weiterhin in demokratischen USA zu leben. Und so wie Beyoncé im Refrain singt, dass Schwarze die Unterdrückung überkommen werden („Freedom! I can't move / Freedom, cut me loose / [...] Freedom! Where are you? / 'Cause I need freedom, too / I break chains all by myself / Won't let my freedom rot in hell / Hey! I'ma keep running / 'Cause a winner don't quit on themselves“), will Harris als erste multiethnische Frau – die Ketten der Vergangenheit durchbrechend – Präsidentin der USA werden und dadurch verhindern, dass die Freiheit in der Hölle einer Präsidentschaft Trumps verrottet.

Luc Friebertshäuser, 19

DIE HYMNE DER DEMOKRATISCHEN SELBSTERMÄCHTIGUNG:

„People have the power“ von Patti Smith



Patti Smith
Wien, 26. Juli 2014
Foto: Picture Alliance/
Fotografin: Bianca Otero

„People have the power“ ist ein relativ alter Song. Die coole Punkerin, Künstlerin, Lyrikerin und Fotografin Patti Smith hat ihn gemeinsam mit Bruce Springsteen kreiert und 1988 auf ihrem Album „Dream of Life“ veröffentlicht. Über die Jahre hat sich das Lied zu einer Hymne entwickelt, bei der es die Leute in ihren Konzerten rund um die Welt bis heute aus ihren Sitzen reißt und sie mit der Schamanin der Rockmusik gemeinsam singen.

Patti Smith, 1946 in Chicago geboren, verbrachte ihre Jugend in wenig betuchten Umständen und wanderte in der 1960ern in die New Yorker Untergrund-Kunst-Szene ab, wo sie unter anderem mit dem früh verstorbenen Künstler Robert Rauschenberg im Kult-Hotel Chelsea zusammenlebte. Auch als später arrivierter Star hat Patti Smith immer klar politische Stellung bezogen – gegen narzisstische Staatsführer, dafür, dass Menschen sich ihrer politischen Kraft bewusst werden und selbstwirksam ihre Meinung kundtun.

„Lift your voice“ – benutze Deine Stimme und gehe demokratisch wählen, könnte man die Botschaft zusammenfassen: „it's decreed the people rule“ heißt es in „People have the power“. Die Botschaft der Hymne ist universell und lässt sich vielfältig interpretieren. Man kann christliche („upon the meek the graces shower“) oder sozialistische Einflüsse („we can turn the earth's revolution“) herauslesen – jedoch auf jeden Fall die, dass die Menschen sich schlechter Führungsgeleiten entledigen sollen: „I awakened to the cry / that the people have the power / to redeem the work of fools.“ Patti Smith hat einmal gesagt, sie sei kein Mensch des 21. Jahrhunderts – aber ihre im 20. Jahrhundert formulierten Worte sind aktueller denn je.

Monika Franz, 55

EIN STOLZER PRÄSIDENT?

„Dear Mr. President“ von Pink



Pink, 2006, bei einem Konzert in Hamburg
Foto: Picture Alliance/
Fotografin:
Isabel Schiffler

Vor knapp 20 Jahren hat die Sängerin Pink über einen US-Präsidenten gesungen, dessen Handlungsweisen sie nicht verstehen konnte und deshalb Fragen an ihn formulierte. Die Zeilen bezogen sich auf den damaligen Präsidenten George W. Bush; unter anderem wurden die Abneigung des Präsidenten gegen Homosexualität („*And what kind of father might hate his own daughter if she were gay?*“), die vielen Obdachlosen nach dem Hurrikan Katrina („*What do you feel when you see all the homeless on the street?*“) und ein Gesetz gegen legale Abtreibung („*What kind of father would take his own daughter's rights away?*“) thematisiert.

Welche Fragen würde Pink heute dem Kandidaten Trump stellen? Er äußerte sich abwertend über Homosexualität, ist ein Gegner von Abtreibung. Während seiner Zeit als Präsident ließ er die Grenze zu Mexiko verstärkt bewachen, Eltern wurden von ihren Kindern getrennt, wieder sah man „*homeless on the street*“, es wurden Kinder zurückgelassen („*How can you say / No child is left behind?*“) – allerdings nicht aufgrund einer Naturkatastrophe.

Betrachtet man den Songtext also heute, im Wahljahr 2024, in dem Donald Trump als ernstzunehmender Kandidat für die Präsidentschaft auftritt, verliert der Song kaum an Aktualität. Angesichts der vielen Fake News Trumps, die zum Teil absurd sind, muss man sich fragen, ob Donald Trump *darauf* stolz sein und erhobenen Hauptes Lügen verbreiten kann: „*Are you proud? How do you walk with your head held high?*“ Nicht überraschend ist für mich, dass Pink bereits öffentlich bekundet hat, Kamala Harris zu unterstützen.

Nadja Renner, 41

AUF DEM WEG ZUM AMERIKANISCHEN TRAUM? – DIE GRENZE ZWISCHEN MEXIKO UND DEN USA:

„Across The Borderline“ von Freddy Fender



Die Grenze zwischen Mexiko und USA bei Jacumba Hot Springs / Kalifornien
Foto: Picture Alliance/
Zoonar/Walter Arce
Photography

Die Grenze zwischen Mexiko und den USA ist über 3.000 km lang und trennt zwei extrem unterschiedliche Welten. Während die Länder südlich des Rio Grande seit Jahrzehnten immer wieder von wirtschaftlichen und politischen Krisen geschüttelt werden, scheint die Strahlkraft des sprichwörtlichen „*American Dream*“ auf weite Teile der Bevölkerung Lateinamerikas ungebrochen.

Die Erfüllung dieses vermeintlichen Traumes wird aber immer gefährlicher. Allein im Jahr 2023 starben 615 Menschen beim Versuch, die immer weiter ausgebauten Grenzanlagen zu überwinden. Nicht mitgerechnet sind dabei die Zigtausenden, die auf diesem Weg verschwinden („*desapericidos*“). Der Umgang mit dieser dramatischen Entwicklung bestimmt seit Jahren die politischen Debatten in den USA und ist eines der zentralen Themen im aktuellen Präsidentschafts-Wahlkampf. Auch zahlreiche Künstler hat das menschliche Leid zu oft erschütternden Werken inspiriert. In der Popmusik gibt es mit den sog. „*Border-Songs*“ sogar ein eigenes Genre, das auf das Lied „*Across The Borderline*“ von Freddy Fender zurückgeht.

Die zum ersten Mal als Soundtrack des Films „*The Border*“ im Jahr 1982 veröffentlichte Interpretation wurde vielfach gecovered und steht heute stellvertretend für die Geschichte ungezählter Migranten – nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent, sondern weltweit: Es geht um Menschen, die sich an einen vermeintlich besseren Ort aufmachen („*every street is paved with gold*“), bei ihrer Ankunft jedoch bitter enttäuscht werden („*when you reach the broken promised land/and every dream slips through your hand*“) und letztlich feststellen müssen, dass es kein Zurück mehr gibt („*then you'll know that it's too late to change your mind / 'cause you've paid the price to come so far*“).

Manfred Fischl, 50

DIE EURO 2024 IN DEUTSCHLAND ALS MEGAEVENT UND POLITIKUM: ERWARTUNGEN – ERFAHRUNGEN – EINORDNUNGEN TEIL 2 DER SERIE: FUSSBALL – SPIEL DES LEBENS?

Von Jürgen Mittag



Die Fußball-EM als Megaevent – Tänzer und Akrobaten vor einer überdimensionalen Nachahmung des EM-Pokals bei der Eröffnungszeremonie in München am 14. Juni 2024. Alle Spiele sind ausverkauft.
Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Peter Kneffel

In Zeiten zunehmender Zersplitterung von Kommunikation und fragmentierter Teilöffentlichkeiten zählen Sportgroßveranstaltungen zu den wenigen wiederkehrenden Ereignissen, die weiterhin gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit mobilisieren.¹ Neben Fußballweltmeisterschaften und Olympischen Spielen gehören Fußball-Europameisterschaften mittlerweile auch zu den Sportgroßereignissen, die global Beachtung finden. Die EURO – wie die Fußball-Europameisterschaft seit 1988 zunächst inoffiziell und seit 1996 vom ausrichtenden europäischen Fußballverband UEFA auch offiziell bezeichnet wird – ist in ihrem Austragungsjahr über Wochen zentrales Thema in Medien und Öffentlichkeit. Die Medienrechte an der EURO werden angesichts des hohen sportlichen Niveaus und der zahlreichen populären Fußballspieler auch jenseits der Grenzen des europäischen Kontinents von Medien in Asien, Afrika, im Nahen Osten sowie in Nord- und Südamerika erworben. Allein fünf der 13 globalen Hauptsponsoren der EURO 2024 kamen aus China und investierten mehrere hundert Millionen in Werbekampagnen. Verbunden mit dem hohen Aufmerksamkeitspotenzial der EURO ist eine verstärkte Instrumentalisierung dieses Sportgroßereignisses: Infolge ihrer internationalen Medienpräsenz sind die Fußball-Europameisterschaften zu einer Bühne avanciert, auf der die unterschiedlichsten Interessen präsentiert und verhandelt werden.² Nicht zuletzt politischen

Interessen kommt dabei besondere Bedeutung zu.³ Mit Blick auf diese Rahmenbedingungen unternimmt der vorliegende Beitrag ausgehend von dem Interview mit Turnierdirektor Philipp Lahm und DFB-Vizepräsidentin Celia Šašić in der letzten Ausgabe der E+P („Was wir brauchen, ist Zivilcourage“) einen Rückblick auf die zwischen dem 14. Juni und 14. Juli 2024 in Deutschland ausgerichtete 17. Fußball-Europameisterschaft der Männer, die UEFA EURO 2024.⁴ Da die wissenschaftliche Forschung den Europameisterschaften bislang weit weniger Beachtung gewidmet hat als den Fußballweltmeisterschaften und systematische Evaluationsstudien noch ausstehen,⁵ zielt der Beitrag auf einen Überblick zu grundlegenden Merkmalen dieses Sportgroßereignisses wie Vergabe, Organisation, Medienberichterstattung und Begleitprogramm.⁶ Mit Blick auf die zunehmende Politisierung von Sportgroßereignissen in den beiden letzten Dekaden wird darüber hinaus auch der politischen Dimension der EURO 2024 besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der lange Weg zum transnationalen Großereignis

Obwohl die Fußball-Europameisterschaft heute als eines der weltweit bedeutendsten Sportereignisse gilt, musste der Wettbewerb lange um seine

-
- 1 Vgl. als problemorientierten deutschsprachigen Überblick zum Thema Robin Streppelhoff/Andreas Pohlmann (Hg.): Sportgroßveranstaltungen in Deutschland – Bd. 1: Bewegende Momente, Bd. 2: Nachhaltige Bewegung, Bonn 2020, online abrufbar unter: <https://www.bisp.de/> [Stand: 24.09.2024]; siehe für die Bandbreite der aktuellen internationalen Debatten das diesbezügliche Themenheft von Jan Andre Lee Ludvigsen/Joel Rookwood/Daniel Parnell (Hg.): *The sport mega-events of the 2020s: governance, impacts and controversies*, Sport in Society 4 (2022).
 - 2 Vgl. zur Bühnenfunktion des Sports Jürgen Mittag/Jörg-Uwe Nieland: Die globale Bühne: Sportgroßereignisse im Spannungsfeld von politischer Inszenierung und demokratischen Reformimpulsen, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (2012), S. 623–632 und Andreas Hebbel-Seeger/Thomas Horky/Hans-Jürgen Schulke (Hg.): Sport als Bühne. Mediatisierung von Sport und Sportgroßveranstaltungen, Aachen 2016.

- 3 Siehe als thematische Einführung zum Problemkomplex „Sportpolitik“ Jürgen Mittag: Sport und Politik. Informationen zur politischen Bildung, No. 357, Bonn 2023.
- 4 Die letzte Fußball-Europameisterschaft der Frauen fand 2022 in England statt. Mit insgesamt 574.875 Zuschauern in den Stadien wurde hier eine neue Bestmarke erzielt. In Deutschland war das Finale der Fußball-Europameisterschaft der Frauen die meistgesehene Sportsendung im Jahr 2022.
- 5 Vgl. als maßgebliche Literaturgrundlage weiterhin Dietrich Schulze-Marmeling: Die Geschichte der Fußball-Europameisterschaft 1960–2008, Göttingen 2008.
- 6 2024 wurden erstmals für eine Fußball-Europameisterschaft auch umfassende Daten in mehreren Evaluationsstudien erhoben, deren erste Ergebnisse zum Teil bereits vorliegen. Vgl. Pamela Wicker/Christoph Breuer: Evaluationsstudie zur UEFA EURO 2024: Erste bundesweite Ergebnisse, Juli 2024; Nielsen Sports (Hg.): *Report. Host Country Impact. Holistic assessment of the impact of the UEFA EURO 2024 on its Host Country*, August 2024.



Geringes Zuschauerinteresse bei der EM 1980 in Italien. Deutsche Fans am 11. Juni im Olympiastadion in Rom beim Eröffnungsspiel, das Deutschland gegen die Tschechoslowakei 1:0 gewann. Fast 90 Prozent der Plätze blieben frei.

Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Horstmüller

Akzeptanz ringen. Die heutige Wahrnehmung und Anerkennung erlangte die EURO erst ab Mitte der 1980er Jahre, als begonnen wurde, die Endrunden in weltmeisterschaftsähnlicher Turnierform auszuspielen. Demgegenüber hatten die ersten Ausstragsrunden des seinerzeit beim Auftakt noch als „Europapokal der Nationen“ benannten Wettbewerbs weitaus geringere Resonanz erzielt. 1968 wurde das Turnier in Europameisterschaft umbenannt, mit nur vier Endrundenteilnehmern aber weiterhin unter vergleichsweise bescheidenen Rahmenbedingungen durchgeführt. Selbst im Jahre 1980, bei der Europameisterschaft in Italien, betrug der Zuschauerschnitt lediglich 25.044.⁷ Das Eröffnungsspiel zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland lockte seinerzeit offiziell nur 10.500 Zuschauer in das Olympiastadion Roms, das 80.000 Zuschauer hätte fassen können. Kaum Zuschauerresonanz und sportlich enttäuschende Spiele auf einem niedrigen Niveau, so lautete das Urteil der Zeitgenossen nach dieser Endrunde. Reisetourismus und Events rund um die

Europameisterschaft gab es bis zu diesem Zeitpunkt nur in sehr begrenztem Maße.

Die Europameisterschaften 1984 in Frankreich und 1988 in Deutschland markierten nicht nur mit Blick auf die Qualität der Spiele, sondern auch hinsichtlich der Medienrezeption den Aufbruch in eine neue Phase. Dies umso mehr, da sich auch schrittweise eine transnationale Fankultur entwickelte und das Turnier auch auswärtige Fans lockte. Insgesamt wurden bei der Europameisterschaft 1988 mehr als ein Viertel der Eintrittskarten im Ausland verkauft. Mit 838.677 offiziellen Zuschauern erreichte die EURO 1988 einen Besucherrekord, der mit durchschnittlich 55.911 verkauften Tickets pro Spiel bis heute Bestand hat. In den 1990er Jahren wurde die Professionalisierung und damit Kommerzialisierung des Wettbewerbs weitergeführt. Eine zentrale Rolle kam dabei der EURO 1996 in England zu, die den Weg zu einer popkulturellen Öffnung („Three Lions – Football is coming home“) bahnte und – mit nunmehr 16 Endrundenteilnehmern – auch eine weitere Kommerzialisierung forcierte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt die Ausrichtung des Turniers als Erfolgsgarant und verdeutlicht, warum die EURO mittlerweile nicht nur für die ausrichtenden Verbände, sondern auch für die Spielorte einen hohen Stellenwert besitzt. Für die Ausrichter spielen nicht zuletzt strategische Überlegungen wie etwa eine Imageverbesserung oder die Förderung des Tourismus eine zunehmend wichtigere Rolle: Die Austragungsorte locken neben Hunderttausenden von Fans auch verstärkt Touristen, die ihrerseits wiederum dazu beitragen, dass die Städte neben Fußballaktivitäten auch ein umfassendes Event-Konzept präsentieren. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kann es nicht verwundern, dass die zunehmende Strahlkraft der EURO auch zu einem verstärkten Wettbewerb um die Ausrichtung führte.

Mit dem Ziel, sich bessere Chancen für den Zuschlag zu verschaffen und zudem die Ausgaben im Rahmen zu halten, wurde dabei verstärkt auf das Co-Hosting gesetzt. Mit den Turnieren in den Niederlanden und Belgien (2000), Österreich und der Schweiz (2008) sowie Polen und der Ukraine (2012) wurde dieses Format bislang dreimal erprobt. Eine Ausnahme markierte die EURO 2020, die mit Blick auf das 60-jährige Jubiläum des Wettbewerbs und infolge der Pandemie im Jahre 2021 als transnationales Event in elf europäischen Städten ausgetragen wurde. Welche finanziellen Dimensionen die Fußball-Europameisterschaft mittlerweile erreicht hat, dokumentieren die

7 Vgl. Jürgen Mittag/Benjamin Legrand: *Towards a Europeanization of Football? Historical Phases in the Evolution of the UEFA European Football Championship*, in: Wolfram Manzenreiter/Georg Spitaler (Hg.): *Governance, Citizenship and the New European Football Championships: The European Spectacle*, London 2011, S. 15–28.



Vergabe der EM 2024 an Deutschland in Nyon (Schweiz) am 27. September 2018 (v.l.n.r.: der damalige DFB-Präsident und UEFA Vize-Präsident Reinhard Grindel und der deutsche EM-Botschafter Philipp Lahm).
Foto: Picture Alliance/Reuters/
Fotograf: Denis Balibouse

Einnahmen der UEFA. Im Austragungsjahr der vorletzten Europameisterschaft 2021 überschritten die Einnahmen der UEFA erstmals die Schwelle von vier Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis sprang hatte einmal mehr die EURO beigetragen; in den Jahren mit dem Kontinentalwettbewerb der Nationalmannschaften liegen die Einnahmen deutlich höher. Auch die Preisgelder sind erheblich: Für die EURO 2024 sah die UEFA eine Ausschüttung von insgesamt 331 Millionen Euro an Prämien für die teilnehmenden Verbände vor.

Das Bewerbungsprozedere der EURO 2024

Bereits am 23. Oktober 2013 hatte das Präsidium des Deutschen Fußballbundes (DFB) erstmals beschlossen, sich um die Ausrichtung der EURO 2024 zu bewerben. Am 20. Januar 2017 bekundete der DFB unter der Ägide des damaligen DFB-Präsidenten Reinhard Grindel erneut das deutsche Interesse und forderte potenzielle Ausrichterstädte auf, sich als Spielorte zu bewerben. Aus der Riege der zunächst 18 Kandidatenstädte zogen sich Dresden, Freiburg, Karlsruhe und Kaiserslautern aber zurück. In 14 Städten fanden ab Ende Juli 2017 Visitationen statt, in denen es vor allem um die Kriterien Stadionkapazität, Sicherheit und Infrastruktur

ging. Der DFB bildete ein Ranking der Bewerber und ordnete diese vier geografischen Zonen zu. Am 15. September 2017 wählte das DFB-Präsidium dann zehn Städte aus: Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.

Mit Philipp Lahm als offiziellen Botschafter der deutschen Bewerbung reichte der DFB im April 2018 seine Unterlagen in Nyon bei der UEFA ein. Unter dem Slogan „United by Football – Vereint im Herzen Europas“ trat der DFB gegen den türkischen Fußballverband als einzigen verbliebenen Konkurrenten an. Die Türkei, die sich bereits zum fünften Mal in Folge um die Ausrichtung der EURO bemühte, stellte moderne Stadien, Nachhaltigkeit und die Fußballbegeisterung des Landes in den Mittelpunkt ihrer Bewerbung. Auf der Grundlage von Inspektionsbesuchen in den potenziellen Ausrichterstädten und der Bewerbungsdokumente wurde in den folgenden Monaten die Evaluationsberichte der UEFA erstellt. In diesen wurde Deutschland viel Beifall für eine „inspirierende und professionelle Vision“ zuteil, während die Türkei neben Lob auch Kritik für u.a. fehlende Menschenrechtspläne und wirtschaftliche Unsicherheiten hinnehmen musste. Das Votum des Exekutiv-Komitees der UEFA am 27. September 2018 fiel eindeutig aus: Mit 12:4 Stimmen wurde Deutschland zum Ausrichter der EURO

Einnahmen EM-Turniere (Quelle UEFA)

Turnier	Gesamt €
1992	40,9 Mio.
1996	147,3 Mio.
2000	229,9 Mio.
2004	855,2 Mio.
2008	1.350,9 Mio.
2012	1.390,9 Mio.
2016	1.916,0 Mio.
2021*	1.882,5 Mio.
2024 (Prognose UEFA)	2.400 Mio.

*Zuschauerbeschränkungen wegen der Corona-Pandemie

2024 gewählt. Die Entscheidung wurde in Deutschland mit verhaltener Begeisterung aufgenommen. Auf der einen Seite wurden die überwiegend positiven Assoziationen an die als „Sommermärchen“ im kollektiven Gedächtnis verankerte Weltmeisterschaft 2006 in Erinnerung gerufen, als eine junge Generation von Nationalspielern die Begeisterung des heimischen Publikums schürte und ein weitgehend frei von nationalistischen Untertönen zelebrierter entspannter Party-Patriotismus mit ausgeprägter Gastfreundlichkeit das auch international sehr wohlmeinend wahrgenommene Begleitprogramm bot. Auf der anderen Seite stand die Skepsis, dass unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und angesichts anhaltender Kommerzialisierung des Profifußballs im Jahre 2024 nicht mit denselben Impulsen wie 2006 zu rechnen sein werde.

In den nachfolgenden Jahren verschwand die EURO 2024 weitgehend aus den öffentlichen Debatten, während andere Sportgroßereignisse – nicht zuletzt die umstrittene Fußball-Weltmeisterschaft in Katar und die Olympischen Winterspiele in Peking im Jahr 2022 – erhebliche sportpolitische Kontroversen hervorriefen. Jenseits der im Jahr 2023 durchgeführten Qualifikationsspiele von den 53 um die Teilnahme kämpfenden europäischen Fußballverbänden wurde der Vorbereitungsstand in Medienberichten nur gelegentlich thematisiert. Am stärksten fanden die zentralen Zielsetzungen der EURO 2024 Beachtung. Zu diesen zählte unter

dem zentralen Leitbild, die EURO 2024 zum „Vorbild für Nachhaltigkeit von Veranstaltungen im Bereich des Sports und Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen und europäischen Gesellschaft“ zu machen,⁸ u.a. die Umsetzung einer Umwelt-, Sozial- und Governance-Strategie, die Begrenzung der Auswirkungen der EURO auf die Umwelt, die Verwendung eines Teils der Gewinne für Investitionen in einen Klimafonds, die Vorbeugung und Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung sowie die Zusammenarbeit mit Austragungsstädten, Partnern und anderen Akteuren im Fußball. (siehe dazu auch die Ausgabe 01/2024 der E+P) Zu einer zeitweiligen Mobilisierung der öffentlichen Aufmerksamkeit für die Europameisterschaft kam es zweimal im Jahre 2023: Auf den Tag genau ein Jahr vor dem Eröffnungsspiel beleuchtete der Sportausschuss des Bundestags am 14. Juni 2023 den Stand der Vorbereitungen der EURO 2024. Dabei wurde mehrfach die Losung „Sommermärchen 2.0“ ausgegeben, die von den Medien in der Folge bereitwillig aufgegriffen wurde.⁹ Einen kleinen Skandal verursachte im November 2023 die Kritik des EURO-Organisationskomitees an der Bundesregierung, der mangelnde Unterstützung für das Großereignis und zu wenig Engagement bei Abstimmungsprozessen im föderalen System der Bundesrepublik vorgehalten wurde.

Die Vorbereitung und Organisation der EURO 2024

Federführend organisiert wurde die Fußball-europameisterschaft von der EURO 2024 GmbH, einer eigens zu diesem Zweck als *Joint Venture* gegründeten Tochtergesellschaft des Deutschen Fußball-Bundes und der UEFA Events SA. Während die Ex-Profis Philipp Lahm als Turnierdirektor und Celia Šašić als Botschafterin der UEFA EURO 2024 vorwiegend repräsentative Aufgaben übernahmen, lag das operative Geschäft in den Händen

8 Siehe hierzu das von DFB und UEFA gemeinsam veröffentlichte Dokument: UEFA EURO 2024 Deutschland. Strategie für eine nachhaltige Veranstaltung, März 2021, S. 5. , https://editorial.uefa.com/resources/027a-1643cd65ece0-3804ff6dd4ce-1000/euro_2024_strategy_de_spreads.pdf [Stand: 26.09.2024].

9 Vgl. BT-Drucksache 20/6820: Kurzprotokoll der 34. Sitzung des Sportausschusses, Berlin, 14. Juni 2023.

der beiden Ko-Geschäftsführer Markus Stenger und Andreas Schär. Der Schweizer Schär war von der UEFA entsandt worden und hatte bereits bei früheren Turnieren in vergleichbarer Funktion mitgewirkt. In der in Frankfurt am Main angesiedelten EURO 2024 GmbH waren rund 200 Angestellte tätig, darunter – in Anlehnung an die sozialen Zielsetzungen der Veranstalter – 57 Prozent Männer und 43 Prozent Frauen. Eine der wichtigsten Aufgaben des zentralen Organisationskomitees für die EURO 2024 bestand in der Zusammenarbeit mit deutschen Regierungsbehörden auf Bundes- und Länderebene. Themen wie Sicherheit, Verkehrsmanagement, Tourismusförderung und Einreisebestimmungen wurden in enger Abstimmung mit den staatlichen Stellen koordiniert.

Zu den zentralen Strukturen der EURO 2024 GmbH kamen in den Ausrichterstädten, den sogenannten „Host Cities“, dezentrale lokale Organisations-teams hinzu, die sich aus vorübergehend für diesen Zweck abgeordneten Angestellten der Stadtverwaltungen sowie temporär für die EURO 2024 Beschäftigten zusammensetzten. Von vielen Host Cities wurden Tätigkeitsbereiche wie etwa der Webauftritt an externe Agenturen ausgelagert. Zur zentralen Schaltstelle avancierte in den Ausrichterstädten in der Regel das „Host City Operation Center“, in dem u.a. Stadtverwaltung, UEFA, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Verkehrsbetriebe die kommunalen Aktivitäten koordinierten. Eine wichtige Rolle spielten auch die rund 16.000 Volunteers, die aus 124 Nationen rekrutiert wurden. In jeder Host City waren an den Spieltagen rund 1.100 Volunteers im Umfeld des Stadions und weitere 500 Freiwillige in den Innenstädten tätig. Hinzu kamen Zehntausende weitere Freiwillige, die im Rahmen von Hilfs- und Rettungsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk oder dem Roten Kreuz als Helferinnen und Helfer im Einsatz waren.

Zu den angesichts dezentraler Strukturen von der Öffentlichkeit nur begrenzt wahrgenommenen Aktivitäten zählte die Einbeziehung von sogenannten „Interessenträgern“. Im Rahmen eines umfassenden Konsultations- und Kooperationsprozesses wurden von DFB und UEFA in unterschiedlichen Formaten und mit gezielt abgestuften Prioritäts- und Intensitätsstufen Sportverbände und -vereine, Medien, Stiftungen, Fangruppierungen sowie zahlreiche weitere Akteure der Zivilgesellschaft kontaktiert. Eine wichtige Multiplikatorenfunktion kam dabei nicht nur Philipp Lahm und Celia Šašić, sondern auch den

lokalen EURO-Botschaftern der Host Cities und dem Führungspersonal von DFB und UEFA zu.

Insgesamt betrachtet wurde den Kommunikations-, Marketing- und Sponsoringkampagnen, in denen ab Frühjahr 2024 mit zunehmender Intensität für die EURO 2024 geworben wurde, ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Kampagnen umfassten Partnerschaften mit globalen Marken und sozialen Medien und zielten letztlich darauf, die nationale und internationale Öffentlichkeit auf das Turnier einzustimmen und für breite Akzeptanz zu sorgen. Demgegenüber wurde weniger Aufmerksamkeit als bei früheren Turnieren auf Maßnahmen zum Ausbau der Stadien und der Infrastruktur gelegt. Die EURO 2024 profitierte von Deutschlands gut entwickelter (Fußball-) Infrastruktur. Einige Stadien wurden mit modernerer Technik nachgerüstet, insbesondere im Bereich von Sicherheit, Beleuchtung (umweltfreundlichere LED-Systeme) und Medieninfrastruktur (verbesserte Übertragungstechnik). Die Zugangspunkte zu den Stadien wurden mit wirksameren Sicherheitskontrollen ausgestattet, darunter Gesichtserkennungstechnologien und Metalldetektoren. Für die Zeitdauer der Europameisterschaft wurden größere Bau- und Reparaturvorhaben in Deutschland zurückgestellt, hingegen zusätzliche Sonderzüge eingesetzt, um die Verbindungen zwischen den Austragungsstädten zu erleichtern. Neben verbilligten Fantickets wurden Angaben der Bahn zufolge an den Spieltagen mehrere Sonderzüge und ca. 10.000 zusätzliche Sitzplätze pro Tag bei ICE und IC-Verbindungen zur Verfügung gestellt.

Die Nachfrage nach Tickets überstieg das Angebot um ein Vielfaches. In den verschiedenen Verkaufswellen wurden fast alle Tickets abgesetzt, so dass die Stadien durchweg ausverkauft waren. Während die Preisgestaltung auf Kritik stieß – die günstigsten Eintrittskarten kosteten in den regulären Segmenten 30 Euro, die teuersten 1.000 Euro – wurde das (Los-) Prinzip bei der Ticketvergabe allgemein akzeptiert. Besonders positiv hervorgehoben wurde, dass sowohl die lokale Bevölkerung als gleichermaßen auch internationale Fans faire Zugangsmöglichkeiten zu Tickets erhielten. Das Losverfahren und die eingesetzte App mit kurzfristig bereitgestelltem QR-Code minimierten zudem die Schwarzmarktaktivitäten.

Bei den Vorbereitungen wurde den Fan- und Tourismusaspekten besondere Beachtung gewidmet. Da man mit Blick auf die starke Ticketnachfrage und die Erfahrungen der WM 2006 mit Millionen von Fans rechnete, die auch ohne Tickets aus Europa



„Fanwalk“ der belgischen Fans vor dem Spiel gegen Rumänien am 22. Juni 2024 in Köln. Das Begleitprogramm für die EURO 2024 sollte an das „Sommermärchen 2006“ erinnern und wurde sehr gut angenommen.

Foto: Picture Alliance/dpa/Revierfoto

und der ganzen Welt nach Deutschland reisten, wurden in allen Host Cities Fan-Zonen eingerichtet und Fanbetreuungsprogramme aufgelegt. Neben klassischen Public-Viewings wurden dabei seitens der Host Cities auch „Fanwalks“ ermöglicht und digitale Angebote zur Verfügung gestellt. Fans konnten die Spiele über eine App verfolgen und an interaktiven Fan-Challenges teilnehmen. Vom Bundesministerium des Innern und für Heimat wurden im Juli 2024 semioffizielle Zahlen zur Nutzung der Angebote veröffentlicht. In einer Pressemitteilung hieß es: „Etwa 2,6 Millionen Menschen haben im letzten Monat die 51 Spiele in den zehn Stadien verfolgt. Hinzu kamen etwa sechs Millionen Menschen, die die Fanzonen besuchten. Im ganzen Land wurden während der UEFA EURO 2024 etwa 2.100 Veranstaltungen mit EM-Bezug registriert, darunter ca. 940 Public Viewing-Veranstaltungen bundesweit.“¹⁰

Das mediale Angebot

Kennzeichnend für Sportgroßereignisse ist spätestens seit den 1990er Jahren, dass nicht nur die Fußballspiele selbst übertragen, sondern schon in den Monaten zuvor mit Vorfeldberichten erhebliche Quoten erzielt werden. Dies galt einmal mehr auch für die EURO 2024. Ab März 2024 mehrten sich auf allen Kanälen und in allen Medien, einschließlich Social Media, die Berichte über die Fußball-Europameisterschaft. Die Journalistinnen und Journalisten thematisierten dabei nicht nur die sportliche Vorfreude und die Erwartungen an die deutsche Mannschaft, sondern beleuchteten auch organisatorische, sicherheitstechnische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte des Events. Kritische Betrachtungen zu Kosten, Nachhaltigkeit und Kommerzialisierung spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Insgesamt durchzog die Berichterstattung eine Mischung aus Vorfreude und Kritik. Anders als im Fall der Fußballweltmeisterschaft in Katar, als die Medienberichte eher zur Skandalisierung als zur Differenzierung beitrugen, wurde die Rolle der Medien bei der EURO 2024 jedoch stärker problematisiert. Zu der Debatte über die Rolle der Medien trugen vor allem zwei Themen bei: Zum einen bemühten zahlreiche Redakteure wiederholt das von der Politik eingeführte Narrativ vom „Sommermärchen“ der WM 2006. Erklärt wurde im Detail, aber je nach Sichtweise und Standpunkt variierend, warum die EURO 2024 denn zwingend ein (FAZ, 11.6.2024:

10 Pressemitteilung des BMI vom 15. Juli 2024 mit dem Titel: „Ein sicheres „Heimspiel für Europa“: Millionen Fans feierten ein friedliches Fußballfest in Deutschland“, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/07/EURO-Bilanz.html> [Stand: 24.09.2024].

ARD-Umfrage zu Rassismus im Fußball



Quelle: infratest dimap/ARD;
<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/deutsche-fussballmannschaft-2024-mehrheit-findet-multi-kulturelles-team-gut/>
 [Stand: 25.09.2024]

„Bereit für ein Märchen 2.0“) – oder eben auch kein (FAZ, 10.6.2024: „Wir haben keine gelöste Stimmung wie 2006“) – neuerliches „Sommermärchen“ werde. Zum anderen befassten sich die Medien eingehender mit Rassismus und Diskriminierung im Fußball. Dabei wurde die Skandalisierung nach Ansicht zahlreicher kritischer Stimmen bisweilen aber allzu sehr zum Geschäftsmodell erhoben. So wurde in der ARD-Sportschau-Dokumentation „Einigkeit und Recht und Vielfalt – Die Nationalmannschaft zwischen Rassismus und Identifikation“ zunächst das Sommermärchen 2006 dekonstruiert, um dann unterschiedliche Facetten der Bedeutung von Fußball für Integration und Rassismus aufzuzeigen. Die Kritik am Beitrag entzündete sich vor allem am stark emotionalisierenden und kaum kontextualisierenden Fortgang des Beitrags, der zudem mit einer vom WDR in Auftrag gegebenen Umfrage mit stark holzschnittartiger Fragestellung untermauert wurde. Als methodisch problematisch wurde moniert, dass im Rahmen der Befragung von 1.304 Personen ein spezifischer Aspekt zur Beurteilung der Nationalmannschaft ohne weiteren Kontext und mit stark assoziativ belegten Begriffen abgefragt wurde. Bei der Ergebnispräsentation wurde kritisiert, dass vor allem auf die Minderheit und nicht die große Mehrheit derjenigen abgestellt wurde, die begrüßen, dass viele Spieler mit Migrationshintergrund in der Nationalmannschaft spielen. Außerdem wurde den Autoren vorgehalten, vor der Heim-EM in erster Linie mediale Aufregung erzeugen zu wollen. Dass die Medien bei der Politisierung der EURO 2024 selbst Akteur und Verstärkungsfaktor waren, zeigte sich auch, als in Anlehnung an die genannte ARD-Dokumentation die Nationalhymnen beim Eröffnungsspiel der Europameisterschaft

vom Kommentator – ohne weitere Erläuterung – mit den Worten „[...] und es folgt die deutsche Hymne: „Einigkeit und Recht und Freiheit [...] und vor allem Vielfalt“ angekündigt wurde.

Dass Sportgroßereignisse für die Sender ein Zuschauer magnet sind, dokumentieren die TV-Einschaltquoten. Lediglich die WM in Katar hatte infolge des schwachen Abschneidens der deutschen Nationalmannschaft und der zahlreichen Proteste gegen das Event eine Ausnahme gebildet, sodass im Jahr 2022 erstmals Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft der Männer nicht an der Spitze der jährlichen Quotenliste lagen. Bei der Europameisterschaft 2024 zählte der Fußball indes wieder zu den Quotenhits in Deutschland. Das Viertelfinale der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Spanien erzielte eine Rekordzuschauerzahl: Durchschnittlich 26,13 Millionen Menschen sahen die 1:2-Niederlage des deutschen Teams nach Verlängerung, was einem Marktanteil von 80,9 Prozent entspricht und das meistgesehene TV-Ereignis des Jahres sein dürfte. Dies gilt umso mehr, wenn man noch diejenigen Zuschauer berücksichtigt, die die Spiele beim Public Viewing oder bei Streaming-Anbietern verfolgten.

Das kulturelle Begleitprogramm

Ein weiteres charakteristisches Merkmal von Sportgroßereignissen ist auch die Ausrichtung eines Kultur- und Rahmenprogrammes. Kennzeichnend für die EURO 2024 war auch hier die große Bandbreite der Aktionen sowie das Zusammenspiel von staatlichen und privaten Initiativen. Aus dem Etat der Kulturstaatsministerin



Türkische Fans zeigen beim Fanmarsch Richtung Olympiastadion vor dem Viertelfinalspiel gegen die Niederlande am 6. Juli 2024 den aus der rechts extremistischen Bewegung stammenden „Wolfsgruß“, nachdem Nationalspieler Merih Demiral nach einer entsprechenden Aktion im Spiel gegen Österreich dafür gesperrt wurde.
Foto: Picture Alliance/dpa/
Fotograf: Christoph Söder

Claudia Roth wurden rund 13,2 Millionen Euro für Aktivitäten der EURO bereitgestellt, die im Vergleich zur Weltmeisterschaft 2006 aber eher einen kleineren Beitrag markieren. Zur Koordination des Programms und der Fördermittel wurde die Stiftung Fußball & Kultur EURO 2024 als Tochter der DFB-Kulturstiftung gegründet.¹¹ Diese Stiftung war räumlich an das Organisationskomitee in Frankfurt am Main angedockt und stellte ihre Aktivitäten unter das Motto „Vom Fußball berührt“. Aus diesen Mitteln wurden rund 300 Veranstaltungen mit der lokalen Kunstszene wie etwa Museumsausstellungen, Improvisationstheater oder Filmprojekte realisiert.¹² Besonders sichtbar waren die unter dem Label „Stadion der Träume“ in den Host Cities eingerichteten Begegnungsorte mit ihrem dichten Veranstaltungsprogramm. Dies erlaubte sowohl den teilnehmenden Ländern als auch den Ausrichtern Kunst und Kultur mit der Begeisterung für den Fußball zu verbinden.

Im Rahmen des vom BMI initiierten Begleitprogramms „Gemeinsam sind wir mehr“ wurden 21 Projekte und Maßnahmen gefördert, in deren Mittelpunkt insbesondere Ziele der politischen Bildung zu Themen wie Demokratie, Zusammenhalt, Respekt, Toleranz, Vielfalt und Fair Play standen. Darüber hinaus wurden aber auch Mitmach-Angebote in Form von u.a. Podcasts, Fair-Play-Turnieren und Workshops initiiert. Während von den Bundesländern keine umfassenderen eigenen

Kulturangebote entwickelt wurden, sind die zahlreichen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten kaum zu überblicken. Die Bandbreite der Träger war dabei ebenso breit gesteckt wie das Ausmaß der präsentierten Formate. Das Gros der Aktivitäten wurde dabei unmittelbar vor der Europameisterschaft ausgerichtet.

Politische Debatten

Während die transnationale EURO 2020 und die Weltmeisterschaft in Katar stark von den Debatten um Menschenrechte und Sportswashing geprägt waren, wurde im Vorfeld der EURO 2024 davon ausgegangen, dass der Grad der Politisierung begrenzt bleiben werde. Die Organisatoren taten hierzu das ihrige: Bereits im November 2023 wurde im Wesentlichen auf Betreiben der Bundesregierung gemeinsam mit UEFA, DFB, Bundesländern und Ausrichterstädten eine neu entwickelte Menschenrechtserklärung für die Fußball-Europameisterschaft unterzeichnet. In dieser verpflichteten sich die Veranstalter, bei Sportgroßveranstaltungen u.a. im Sinne des deutschen Lieferkettengesetzes (LkSG) für faire Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten. Zur Begrenzung symbolischer politischer Debatten über die EURO 2024 sollte nach Ansicht der Regierungsparteien auch die Ablehnung eines Antrags der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Fußball-EM 2024 – Volle Unterstützung für ein neues Sommermärchen“ im Mai 2024 beitragen. Gemessen an den Rahmenbedingungen der internationalen Politik verlief die Diskussion über die Rolle von Russland während der EURO vergleichsweise geräuscharm. Anders als im IOC stand eine Teilnahme Russlands an der EM-Qualifikation nie zur Debatte, da der russische Fußballverband von der UEFA suspendiert war – und es auch blieb. Für kleinere politische Kontroversen sorgten während der Europameisterschaft Fanproteste von polnischen und georgischen Anhängern gegen Russlands Präsident Putin, die von serbischen Fans mit Putin-Bekundungen und der russischen Flagge erwidert wurden. Größere Aufmerksamkeit erzielten die in den Stadien ausgetragenen Konflikte der Staaten des Westbalkans. So stimmten kroatische und albanische Fans bei ihrem Aufeinandertreffen gemeinsam anti-serbische Sprechchöre an; nach dem Spiel wurde zudem von einem Spieler publikumswirksam gegen Nord-Mazedonien agitiert. Von serbischer Seite wurden hingegen Fahnen im Stadion gezeigt, auf denen die Umriss des

11 Vgl. Marc Kennedy: Vom Fußball berührt. Zum Kulturprogramm der Fußball-Europameisterschaft 2024, in: Kulturpolitische Mitteilungen 180, S. 84 f.

12 Einen Überblick vermittelt die Webseite <https://stiftung.fussball-und-kultur2024.eu/de/projekte/> [Stand: 24.09.2024].



Der Kapitän der französischen Nationalmannschaft, Kylian Mbappé, hat keine Scheu vor klaren politischen Statements. Seine Vorbildfunktion nutzt er, um sich für Chancengleichheit und Integration in Frankreich einzusetzen (v.l.n.r.: Trainer Didier Deschamps, Kapitän Kylian Mbappé und Emmanuel Macron bei einem Besuch des Präsidenten bei der französischen Nationalmannschaft am 3. Juni 2024).
Foto: Picture Alliance/Reuters/Fotografin: Sarah Meyssonier

Landes einschließlich des Kosovo zu sehen waren. Seitens der UEFA schritt man gegen entsprechende Aktivitäten ein und verhängte Strafen. Gesperrt wurde auch der türkische Spieler Merih Demiral, der nach seinem zweiten Tor im EM-Achtelfinale gegen Österreich den sogenannten „Wolfsgruß“ gezeigt hatte, der als Symbol der ultranationalistischen Organisation „Graue Wölfe“ gilt. Welch wichtige Projektionsfläche die EURO 2024 für die Politik bot, zeigte sich in der Folge, als nach einem diplomatischen Streit zwischen Deutschland und Türkei über die Bewertung des „Wolfsgrußes“ der türkische Präsident Recep Erdogan kurzfristig entschied, zum Viertelfinale der EURO 2024 gegen die Niederlande in Deutschland zu reisen. Zuvor war ein Fanmarsch türkischer Anhänger von der Polizei in Berlin aufgelöst worden, weil hier ebenfalls der „Wolfsgruß“ gezeigt worden war. Die türkische Viertelfinalniederlage wirkte hier aber eskalierend und beendete die Austragung weiterer Kontroversen im Stadion. Nicht unmittelbar mit der EURO verbunden, aber durch diese verstärkt wurde der Aufruf des französischen Starstürmers Kylian Mbappé, der seine Landsleute vor der zweiten Runde der Parlamentswahl in Frankreich vor einer Stimmabgabe zugunsten des rechtsnationalen Rassemblement National gewarnt hatte. Insgesamt zeigten die Debatten im Rahmen der EURO 2024, dass Sportgroßveranstaltungen angesichts der mit ihnen verbundenen Öffentlichkeit stets auch eine Bühne für politische und gesellschaftliche Themen bieten. Diese Bühne nutzte

zur allgemeinen Überraschung auch der deutsche Bundestrainer. In einer emotionalen Rede betonte Julian Nagelsmann einen Tag nach dem Ausscheiden der DFB-Elf das Gemeinschaftsgefühl, das innerhalb der Nationalmannschaft entstanden sei. Er verband dies mit einem Appell an den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und hob die Rolle der Nationalmannschaft als ein Vorbild für ein besseres Miteinander hervor in einem „Land, das viel zu viel in Tristesse verfällt“. Er hoffe, „dass diese Symbiose zwischen Fußballfans und Fußballmannschaft auch in der Gesellschaft stattfindet“.¹³

Bilanz: Friedliches Fußballfest mit politischen Begleitönen

Was wird von der Europameisterschaft 2024 bleiben? In sportlicher Hinsicht wird der Turniersieg der spanischen Mannschaft, die das Turnier mit überzeugenden Leistungen gegen leistungsstarke Kontrahenten gewonnen hat, zweifellos in die Annalen eingehen. In Erinnerung verhaftet bleiben werden

13 Zit. nach dem Tagesspiegel v. 6.7.2024: „Gemeinschaftsgefühl in Deutschland gehabt“. Der emotionale DFB-Appell nach dem EM-Aus, <https://www.tagesspiegel.de/sport/man-hat-ein-gemeinschaftsgefuehl-in-deutschland-gehabt-der-emotionale-dfb-appell-nach-dem-em-aus-11973773.html> [Stand: 25.09.2024].

Niederländische Fans verlassen Dortmund mit der U-Bahn nach dem Halbfinale gegen England am 10. Juli 2024. Die öffentlichen Verkehrsmittel in Deutschland waren während der EURO häufig Gegenstand der Kritik der internationalen Presse. Foto: Picture Alliance/ANP/Fotograf: Ramon van Flymen



– trotz mancher Kritik an der Ausweitung der EURO auf 24 Teilnehmer – aber auch die zahlreichen Überraschungsteams aus der zweiten und dritten Reihe, die zum Teil nur äußerst knapp und unglücklich den Einzug in die nächste Runde verpassten.

Darüber hinaus steht zu erwarten, dass man sich der EURO 2024 als ein von einer positiven Grundstimmung getragenes großes europäisches Volksfest erinnern wird, das in der Regel friedlich gefeiert wurde. Selbst 100.000 leidenschaftliche schottische Anhänger in Köln stellten keine Sicherheitsbedrohung dar, sondern vielmehr ein Versprechen für ausgelassene Feiern, einträchtig mit Gegner und Gastgeber. Die Europameisterschaft wirkte in diesem Sinne völkerverbindend und steht als wirkmächtiges Symbol für den gelebten Gedanken der europäischen Einigung.

Deutschland gelang es nach 2006 erneut, sich als sympathischer und leistungsfähiger Gastgeber, aber auch als ein fußballbegeistertes Land zu präsentieren. Gerade im Vergleich zur parallel ausgetragenen Copa América mit zum Teil chaotischen organisatorischen Zuständen und bisweilen halbleeren Stadien erschien die EURO 2024 als ein professionelles Fußballfest. Hohe Anerkennung wurde den weitgehend unter dem Radar der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit agierenden Sicherheitskräften gezollt, die trotz mehrerer Hochsicherheitsspiele infolge drohender Hooligan-Gewalt und einer Anzahl von rund 2.340 Straftaten im Rahmen der Europameisterschaft

sowie zahlreicher Störaktionen und „Hassreden“ in den sozialen Medien weitgehend die Kontrolle behielten. Sicherheitspannen wie der als Maskottchen Albärt verkleidete Youtuber, der es mit Hilfe eines gefälschten Parkscheins beim Eröffnungsspiel in München auf das Spielfeld schaffte, blieben die Ausnahme. Offensichtliche Schwierigkeiten gab es vor allem bei Transporten mit der Deutschen Bahn und dem ÖPNV. Der marode Zustand des Bahnnetzes und die Mängel beim Mobilfunk-Empfang in Deutschland wurden nicht nur von den deutschen Medien (FAZ, 15.7.2024: „United by Bahn-Chaos“), sondern auch von internationalen Medien im Laufe des Turniers zunehmend häufiger aufgegriffen und trübten mit kritischen Analogieschlüssen zur Lage der Bundesrepublik das weitgehend positive Bild der EURO 2024 etwas ein.

Ob die von der EURO 2024 erzeugte Verbesserung der öffentlichen Stimmung in Deutschland, die in zahlreichen Kommentaren und Nachbetrachtungen als ein wesentliches Merkmal angeführt wurde, ebenso nachhaltig sein wird wie das ambitionierte umweltbezogene Programm der Organisatoren, bleibt abzuwarten (eine genauere Analyse erfolgt in der nächsten Ausgabe der E+P). Zumindest die Wetterlage mit zum Teil schweren Gewittern und sintflutartigen Starkregenfällen während der Spiele der Fußball-Europameisterschaft sowie die gelegentliche Apostrophierung als „Gewittermärchen“ scheint eher auf kommende gesellschaftspolitische Turbulenzen zu deuten. 🌱

[WAHLEN]

JUNIORWAHL – POLITIKUNTERRICHT EINMAL ANDERS

von Gerald Wolff



Schülerinnen und Schüler bei der Stimmabgabe
Quelle: G. Wolff

„Demokratie wird nicht selbstverständlich vorgelebt, wie ich das in den USA bei meinen eigenen Kindern erlebt habe, als sie bei der Präsidentschaftswahl bei Kids-Voting selbst mitwählen durften,“ – so die Worte von Professor Jürgen Falter in der Talksendung von Sabine Christiansen im Jahr 1999.

Dies war der Startschuss für das Projekt Juniorwahl vom Kumulus e. V. aus Berlin – einem gemeinnützigen und überparteilichen Verein, der sich hauptsächlich aus einer Schulklasse heraus im Jahr 1998 gegründet hat. Anlass war die immer wieder kehrende Shell-Jugendstudie, die im gleichen Jahr die „Politikverdrossenheit“ der Jugend feststellte. Das sahen die Mitglieder des Kumulus e.V. anders und setzten sich voller Enthusiasmus mit der Gründung des Vereins als Ausdruck engagierter Bürgerinnen und Bürger für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie in Form konkreter Projekte ein.

Erinnert an die eigene Schulzeit, in der Wahlen in der Form abgehalten wurden, dass sich jeder ein Papier aus seinem Block riss und anschließend an der Tafel mit Strichen ausgewertet wurde, wandten sich die Mitglieder zugleich an die Professoren der Stanford Universität, die Kids Voting wissenschaftlich begleitet hatten. Und die Antwort folgte prompt: „Wenn ihr glaubt, dass ihr mit einem Wahlakt allein irgendetwas bewirken könnt, dann wird das nicht funktionieren. Entscheidend ist der Unterricht zum Thema mit Vor- und Nachbereitung.“

Dies war die entscheidende Aussage zur konzeptionellen Ausrichtung der Juniorwahl: Die Wahl bildet zwar den Höhepunkt, aber der Schwerpunkt liegt in der politischen Bildung – der Unterricht zum Thema Demokratie und Wahlen.

Dies macht auch deutlich, wer das eigentliche Fundament der Juniorwahl ist: Es sind die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer, die dank ihres Unterrichts einen Beitrag zur politischen Bildung leisten. Daher versteht sich das Projekt auch stets als ein Angebot für den Politikunterricht, das alle Beteiligten größtmöglich unterstützen und begleiten möchte, um ein solches Wahlprojekt mit verbundenem Mehraufwand in die Herausforderungen des Schulalltags integrieren zu können.

Juniorwahl macht keine Vorgaben und passt sich den schulischen Gegebenheiten an

Grundsätzlich werden daher keine Vorgaben hinsichtlich der Anzahl beteiligter Klassen und Kurse oder die Dauer des Unterrichts gemacht, so dass sich die Umsetzung stets an die schulischen Gegebenheiten anpassen kann. Die kostenlose Teilnahme ist möglich von einer Klasse bis hin zur ganzen Schule. Es wird empfohlen, beim ersten Mal bewusst mit wenig Klassen und Kursen teilzunehmen und auf diese Weise das Projektangebot langfristig in der Schulkultur zu etablieren. Wer einmal mitmacht, ist immer wieder dabei.

Die Umsetzung der Juniorwahl

Das Projekt steht auf zwei Säulen: Die erste Säule sind die Lehrerinnen und Lehrer, die den Unterricht begleiten und die zweite Säule sind die Schülerinnen und Schüler, die den Wahlakt organisieren. Als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer eingesetzt, legen sie wie in echten Wahllokalen Wählerverzeichnisse an, verteilen Wahlbenachrichtigungen, zählen die Stimmen aus und führen eine Wahlniederschrift. Sämtliche Materialien von Wahlurne bis Wahlkabine und Stimmzetteln mit Erst- und Zweitstimme für den jeweiligen Wahlkreis werden bis hin zur Siegelplombe zur Verfügung gestellt. Viele Schulen nutzen die Möglichkeit, die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer im Nachgang mit Urkunden auszuzeichnen, die oftmals sogar von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übergeben werden.

Juniorwahl – mehr als eine Wahl

Mit der Juniorwahl besteht die Möglichkeit, einen lebendigen und realitätsnahen Unterricht im Vorfeld von Europawahlen, Bundestagswahl und

Landtagswahlen anzubieten. Durchschnittlich vier bis sechs Unterrichtsstunden verwenden die Lehrerinnen und Lehrer abhängig von den Vorkenntnissen der Schülerinnen und Schüler, um über Demokratie, die Bedeutung von Wahlen, das Wahlsystem, die jeweilige Institution (Europaparlament, Bundestag, Landtag), die Inhalte der Kandidierenden und Parteien und die Nachbereitung des Ergebnisses aufzuklären. Einsetzbar ist das Projekt ab Klassenstufe 7 – der Schwerpunkt liegt im neunten und zehnten Jahrgang, da es sich hier leichter mit der Rahmenplanung verknüpfen lässt. Am Ende des Unterrichts steht keine Klassenarbeit, sondern das Kreuz auf dem Stimmzettel. Und hier sind auch die Schülerinnen und Schüler selbst gefragt, Demokratie, als Wahlhelferin und Wahlhelfer selbst zu organisieren.

Das Wahlergebnis steht nicht im Mittelpunkt

Das Wahlergebnis hat nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein. Dafür sind die Teilnehmerzahlen an den Schulen zu unterschiedlich, ebenso wie die beteiligten Jahrgangsstufen. Es geht um politische Bildung, nicht um ein Wahlergebnis. Das Wahlergebnis versteht sich als Impuls für den Politikunterricht und eine weiterführende Betrachtung. Daher werden seitens der Juniorwahl auch grundsätzlich keine Einzelergebnisse von Schulen veröffentlicht. Im Sinne der Transparenz und Nachbereitung kann die Schule ihr eigenes Ergebnis mit dem Ergebnis des jeweiligen Wahlkreises bzw. Landesergebnis und Bundesergebnis vergleichen. Um auch hier keine Rückvollziehbarkeit auf einzelne Schulergebnisse zu ermöglichen, müssen für einen Wahlkreis jedoch mindestens fünf Schulergebnisse und 500 Stimmen vorliegen, damit dieser in einer interaktiven Ergebnisgrafik abgebildet wird. Darüber hinaus liegt es in der Verantwortung der Schule selbst, das Ergebnis zu veröffentlichen.

Forschungsgruppe Juniorwahl gibt Antworten zum Wahlverhalten

Um eine noch stärkere Auseinandersetzung mit dem Wahlergebnis zu ermöglichen, wird seit der Europawahl 2024 den Schulen zusätzlich die Forschungsgruppe Juniorwahl angeboten. Mit Hilfe eines digitalen Fragebogens können die Schülerinnen und Schüler selbst zu Wahlforscherinnen

und Wahlforschern werden, um mehr über das Informationsverhalten und die Beweggründe der Wahlentscheidungen in der eigenen Schule zu erfahren. Mindestens 50 digital ausgefüllte Fragebögen sind notwendig, um mehr über die Hintergründe für die Wahlentscheidung für eine Partei zu erfahren. Gerade hierdurch soll zukünftig ein noch stärkerer Impuls für einen weiterführenden Politikunterricht ermöglicht werden, um gezielt weiterführende thematische Schwerpunkte zu setzen.

Juniorwahl wirkt!

In verschiedenen Studien wurden die Effekte der Juniorwahl und die Wirksamkeit des Projekts evaluiert.¹ Die Studien zeigen u. a., dass durch die Juniorwahl die Kenntnisse über demokratische Abläufe und Zusammenhänge deutlich anstiegen und das politische Interesse der Jugendlichen nachweislich gesteigert werden konnte.

Das Wissen über die Institutionen stellt auch eine Grundlage für die Identifikation mit unserem demokratischen System dar. Mit dem Verständnis für politische Prozesse steigt die Akzeptanz für die Akteure des politischen Systems, ebenso wie das Vertrauen in das deutsche Wahlsystem. „Die Juniorwahl trägt dazu bei, dass die Entfremdung von Parteien und Jugendlichen abgebaut wird“ (Lehrer zur Juniorwahl). Dies konnte auch wissenschaftlich untermauert werden: Nach Durchführung der Juniorwahl stiegen die Sympathiewerte der Schülerinnen und Schüler für die Parteien merklich.²

-
- 1 Vgl. Oscar Gabriel: Schülerbefragung zur Juniorwahl 2001 in Baden-Württemberg, Universität Stuttgart 2001; Sabine Achour/Rahim Hajjii: Eine empirische Studie zur Untersuchung der Wirksamkeit des Instruments der Juniorwahl für die politische Bildung am Beispiel von weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt, Hochschule Magdeburg Stendal, Freie Universität Berlin, 2015, Rahim Hajjii/Sarah Poppe/Carsten Koschmieder/Alex Maximilian Keller: Juniorwahlreport 2021: Eine empirische Studie zur Untersuchung der (wahlbezogenen) politischen Kompetenzen von Schülerinnen und Schüler, Hochschule Magdeburg Stendal 2022; <https://www.juniorwahl.de/projekt/studien-und-auswertungen.html> [Stand: 1.10.2024].
 - 2 Vgl. Achour/Hajjii (wie Anm. 1).

Teilnehmerzahlen bei der Juniorwahl seit 2013 in Bayern

Landtagswahl 2018		637 Schulen
Landtagswahl 2023		917 Schulen
Bundestagswahl 2013		204 Schulen
Bundestagswahl 2017		418 Schulen
Bundestagswahl 2021		682 Schulen
Europawahl 2014		84 Schulen
Europawahl 2019		472 Schulen
Europawahl 2024		941 Schulen

Quelle: Juniorwahl/Kumuluse.V.

Die Juniorwahl hat außerdem einen sehr positiven Einfluss auf das politische Kommunikationsverhalten der Jugendlichen. „Politik war bei uns ein Dauerthema. Wir haben auch in den Pausen heftig diskutiert“, berichtet die Schülerin Marie (14 Jahre). Durch den politischen Reflexionsprozess im Klassenverband tauschen sich die Schülerinnen und Schüler vermehrt über politische Inhalte aus, und auf dem Schulhof wird plötzlich über Politik diskutiert. Festzustellen ist, dass die Hauptprofiteure der Juniorwahl nicht-gymnasiale Schulformen sind, da hier der Wissenszuwachs am größten ist und sich gerade hier signifikante Effekte nachweisen lassen. Hierzu zählt auch der Effekt der internalisierten Wahlpflicht: Wählen gehen wird als Selbstverständlichkeit empfunden.

Juniorwahl – eine Erfolgsgeschichte in Bayern

Seit über zehn Jahren hat sich in Bayern ein starkes Fundament der Unterstützung entwickelt, das maßgeblich zum Ausbau eines nachhaltigen Schulnetzwerks geführt hat. Dies ist vor allem der Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu verdanken. Bei Landtagswahlen ist es dann der Bayerische Landtag, der als weiterer Kooperationspartner landesweit den Schulen eine kostenlose Teilnahme ermöglicht und bei Europawahlen die Staatskanzlei. Dadurch konnten sehr beachtliche Steigerungszahlen bei den teilnehmenden Schulen erzielt werden und es ist erkennbar, dass auch in der Zukunft die Nachfrage weiter steigen wird.

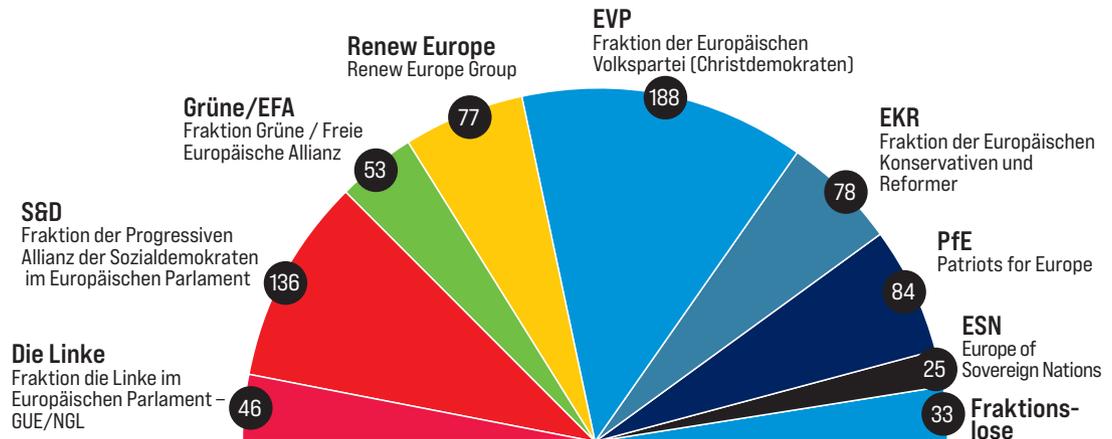
Waren landesweit bei der Juniorwahl zur Europawahl 2014 nur 84 Schulen beteiligt, so waren es im Jahr 2024 bereits 941 Schulen. Die größte Juniorwahl zu einer Landtagswahl in der 25-jährigen Geschichte des Projekts fand im Jahr 2023 zur Landtagswahl in Bayern mit landesweit 917 Schulen statt. Dies verdeutlicht, dass das Projekt auf nachhaltiges Interesse in den Schulen stößt und viele Schulen diese Möglichkeit langfristig als zusätzliches Angebot für einen lebendigen Politikunterricht etablieren. Dies wird auch in einem Schreiben der Carl-von-Linde-Realschule in München deutlich: „Die Juniorwahl ist sehr einfach umzusetzen. Alle Schülerinnen und Schüler waren sehr bei der Sache und nahmen den ganzen Prozess überwiegend ernst. Durch die realitätsnahe Wirkung bleiben wirkliche politische Erfahrungswerte. Vielen Dank.“ Diese Erfolgsgeschichte zeigt sich aber auch in einer bundesweiten Betrachtung. Waren es bei der ersten Juniorwahl zur Berliner Abgeordnetenhauswahl gerade einmal zwei Schulen – es war die eigene ehemalige und die Schule des ehemaligen Erdkundelehrers, der zwischenzeitlich Schulleiter in einer anderen Schule geworden ist – so waren bundesweit bei der Europawahl 2024 insgesamt 5.500 weiterführende Schulen mit 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern beteiligt. Zur Bundestagswahl 2025 wird bundesweit von einem Interesse von bis zu 8.000 Schulen ausgegangen, wodurch nahezu jede zweite Schule in Deutschland an der Juniorwahl partizipieren würde.

Weitere Informationen und Hintergründe zur Juniorwahl sind zu finden unter: www.juniorwahl.de 

EUROPAWAHL 2024. STIMMEN JUNGER MENSCHEN IN DER POLITIK

Von Eva Feldmann-Wojtachnia

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2024-2029
Quelle: <https://results.elections.europa.eu/de/> [Stand: 24.09.2024]



Nach der Europawahl vom 6.–9. Juni 2024 richtet sich das Hauptaugenmerk besonders auf die Erstwählerinnen und Erstwähler. Denn in einigen Mitgliedstaaten durften sich junge Menschen bereits ab 16 bzw. 17 Jahren beteiligen.¹ Laut der Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2024 hatten 64 Prozent der jungen Menschen die Absicht zu wählen. Grundsätzlich betrachten mehr als ein Drittel der Befragten Wahlen als probates Mittel, sich Gehör zu verschaffen. Ebenso viele Jugendliche nutzen auch die sozialen Medien, um auf die eigenen

Standpunkte aufmerksam zu machen.² Von einem jugendlichen Desinteresse an der Politik kann also nicht die Rede sein.

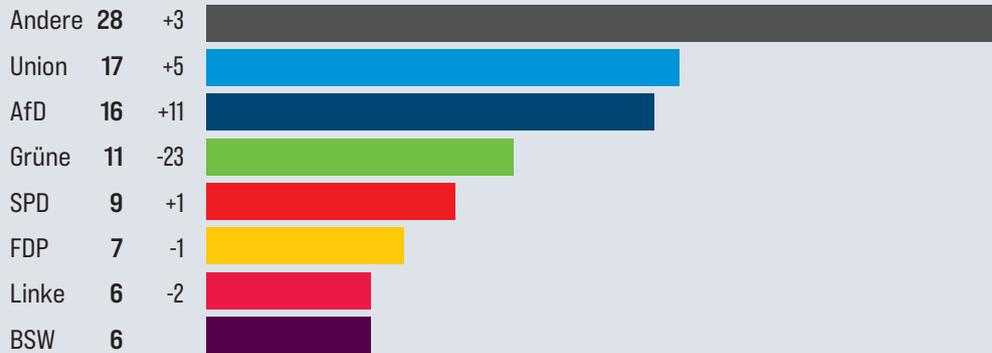
Jedoch wird vom Europäischen Jugendforum beklagt, die politischen Parteien ließen sie in ihren Wahllisten weiterhin außen vor. Obwohl junge

1 Ab 16 Jahren in Deutschland und Belgien (seit 2024) sowie in Österreich (seit 2007) und Malta (seit 2018) und ab 17 Jahren in Griechenland (seit 2024).

2 Vgl. Europäische Union: Flash-Eurobarometer 545: Jugend und Demokratie, April 2024, abzurufen unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3181> [Stand: 24.09.2024]; die Jugendstudie 2024 der TUI-Stiftung kommt sogar zu dem Ergebnis, dass 59 Prozent der jungen Generation in Europa Wahlen als gerechtfertigtes Mittel für die politische Einflussnahme betrachtet und selber daran teilnehmen würde, vgl. TUI-Stiftung (Hg.): Junges Europa 2024. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover 2024, S. 66.

Europawahl 2024

Stimmanteile bei 16- bis 24-Jährigen im Vergleich zu 2019



Quelle: infratest/dimap, <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html> [Stand: 24.09.2024]

Menschen 25 Prozent der Bevölkerung der EU ausmachen, sind sie nur zu zehn Prozent mit jungen Abgeordneten im Europäischen Parlament repräsentiert.³ Auch aktuelle Jugendstudien bestätigen diesen Befund. Junge Menschen in Europa erachten Wahlen und Demonstrationen zwar als wirkungsvolle Instrumente, um auf die Politik Einfluss zu nehmen. Allerdings fühlt sich nur weniger als ein Fünftel durch das Parlament des eigenen Landes und durch das EU-Parlament repräsentiert.⁴ Die Frage, ob und wie die Stimmen junger Menschen in der Politik Gehör finden, bleibt auch nach der Europawahl zentral – besonders mit einem kritischen Blick auf die Ergebnisse, die Anlass zur Sorge um eine stabile, demokratische Wertebasis in Europa bereiten.

Einordnung der Wahlergebnisse

Insgesamt betrachtet ist die konservative Europäische Volkspartei (EVP) aus den Wahlen zum Europäischen Parlament⁵ als Siegerin hervorgegangen

und stellt mit 188 von 720 Sitzen rein zahlenmäßig die stärkste Fraktion. Die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) ist mit 136 Sitzen als zweitstärkste Fraktion vertreten. Allerdings verzeichnen europaskeptische bis europafeindliche, rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien einen hohen Stimmenzuwachs. Zusammengekommen überwiegen sie sogar im Europäischen Parlament. Damit haben sich die Stimmverhältnisse im Parlament deutlich nach rechts verschoben, was sich auch in neu entstandenen Fraktionen im rechten Spektrum widerspiegelt. Die rechtsextremen, europafeindlichen Patrioten für Europa (PfE) sind mit 84 Sitzen drittstärkste Kraft, die nationalkonservativen, EU-kritischen Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) liegen mit 78 Sitzen an vierter Stelle. Hinzu kommt im rechtsextremen Lager Europa der Souveränen Nationen (ESN) mit 25 Sitzen. Man muss deshalb von einem deutlichen Rechtsruck in Europa sprechen, der sich in unterschiedlicher Ausprägung durch alle Altersgruppen, soziale Schichten und Mitgliedstaaten der Europäischen Union zieht.⁶

Junge Menschen wählen in Europa keineswegs einheitlich. Sowohl, was die Kohorte der Erst- und Jungwählerinnen und -wähler betrifft, als auch mit Blick auf die nationalen Wahlergebnisse muss

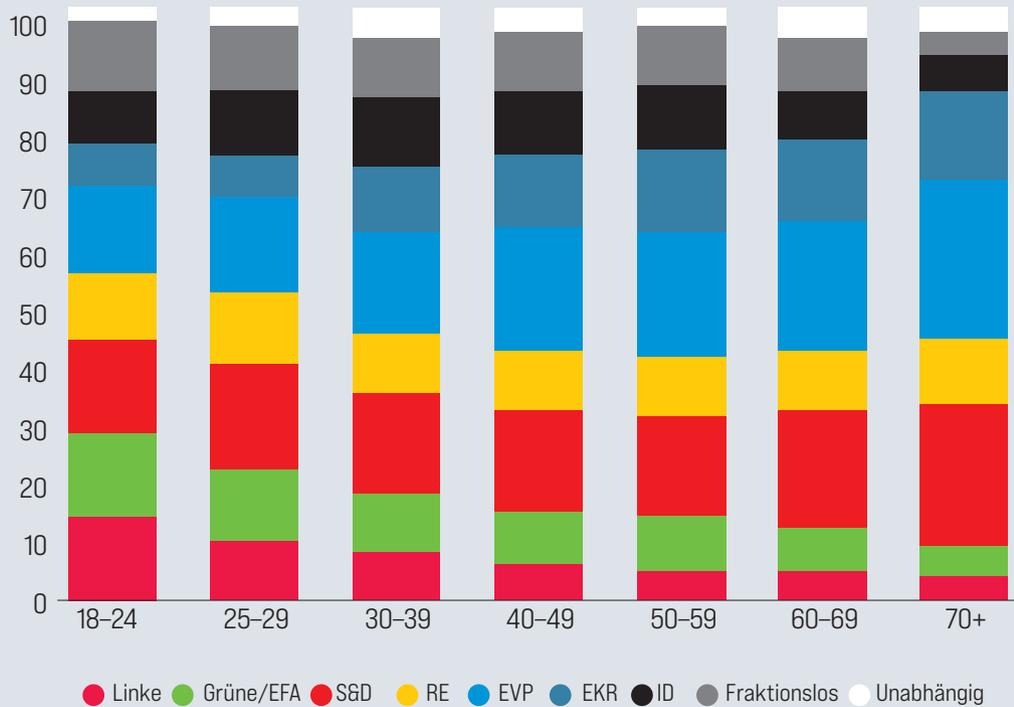
3 Siehe: <https://www.youthforum.org/news/european-elections-2024-young-people-never-had-a-chance> [Stand: 24.09.2024].

4 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 58 ff.

5 Die offiziellen Ergebnisse sind abzurufen unter: <https://results.elections.europa.eu/de/> bzw. für Deutschland und Bayern unter <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-9.html> [jeweils Stand: 24.09.2024].

6 Zur ausführlicheren Spezifizierung nach Alter, Geschlecht, Tätigkeit/Beruf siehe: Catrin Schläger/Christos Katsioulis/Jan Niklas Engels: Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland. Mehrheit für die stabile Mitte trotz starkem rechten Rand, Bonn 2024, S. 8–11.

EU-Wahlen 2024: Geschätztes Wahlverhalten nach Alter in den EU-Staaten, Nachwahlbefragungen*



* Die Daten stammen aus Nachwahlbefragungen in Österreich, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Schweden. Die irische Vorwahlbefragung wurde an das Wahlergebnis angepasst. Auf diese Staaten entfallen etwa 61 Prozent der wahlberechtigten EU-Bevölkerung. Die altersgruppenspezifischen Daten wurden nach Jahr erfasst, mit den gültigen Stimmen gewichtet und auf das Wahlergebnis der Europawahlen normiert.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/eu-wahlverhalten-alter-und-geschlecht-in-der-analyse/> [Stand: 24.09.2024]

differenziert werden.⁷ In Deutschland zeigt sich beim jugendlichen Elektorat eine deutliche Verschiebung nach rechts im politischen Spektrum. Der Stimmanteil für die AfD ist bei den 16- bis 24-Jährigen signifikant im Vergleich zu den letzten Europawahlen 2019 von sechs Prozent auf 16 Prozent angestiegen. Die Zustimmung zu den Grünen fiel von 35 Prozent auf elf Prozent massiv ab. Festzuhalten gilt: Ein Drittel der Jugendlichen wählte konservativ (17 Prozent CDU/CSU) oder rechts (16 Prozent AfD). Ebenfalls ein Drittel entschied sich für Kleinstparteien, die bei der EP-Wahl keiner Fünf-Prozent-Hürde unterliegen und

somit attraktiv für spezifische, oft linke und links-extreme Themenpräferenzen sind.⁸

Mit anderen Worten: ihre Motivationslagen fallen sehr unterschiedlich aus und bedürfen einer gründlicheren Analyse. Pauschale Zuschreibungen für die junge AfD-Wählerschaft wie „ostdeutsch und männlich“ sowie „sozial und finanziell benachteiligt“ und „im ländlichen Raum lebend“ treffen oberflächlich betrachtet zwar zu. Sie geben aber keine Antwort darauf, warum auch für zahlreiche andere jugendliche Kohorten rechtskonservative bis rechtsradikale politische Einstellungen an Attraktivität gewinnen. Seit dem Wahlausgang wurde viel darüber diskutiert, was die Gründe für die deutliche Verschiebung im Wahlverhalten der

7 Zum Wahlverhalten von jungen Wählerinnen und Wählern gibt es keine europaweit erhobenen Daten; für eine Übersicht mit einigen zusammengetragenen, disparaten Ergebnissen zur Europawahl 2024 siehe: Frederike Hofmann-van de Poll: Wie junge Menschen in Europa wählten: ein Blick auf die Europawahl, in: Forum Jugendhilfe 02/2024, S. 47–52.

8 Vgl. infratest/dimap, <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html> [Stand: 24.09.2024].

jungen Generation sein mögen. „Die Grünen sind der alte weiße Mann der Politik“, kommentierte die Zeitschrift Focus zur Einordnung.⁹ Das „grüne Gewissen der jungen Generation“ sei nicht mehr gültig und für die AfD zu stimmen, sei der *Punk* von heute.¹⁰ Diese Beobachtung mag zutreffen, es geht jedoch um deutlich mehr als um Protest und Cool-Being. Der Trend nach rechts hatte sich bereits bei den Juniorwahlen in Bayern anlässlich der Landtagswahlen 2023 abgezeichnet,¹¹ wurde jedoch eher als Verirrung oder Protest abgetan und nicht (ausreichend) ernst genommen.

Themen junger Menschen und ihr Wahlverhalten

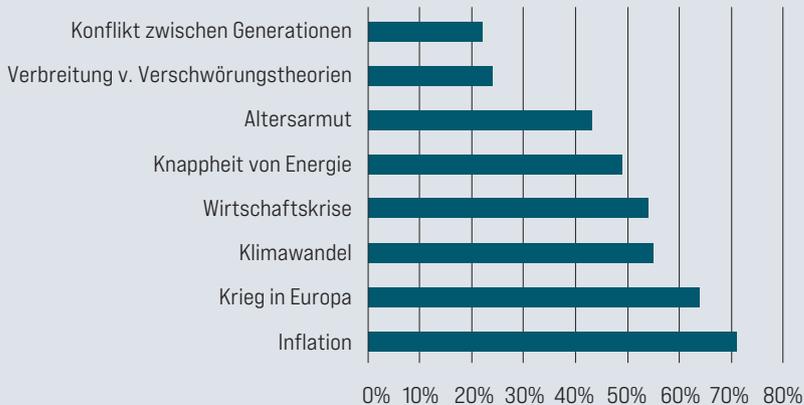
Junge Menschen sind vielfach politischer als ihr Ruf. Allerdings wollen und können sie sich nicht einfach parteipolitisch zuordnen. Wenn das – wie bei

Parlamentswahlen – doch notwendig ist, müssen sie eine Priorität setzen, die in der Zuspitzung letztlich unzutreffend für ihre Stimmungslage und ihre politischen Ansichten ist und von demokratiefeindlichen Parteien durch geschickte, jugendgerechte Ansprache leicht ausgenutzt werden kann.

So erwarten jeweils ca. ein Drittel der befragten Jugendlichen vor der Europawahl 2024 von der EU die Bewahrung des Friedens, die Stärkung der internationalen Sicherheit und Förderung der internationalen Zusammenarbeit, ebenso wie den Kampf gegen Armut sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten und die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und gemeinsamen europäischen Werten.¹² 63 Prozent der jungen Deutschen sind der Ansicht, dass die EU-Politik gewisse oder große Durchschlagskraft auf das eigene tägliche Leben hat. 51 Prozent der Befragten haben bereits versucht, Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen zu nehmen, z.B. über eine Petition oder die Teilnahme an einer Kundgebung. Themen wie Menschenrechte, Klimawandel und Umweltschutz, Gleichberechtigung – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung – wie auch Gesundheit und Wohlbefinden stehen bei dem politischen Interesse im Vordergrund.¹³

Ein Dauerthema bleibt jedoch die fehlende politische Repräsentation. Jüngere Menschen in Europa fühlen sich den älteren Generationen gegenüber im Nachteil. Sie sehen ihre Interessen nicht ausreichend von den politischen Akteuren berücksichtigt und nur 17 Prozent fühlen sich durch das Europäische Parlament vertreten.¹⁴

Sorgenranking junger Menschen in Deutschland



Quelle: Trendstudie Jugend in Deutschland Winter 2022/23, S. 10; eigene Darstellung

9 Vgl. Jan Fleischhauer: Punk!, in: Focus v. 21.06.2024, S. 6.

10 Vgl. ebd., S. 7.

11 Für die Ergebnisse siehe: <https://www.juniwahl.de/download/2023/bayern/ergebnis-bayern-2023.pdf>; hier legte die AfD überraschend rund sechs Prozentpunkte zu und landete bereits bei zwölf Prozent; die Grünen verloren damals bereits 13 Prozentpunkte und lagen nur noch auf Platz 2 der Stimmen; zu ähnlichen Ergebnissen kam auch die U-18 Wahl in Bayern, vgl. <https://www.bjr.de/handlungsfelder/politische-jugendbildung/u18-ergebnisse> [jeweils Stand: 24.09.2024].

Verhältnis von jungen Menschen und Politik

Auch das Verhältnis junger Menschen zur Politik hat sich geändert. Es geht um mehr als die reine Stimmabgabe bei Wahlen oder politische Bildung: Sie wollen die Gesellschaft und auch die Politik mitgestalten und dabei auch lernen. Ihre politische Identität ist allerdings nicht – wie vergleichsweise bei den älteren Generationen ab 50+ – weitgehend auf eine Partei festgelegt, sondern macht sich an anderen Dingen fest: selbst das eigene Umfeld zu

12 Vgl. Europäische Union (wie Anm. 2), Q12.

13 Vgl. ebd., Q4a, Q4b, Q11.

14 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 58 f., S. 64.

gestalten, etwas für eine lebenswerte Zukunft tun und gegen Missstände eintreten, sind für Jugendliche die Hauptmotivationen für ihr Engagement.¹⁵ Für die junge Generation gilt zwar das, was grundsätzlich aus der Wahlforschung bekannt ist: „Die Europawahl ist mittlerweile eine nationale Zwischenwahl. In ihr finden Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Bundesregierung sowie wirtschaftlicher Pessimismus ihren Niederschlag.“¹⁶ Ihre Themen sind aber nicht nur auf nationale Politik beschränkt und ihre Sorgen müssen ernstgenommen werden. Die Klimakrise, die Covid-19-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine, Terrorismus und die angespannte Sicherheitslage in Nahost erschüttern in den letzten vier Jahren Europa und die Welt. Dies ist die Zeit, die das Aufwachen und die politische Mündigkeit der Erstwählerinnen und -wähler stark geprägt hat. Ihre Zukunft in der Europäischen Union ist nicht mehr unbeschwert.

Die demokratische Wertbasis, wie in Artikel 2 des EU-Vertrags von Lissabon¹⁷ festgeschrieben, erschließt sich für die Jugendlichen von heute nicht von selbst, sie muss neu verhandelt und adäquat vermittelt werden. Die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats sind angesichts der anstehenden Einschränkungen bedingt durch die gegenwärtigen Krisen neu zu definieren. Hierfür sind das Verständnis und die Unterstützung der Bevölkerung unabdingbar. Dies betrifft insbesondere die junge Generation, die Zugänge zur europäischen Politik und deren Gestaltung finden muss. Nur so kann eine aktive europäische Bürgergesellschaft gelingen, die künftig die Kraft, den Mut und die Unterstützung für eine demokratisches,

tolerantes und weltoffenes Europa aufbringt.

Weit vor den Europawahlen wurde bereits in Jugendstudien deutlich: Die EU wird von mehr als zwei Dritteln der jungen Generation in Europa vornehmlich als wirtschaftliches Bündnis erachtet, wenn auch im Vergleich zu 2017 in rückläufiger Tendenz.¹⁸ Dies hätte ein Weckruf für die politischen Parteien sein können und müssen. So bedeutsam die demokratischen, Vielfalt ermöglichenden, solidarischen Werte für die Begründung und den Bestand der EU sind, so wenig präsent und bewusst sind sie im Alltag und in jugendlichen Lebenswelten. Der Auseinandersetzung mit den europäischen Werten und deren konkrete Umsetzung in Projekten und Aktivitäten kommt deshalb in Blick auf junge Leute eine Schlüsselrolle zu, um die tragfähige Basis für ein gemeinsames, freiheitliches Europa zu erhalten.

Die Ängste junger Menschen in Europa und die Furcht vor einem Krieg in einem EU-Land haben angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine – wie im übrigen Teil der Bevölkerung auch – stark zugenommen. 76 Prozent der Jugendlichen in Europa nehmen den Krieg als eine Zeitenwende wahr und empfinden dies als persönliche Bedrohung. Fast die Hälfte der Befragten hält einen Krieg in einem EU-Mitgliedstaat in den nächsten zehn Jahren für möglich. Es überwiegen Trauer, Wut und Hilflosigkeit angesichts der Situation. Neben ernst zu nehmenden Sorgen um die Zukunft spitzt sich auch die psychische Belastung junger Menschen zu.¹⁹ Allerdings zeigen Jugendliche gleichzeitig eine hohe Bereitschaft für persönliches und staatlich rückgebundenes Engagement.²⁰ Zudem sprechen sich 40 Prozent der jungen Menschen in Deutschland sogar für eine „Dienstpflicht“ aus, bei der alle Bürgerinnen und Bürger obligatorisch einen Militärdienst oder eine alternative gemeinnützige Tätigkeit leisten müssen.²¹

15 Vgl. Eva Feldmann-Wojtachnia: In Krisenzeiten die Welt verändern – aber wie?, Wien 2024, S. 4 f.

16 Viola Neu/Jochen Roose: Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2024, S. 5 f.; vgl. auch Schläger/Katsioulis/Engels (wie Anm. 6), S. 13.

17 Artikel 2 EUV: 1. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. 2. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

18 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 27.

19 Vgl. Simon Schnetzer/Klaus Hurrelmann: Trendstudie: Jugend in Deutschland. Die Wohlstandsjahre sind vorbei: Psyche, Finanzen, Verzicht, Kempten 2023, S. 11.

20 Vgl. TUI-Stiftung (Hg.): Junges Europa 2022. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover 2022, S. 6 f., 15.

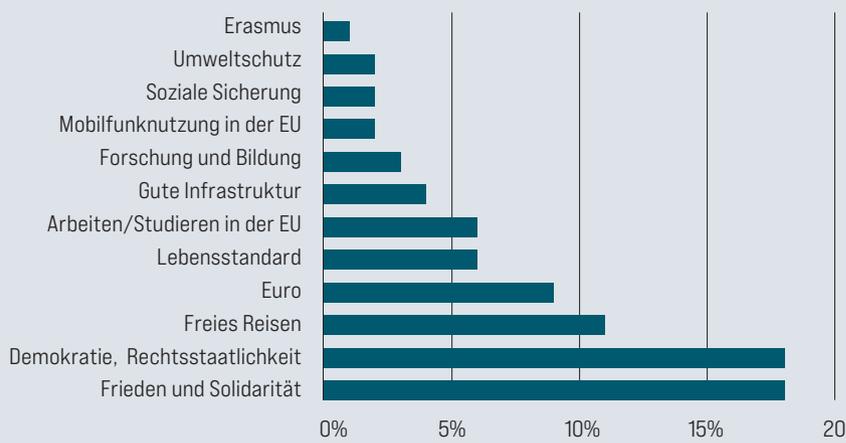
21 Vgl. ebd., S. 21.

Insofern täte die Politik gut daran, gezieltere Dialog- und Partizipationsangebote für die unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen zu schaffen. Vor allem die junge Generation ist in den politischen Dialog einzubinden bzw. die Anschlussfähigkeit von „jungen“ Themen und „offizieller“ Politik herzustellen. Denn das Vertrauen in nationale politische Institutionen und Parteien nimmt in der EU kontinuierlich ab.²² Zudem verzeichnen aktuelle Jugendstudien ein hohes Zustimmungsniveau junger Menschen zu populistischen Aussagen in Europa.²³ Das ist darauf zurückzuführen,

Schlussfolgerungen für die politische Bildung

Europa bietet gerade jungen Menschen einen guten Rahmen, in eigenen Projekten demokratische Werte zu erleben, die Umwelt zu gestalten und sich kritisch mit politischen Lösungswegen für das gemeinsame Miteinander auseinanderzusetzen – ohne sich sogleich parteipolitisch festlegen zu müssen. Im Bereich der Jugendpolitik gibt es eine Vielzahl von Initiativen auf EU-Ebene, um Jugendpartizipation, Inklusion und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen zu stärken und diese über Projekte zu selbstgesetzten Themen mit eigenen Ideen auszugestalten. Jugendaustausche und Jugendarbeit stehen dabei im Vordergrund. Mit der EU-Jugendstrategie (2019-2027)²⁴ ist der Rahmen der europapolitischen Zusammenarbeit abgesteckt und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips offen für eine vielfältige Gestaltung vor Ort und den europäischen Austausch angelegt. Anhand der Evaluierung der EU-Jugendprogramme durch das europäische Forschungsnetzwerk RAY lässt sich nachweisen, dass die Verbundenheit mit Europa nach der Teilnahme an einer Jugendbegegnung oder einem Freiwilligendienst im Ausland bei Jugendlichen signifikant zunimmt. Auch engagieren sich nach der Teilnahme bei Erasmus+ über die Hälfte der befragten Teilnehmenden (54 Prozent) stärker als zuvor. Sie sind mehr an demokratischen Wahlen (33 Prozent) und an demokratischen Prozessen (42 Prozent) interessiert. Für viele Mitwirkende am Europäischen Solidaritätskorps (ESK) bedeutet Solidarität gelebte Demokratie. 55 Prozent bzw. 45 Prozent sind anschließend an demokratischen Wahlen bzw. Prozessen deutlich interessierter.²⁵ Dennoch sind weiterhin nur einem kleinen Anteil der jungen Menschen viele Errungenschaften der EU wie z. B. die

Errungenschaften der EU im Bewusstsein junger Deutscher



Quelle: TUI Jugendstudie 2024, S. 17; eigene, leicht gekürzte Darstellung

dass rechtsnationale, radikale und populistische Argumentationsstrukturen jungen Menschen über Social-Media-Kanäle, insbesondere über TikTok, unmittelbar und im Alltag zugänglich sind und scheinbar schneller Orientierung für die Ängste der jungen Generation bezüglich der gegenwärtigen Krisen bieten als eine diskursive Auseinandersetzung mit offenem Ausgang. Jungen Menschen ist aber oft nicht bewusst, dass die politischen Programme rechtsradikaler Parteien den Rückbau der freizügigen, demokratischen Europäischen Union anstreben und damit für gesamteuropäische Probleme wie den russischen Angriffskrieg ebenfalls keine verlässliche Lösung anbieten. Außerdem stellen sie die vielfältigen Austauschmöglichkeiten über Erasmus+ massiv infrage.

22 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 62.

23 Vgl. ebd., S. 61.

24 Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/eu-youth-strategy-2019-2027.html> [Stand: 24.09.2024].

25 Vgl. RAY Network (Hg.): *Research Report RAY-MON: Effects and outcomes of Erasmus+ Youth in Action Programme, Transnational Analysis* (2021-2023), Berlin 2024, S. 21, https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2024/09/RAY-MON_Research-Report-20212023_20240918.pdf [Stand: 24.09.2024]; RAY: Factsheet: Demokratie als Thema und Methode in europäischen Jugendprogrammen, abzurufen unter www.researchyouth.net/facts [Stand: 20.09.2024].

Sicherung der Demokratie, Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit oder das freie Reisen in Europa tatsächlich bewusst.²⁶

Die positiven Auswirkungen auf das Leben der Menschen werden in der jungen Generation nicht reflektiert und eher als normal und selbstverständlich empfunden. Daher sollten die Rückbezüge zu den Möglichkeiten, die die EU speziell jungen Menschen im Zuge der EU-Jugend- und Bildungspolitik bietet, nicht nur ausgebaut, sondern auch verstärkt und jugendgerecht in formalen und nicht-formalen Bildungszusammenhängen bekannt gemacht und aufgegriffen werden. Junge Menschen haben in den heutigen krisenhaften Zeiten einen riesigen Gesprächsbedarf, wenn es um die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders geht. Deshalb wird die Demokratiebildung für, von und mit jungen Menschen immer wichtiger. Demokratie als Thema und Methode muss dabei ins Zentrum der Bildungsangebote rücken.

Fazit

Die Europawahlen 2024 stehen stark unter dem Eindruck einer Verschiebung der politischen Landschaft, da sich in einigen Staaten wie Deutschland, Spanien oder Bulgarien ein deutlicher „Rechtsruck“ und im Allgemeinen die Tendenz hin zu extremen Positionen und einer Zersplitterung der politischen Auffassungen auch in der jungen Generation bemerkbar lässt. Viele Junge haben das Gefühl, letztlich keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Sie sind mit der etablierten Politik und den klassischen Parteien zunehmend unzufrieden.²⁷ Diese schaffen es wiederum häufig nicht, die Sorgen und Nöte der jungen Generation aufzunehmen. Dialog und die Ermöglichung von Partizipation sind aber insbesondere bei jüngeren Altersgruppen die Basis der politischen Legitimation. Eine echte gesellschaftspolitische Beteiligung darf deshalb nicht auf das Wählen reduziert werden. Die jugendpolitischen Schwerpunkte und Instrumente der

EU-Strategie, unterstützt durch die europäischen Förderprogramme, haben zum Ziel, die Belange junger Menschen zu berücksichtigen und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Hilfreich ist deshalb der duale Ansatz, Jugendfragen in allen Politikbereichen zu beachten, sich dabei auf die starke Beteiligung und Vertretung von jungen Menschen zu stützen sowie gleichzeitig die spezifischen Instrumente und Ansätze im Jugendsektor mit Schwerpunkt auf die europäische Jugendarbeit zu stärken.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zieht aus den Ergebnissen der Europawahl für ihre kommende Amtsphase (2024-2029) die Schlussfolgerung, dass das neue Kommissionskollegium den Stimmen junger Menschen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen mittels jährlich zu organisierenden jugendpolitischen Dialogen Beachtung schenken muss. Außerdem plant sie die Einrichtung eines „Jugendbeirats der Präsidentin“ als Diskussionsforum mit Jugendlichen aus allen Mitgliedsstaaten.²⁸

Auf die zahlreichen multiplen Krisen muss die politische Bildung pro aktiv reagieren. Der Rechtsruck der Gesellschaften, der sich nicht nur in den Wahlergebnissen zum Europäischen Parlament, sondern auch in den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg manifestiert, zeigt, dass offenkundig die junge Generation ebenso gespalten ist wie die Gesamtgesellschaft. Während es für den einen Teil „cool“ ist, die AfD zu wählen, ist dies wiederum für den anderen Teil nicht nachvollziehbar. Für demokratischen Parteien und die politische Bildung ist daher gleichermaßen dringend geboten, sich um die immer größere werdende Kluft, die die Gesellschaft durch alle Generationen hinweg spaltet, zu kümmern und Schlussfolgerungen zu ziehen. Methoden und Inhalte sind offenbar nicht differenziert und jugendgemäß genug, um mit der jungen Generation angesichts der zu beobachtenden Diskursverschiebungen und politischen Neuorientierungen eine gemeinsame Wertebasis zu finden und zukunftstaugliche Modelle für die Demokratie zu diskutieren. 🌱

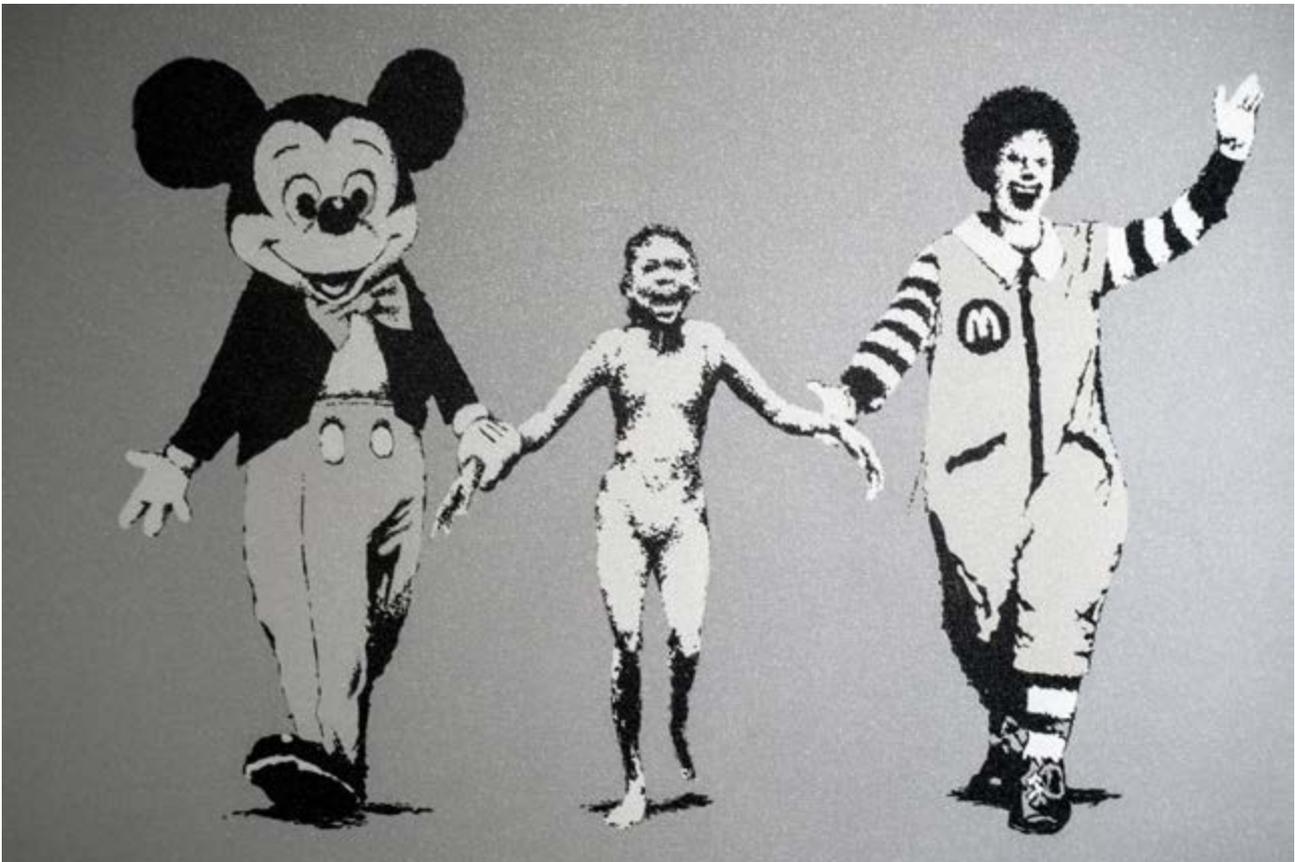
26 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 17.

27 Diese Ergebnisse finden regelmäßig in Studien Bestätigung, aktuell siehe z.B.: Holger Ziegler: Wie gerecht ist Deutschland? Gerechtigkeitsstudie 2023/24, hg. von Bayer, Bielefeld 2024.

28 Vgl. Ursula von der Leyen: Europa hat die Wahl. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029, Straßburg 2024, S. 26 f., https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_DE.pdf [Stand: 24.09.2024].

BANKSY: DIE STIMME DER STRASSE

von Nadja Renner



„Napalm (can't beat that feeling)“, 2024. Das Foto entstand im Rahmen einer Ausstellung in Paris 2019.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Alexandre Marchi



Ein Graffito von Banksy an der Wand eines zerstörten Wohngebäudes in der ukrainischen Stadt Borodianka, das durch Kämpfe zu Beginn der russischen Invasion schwer beschädigt wurde, aufgenommen im November 2020.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Maxym Marusenko

Eine schockierend-groteske Kombination: 2004 veröffentlichte der amerikanische Graffitikünstler Banksy eine Bildmontage, in der neben das ikonische Bild des nackten, vor Napalmbomben fliehenden Mädchens Kim Phoc zwei völlig andere Ikonen gesetzt sind, nämlich Micky Maus und Ronald McDonald. Die Kombination der grausamen Kriegsszenerie mit den nett wirkenden Symbolen der amerikanischen Unterhaltungs- bzw. Konsumindustrie stellte einen provokativ-beißenden Kommentar zur ambivalenten Rolle der USA in der Welt dar und politisierte Betrachterinnen und Betrachter bis heute.

Banksys meist politische Kunstwerke tauchen in der Öffentlichkeit einfach auf, ohne dass der Künstler persönlich greifbar wäre. Wer ist dieser Künstler? Banksy hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten als eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der zeitgenössischen Kunst etabliert. Seine Kunstwerke prangern die soziale Missstände, Krieg, Konsumismus und Ungerechtigkeit an: Es ist unbekannt, ob es sich um ein Künstlerkollektiv mit einem gemeinsamen Konzept oder um eine Einzelperson handelt.



Eine Frau fällt mit einem Einkaufswagen von der Seite eines Gebäudes herunter, „Shop until you drop“, aufgenommen 2005 in London.

Foto: Wiki Commons/Urheber: QuentinUK



Groteske à la Banksy: Will man die Menschen auf Kriegsschauplätze und die Not der Menschen aufmerksam machen, platziere man ein „süßes Kätzchen“.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Momen Faiz

Banksy tauchte in den späten 1990er Jahren in der Kunstszene von Bristol auf. Die frühen Arbeiten waren stark von Graffiti-Kultur und politischem Aktivismus geprägt. Er begann, seine Kunst auf Wänden, Brücken und anderen öffentlichen Orten zu platzieren, was ihm nicht nur Anerkennung, sondern auch eine Plattform für politischen Botschaften verschaffte, ohne dass es dafür einer kuratierten Ausstellung bedarf. So können Kunst und Botschaft schneller und weiter verbreitet werden. Die Anonymität, die Banksy umgibt, verstärkt die Wirkung seiner Kunst, da sie den Fokus auf die Botschaft und nicht auf die Person lenkt.

Banksy hinterließ an mehreren Kriegsschauplätzen seine Botschaften wie zum Beispiel in der Ukraine und in Gaza. Graffiti entstanden sowohl im Gazastreifen als auch in der Ukraine. Die Kunstwerke sind so in den Ort eingebettet, dass es so erscheint, als ob die umherliegenden Trümmer Teil des Kunstwerks wären. In Borodianka (Ukraine) ringen zwei Judokas um den Sieg – eigentlich eine ebenfalls groteske Verharmlosung des Krieges. Inmitten der Trümmer lautet Banksys Kommentar: Der Kleinere

wird den Kampf für sich entscheiden. Die Ukraine ist vom viel größeren und mächtigeren Russland überfallen worden. Banksy drückt durch den kleinen Judokämpfer, der den sichtlich größeren zu Boden bringt, seine Hoffnung aus, die Ukraine könne die russische Armee besiegen, obwohl diese klar überlegen scheint.

Banksy kritisiert mit einigen seiner Graffiti und Installationen die Materialismus-Kultur und die Art und Weise, wie Werbung und Massenproduktion das individuelle Denken beeinflussen. In seinem Werk „Shop Until You Drop“ (2006) zeigt er eine Frau, die mit einem Einkaufswagen nach unten fällt, die Artikel fliegen aus dem Wagen. Die Frau findet keinen Halt und stürzt dem Wagen hinterher. Diese Darstellung ist eine eindringliche Warnung vor den Gefahren übermäßigen Konsums in der modernen Gesellschaft.

Banksy geht es offensichtlich um soziale Gerechtigkeit. Er thematisiert Rassismus und Ungleichheit, indem er die Herausforderungen, mit denen marginalisierte Gruppen konfrontiert sind,



Banksys „Dismaland“: Ein mit Rüstung überzogener Polizeiwagen, der für den Einsatz auf den Straßen Nordirlands gebaut wurde, aufgenommen im August 2015 in Somerset
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Yui Mok

in den Mittelpunkt seiner Arbeiten stellt. Ein Beispiel ist das Werk „The Girl with a Ballon“, das ein Mädchen zeigt, das nach einem roten Herzluftballon greift. Diese einfache, aber kraftvolle Darstellung wird oft als Symbol für Hoffnung und Verlust interpretiert.

Während einige seine Arbeiten als subversiv und revolutionär betrachten, sehen andere sie als Teil des Kunstmarktes, den er kritisiert. Gerade „Girl with a Ballon“ wird mittlerweile häufig kopiert. Die Tatsache, dass einige seiner Werke bei Auktionen für Millionenbeträge verkauft werden, wirft Fragen zur Kommerzialisierung von Kunst und der Authentizität von politischem Aktivismus auf. Banksy selbst hat sich auf seinem Instagram-Kanal zu diesem Thema geäußert und betont, dass er nicht möchte, dass seine Kunst zu einem Statussymbol werde. Vielleicht auch aus diesem Grund hat er eine Version von „Girl with a Ballon“ so manipuliert, dass es sich nach seinem Verkauf bei einer Auktion selbst zerstört hat. In den Rahmen war ein Schredder eingebaut, den Banksy direkt nach dem Zuschlag der Auktion aktivierte. Das zerstörte Bild wurde allerdings dadurch nur noch wertvoller.

Banksys Kunst regt Menschen zum Nachdenken an und mobilisiert sie politisch. Seine Werke sind provokant und fordern die Betrachter auf, sich mit den dargestellten Themen auseinanderzusetzen.



Banksys „Dismaland“: Eine Schaufensterpuppe wird an der Küste von Weston von Möwen angegriffen, aufgenommen im August 2015 in Somerset.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Simon Chapman

Das Auktionshaus Sotheby's zeigt das zerstörte Werk „Girl With Balloon“ des Graffiti-Künstlers Banksy, das nun in das neue Werk „Love Is In The Bin“ umbenannt wurde, nachdem er das Original bei der Auktion mit einem versteckten Aktenvernichter im Rahmen des Gemäldes zerkleinert hatte, aufgenommen im Oktober 2018 in London. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Justin Ng



Aktuell findet bis zum 16. Februar 2025 in München eine Ausstellung zum Werk Banksys statt

House of Banksy
Karlsplatz 21 – 24
80335 München

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Mi, So und
Feiertag 10:00 – 18:00 Uhr
Do, Fr, Sa 10:00 – 20:00 Uhr

Durch das Anbringen der Graffitis an Orten, die thematisch direkt zur Aussage des Werkes passen, zieht die Kunst eine direkte Metaebene in die Realität ein. Nicht nur das Werk spricht für sich, sondern auch die Umgebung, die Stadt, das Land indem aufgrund dieser Wechselwirkung etwas Neues entsteht oder auch der Blick der Menschen anders gelenkt wird. Es gelingt dem Künstler immer wieder durch neue Aktionen, komplexe politische Aspekte zugänglich zu machen und eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Dies zeigt sich beispielsweise in seinem Werk „Dismaland“, einer dystopischen Version eines Vergnügungsparks, die die dunklen Seiten der Konsumgesellschaft und die Absurditäten des modernen Lebens beleuchtet. „Dismal“ bedeutet auf Deutsch „trostlos“. Dismaland soll eine Parodie auf das konsumorientierte Disneyland (vgl. „Napalm“) darstellen. Man findet ein grauvolles Schloss, einen See, Sitzbänke, ein Karussell und vieles mehr, was an Disneyland erinnert. Banksy

interpretiert allerdings alle Elemente auf eine dystopische Art und Weise, sodass es sicherlich keinen vordergründigen „Spaß“ darstellt, den Park zu besuchen.

Das Phänomen Banksy steht an der Schnittstelle zwischen Kunst und Politik. Durch die Bilder rückt Banksy aktuelle und brisante politische Themen in den Vordergrund. Dadurch, dass er dies in Form von Graffitis an scheinbar zufällig gewählten Hauswänden in verschiedenen Ländern umsetzt, erzeugt er auch die gewollte Aufmerksamkeit – nicht nur auf die Kunst, sondern auch auf den jeweils gezeigten Topos. So wird der Betrachter aufgefordert, sich mit drängenden sozialen und politischen Fragen auseinanderzusetzen; und das an Orten, an denen es „weh tut“. In einer Zeit, in der viele Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimmen in der politischen Arena nicht gehört werden, bietet Banksy eine Plattform, um diese Themen sichtbar zu machen. 🟢

BARBARA STAMM (1944 – 2022)

KONSERVATIVE SOZIALPOLITIKERIN UND KÄMPFERIN FÜR DIE GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE VON FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

von Daniela Neri-Ultsch

Obwohl Frauen seit über 100 Jahren in politischer Verantwortung in Deutschland stehen, ist es für sie noch immer bedeutend mühsamer politische Mandate zu erringen und politische Führungspositionen zu übernehmen. Jedoch gab und gibt es eine Reihe von bedeutenden Politikerinnen, die es vermochten, in politische Spitzenpositionen aufzusteigen, ihre Zeit politisch zu prägen und nachhaltige Spuren zu hinterlassen. In einer Kurzserie der E+P werden daher vier Politikerinnen aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen vorgestellt.

Landtags-
 präsidentin
 Barbara Stamm
 im Oktober
 2013

Foto: Bildarchiv
 Bayerischer
 Landtag/Foto-
 graf: Rolf Poss



Zu diesen einflussreichen Politikerinnen zählt zweifelsohne Barbara Stamm. Sie gehört nicht nur zu den prägenden politischen Persönlichkeiten Bayerns, sondern hat sich auch auf Bundesebene einen Namen gemacht. Stamm wurde in erster Linie als Sozialpolitikerin wahrgenommen. Die Menschen verbinden mit ihr eine einfühlsame und gleichzeitig durchsetzungsstarke Vollblutpolitikerin mit Herz, die eine tiefgehende Menschlichkeit und einen unverwechselbaren Politikstil auszeichnete. Damit setzte sie sich immer wieder für Menschen in Notsituationen ein, womit sie zur Anwältin der Personen wurde, die ansonsten wenig politische Aufmerksamkeit erhielten. Ihre politische Bandbreite und Wirkkraft waren jedoch

Als CSU-Kandidatin für die Würzburger Oberbürgermeisterwahl wollte sich Barbara Stamm öffentlichkeitswirksam über das Radwegnetz der Stadt informieren. Zu diesem Zweck unternahm sie zusammen mit dem CSU-Landesgruppenchef und Würzburger CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Böttsch am 23.

August 1989 eine Radtour.

Foto: Picture Alliance/dpa/
Fotograf:
Wolf-Dieter Weißbach



wesentlich umfangreicher, wie ihre politische Bilanz nachdrücklich verdeutlicht. Neben ihrer großen Leidenschaft, der Sozialpolitik, mit der sie vor allem als erste Sozialministerin Bayerns (1994-2001) unmittelbar Politik für die Menschen gestalten konnte, gehörte ihr politischer Einsatz vor allem als erste Landtagspräsidentin an der Spitze des bayerischen Parlaments der Stärkung der Demokratie und der Völkerverständigung in einem geeinten Europa. Ein drittes wichtiges Politikfeld, dem sie sich zeitlebens verbunden fühlte und wofür sie sich nachhaltig einsetzte, war die gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen. Nach 42 Jahren Landtagszugehörigkeit nahm sie 2018 zwar Abschied von der aktiven Politik, engagierte sich aber weiterhin in zahlreichen Ehrenämtern wie beispielsweise als Präsidentin der Lebenshilfe Bayern für Menschen mit Behinderung oder als Ehrenvorsitzende des Caritasverbandes der Diözese Würzburg für das Wohl der Menschen. Barbara Stamm verstarb am 5. Oktober 2022 im Alter von 77 Jahren. Am 29. Oktober 2024 wäre sie 80 Jahre alt geworden.

Herkunft und Prägungslinien

Barbara Stamm wurde am 29. Oktober 1944 in Bad Mergentheim, im Nordosten des heutigen Landes Baden-Württemberg, geboren. Das liegt ungefähr 35 Kilometer südwestlich von Würzburg, der Stadt,

mit der sie mehr als fünf Jahrzehnte sehr verbunden war und die sie als ihre Heimat empfand. Sie selbst fühlte sich der Generation „Kriegskind“ zugehörig, geboren sieben Monate vor Kriegsende. Charakteristisch für diese ist, dass sie überdurchschnittlich oft ohne Väter aufgewachsen sind. Viele Männer waren im Krieg gefallen und so wuchsen deren Kinder mit nur einem Elternteil, der Mutter, auf. Auch Barbara Stamm kannte ihren Vater, Josef Tratt, einen Schneidermeister, wie es in ihrer Geburtsurkunde¹ steht, nicht. Ihre Mutter, eine gelernte Schneiderin, Babette Glock, gab sie nach der Geburt in eine Pflegefamilie, die einen Bauernhof in Löffelstelzen bewirtschaftete. Bis zum Alter von acht Jahren wuchs Barbara Stamm in der harmonischen Atmosphäre ihrer Pflegefamilie auf, nicht ahnend, dass dies nicht ihre ursprüngliche Familie ist. Ihre behütete Kindheit endete jäh, als ihre leibliche Mutter, die gehörlos war, ihre Tochter aus der Pflegefamilie herausnahm und zu sich nach

1 Vgl. dazu: Das Filmporträt „Barbara Stamm: direkt, bodenständig, fränkisch“ in der Sendereihe Lebenslinien, erstmals gesendet am 28. Oktober 2019 im Bayerischen Fernsehen, <https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/lebenslinien/barbara-stamm-direkt-bodenstaendig-fraenkisch-ministerin-csu-politikerin100.html> [Stand: 02.09.2024]. Vgl. auch Daniela Neri-Ultsch: Barbara Stamm. Politikerin aus Leidenschaft für die Menschen, Würzburg 2024.

Bamberg holte, wo sie nach ihrer Heirat mit Karl Stocker, einem gelernten Bäcker, lebte.

Barbara Stamm erlebte in Bamberg eine schlimme Kindheit. Da war zum einen die schwierige Kommunikation mit ihrer gehörlosen Mutter, die dem Kind viel abverlangte.² Denn damals gab es weder für ihre Mutter noch für sie als Kind Unterstützung zum Erlernen der Gebärdensprache, sondern sie mussten sich selbst zu helfen wissen. Und zum anderen war da ihr alkoholkranker Stiefvater, der sie beide bedrohte. So wurden Mutter und Tochter regelmäßig Opfer häuslicher Gewalt.³ Das führte dazu, dass Barbara Stamm ihre weitere Kindheit abwechselnd in ihrem Elternhaus und dem Elisabethen-Kinderheim in Bamberg verbrachte. Im Kinderheim fand sie in einer Klosterschwester eine Bezugsperson, die ihr viel Zuwendung und Halt gab, wie sie selbst rückblickend feststellte.⁴ Stamm selbst betonte Jahrzehnte später, dass diese Erlebnisse sie sehr geprägt hätten und sie sich aus dieser Erfahrung heraus als Sozialpolitikerin entsprechender Themen wie der Einrichtung von Frauenhäusern und Notrufen bei häuslicher Gewalt, der Hilfe für Alleinerziehende, dem Einsatz für das Gleichstellungsgesetz und für Inklusion angenommen habe.⁵ Das waren alles Themen, die ursprünglich nicht zu den klassischen Schwerpunkten der CSU gehörten, die sie aber später in ihrer Partei setzen konnte.

Ausbildung und erste Berufsjahre

Trotz der schwierigen Startbedingungen war Barbara Stamm eine sehr gute Schülerin. In ihrer langjährigen Religionslehrerin fand sie eine zweite wichtige Bezugsperson, die ihr Talent erkannte und sie förderte. Barbara Stamm schloss die Hauptschule als Jahrgangsbeste ab. Sie hätte gerne eine höhere Schule besucht, aber das war ihr aus finanziellen Gründen nicht möglich, weil damals noch Schulgeld zu zahlen war und das Geld dafür fehlte. Da ihr ein höherer Schulabschluss verwehrt blieb, wollte sie eine Ausbildung zur Kindergärtnerin, dem heutigen Beruf der Erzieherin, beginnen. Der Berufswunsch war durch den Kontakt zu ihrer Betreuerin im Kinderheim entstanden, die durch die große Fürsorge und Zuneigung, die sie den ihr anvertrauten Kindern schenkte, zum Vorbild wurde. Jedoch musste man in den 1960er Jahren auch für eine Berufsausbildung zahlen, erst später erhielten Auszubildende ein Lehrgeld. Da sie allein auf sich gestellt war, musste sie sich das Geld für ihre Ausbildung zur Erzieherin in dem Kinderheim, in dem sie lebte, erst einmal durch harte Arbeit verdienen. Schließlich bot ihr ihre ehemalige Religionslehrerin ein zinsloses Darlehen für die Ausbildung zur Erzieherin bei den Barmherzigen Schwestern vom heiligen Kreuz in Gemünden am Main an.

Mit großer Freude brach sie 1962 von Bamberg nach Gemünden auf, um mit der Berufsausbildung ein neues Kapitel in ihrem Leben zu beginnen. Zielstrebig und ehrgeizig schloss sie mit großem Erfolg ihre zweijährige Ausbildung ab und die Direktorin ihrer Schule bot ihr eine Arbeitsstelle im Internat der Mädchenschule an, die zum Bildungswerk der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Kreuz gehörte. Dort war Barbara Stamm für die Betreuung der jungen Schülerinnen verantwortlich, außerdem fielen in ihren Aufgabenbereich auch die Beaufsichtigung und die Hausaufgabenbetreuung sowie die Organisation der Freizeitaktivitäten. Im Zuge ihrer Arbeit lernte sie 1966 bei einem Einkehrtag für ältere Schülerinnen den Jugendseelsorger und Jugendpfarrer der Diözese Würzburg kennen. Er erkannte ihre Begabung, junge Menschen anzuleiten und bot ihr eine Stelle beim bischöflichen Jugendamt in Würzburg an. Damals wurde eine Referatsleiterin für die Ausbildung der Gruppenleiterinnen in der Jugendarbeit gesucht. Sie bewarb sich, erhielt die Stelle und zog im September 1966 nach Würzburg.

Ihre schlimmen Kindheits- und Jugenderlebnisse haben Barbara Stamm so stark geprägt, dass sie

2 „Ich war ihr ja hilflos gegenübergestanden. Gebärdensprache kannte ich nicht, woher denn auch, es hat sich ja auch niemand darum gekümmert, dass hier die Kommunikation klappt, wenn ich mit meiner Mutter unterwegs gewesen bin. Und wenn ich alleine denke, was sich hier getan hat im Bereich Menschen mit Handicap, dass sie wirklich teilhaben können – obwohl das eine oder andere auch noch notwendig ist –, aber das gab es damals gar nicht.“ Vgl. dazu: Barbara Stamm im Gespräch mit Katharina Hamberger am 27. Mai 2021 in der Reihe DLF- Zeitzeugengespräch: <https://www.deutschlandfunk.de/barbara-stamm-csu-ich-habe-franz-josef-strauss-sehr-viel-100.html> [Stand: 02.09.2024].

3 Barbara Stamm im Gespräch mit Norbert Joa am 26. Februar 2019 in Eins zu Eins derTalk, Bayern 2.

4 Barbara Stamm im Gespräch mit Werner Reuß am 29. Oktober 2014 in BR-alpha.

5 Vgl. dazu: Barbara Stamm in dem Filmporträt „Barbara Stamm: direkt, bodenständig, fränkisch“ in der Sendereihe Lebenslinien (wie Anm. 1).

sich bereits in ihrem Beruf und später in der Politik nachhaltig dafür einsetzte, die ungleichen Startbedingungen von Kindern auszugleichen, und sich für Chancengerechtigkeit stark machte. Sie wirkte aktiv darauf hin, dass die Bereiche Prävention und Unterstützung von Familien mehr Aufmerksamkeit bei sozialpolitischen Lösungen. Ebenso wies sie beharrlich darauf hin, soziale Themen differenziert zu diskutieren, und machte immer wieder in politischen Diskussionen deutlich, dass die Lebenslagen und -situationen von Menschen sehr unterschiedlich seien. Entsprechend plädierte sie in gesellschaftlichen Debatten dafür, bei politischen Entscheidungen diese Unterschiede zu berücksichtigen und vor allem auszugleichen. Aus tiefer innerer Überzeugung engagierte sie sich lebenslang dafür, dass die Lebensrealität der Menschen in sämtliche politische Überlegungen einbezogen werde. „Und deswegen bin ich, gerade was Kinder anbelangt, was Chancen für Kinder anbelangt, sehr sensibel und da kann ich sehr emotional werden, was oft nicht verstanden wird. Aber es ist nun einmal so, dass die soziale Herkunft eine ganz entscheidende Rolle dabei spielt, was letztlich auf die Zukunft gesehen für Chancen für ein jeweiliges Kind oder für einen jungen Menschen möglich sind.“⁶

Wechsel nach Würzburg und Eintritt in die Politik

Mit knapp 22 Jahren begann sie im September 1966 als Referentin im bischöflichen Jugendamt und kümmerte sich um die Ausbildung der Gruppenleiterinnen, die Mädchen im Alter von acht bis zwölf Jahren in den Gruppenstunden der Pfarreien der Diözese Würzburg betreuten. Da sie für alle Pfarreien der Diözese Würzburg zuständig war, war sie damals viel unterwegs und da kam es ihr zugute, dass sie einen Führerschein hatte, der damals für Frauen noch nicht selbstverständlich war.⁷ Die vier intensiven Berufsjahre in der Jugendarbeit der Diözese Würzburg sah Barbara Stamm als wichtige Vorbereitungszeit für ihre spätere Laufbahn als Politikerin an.

6 Barbara Stamm im Gespräch mit Katharina Hamberger am 27. Mai 2021 (wie Anm. 2).

7 Bis 1958 benötigten Frauen die Zustimmung ihres Vaters oder ihres Ehemannes, wenn sie einen Führerschein machen wollten.

Neben den organisatorischen und vermittelnden Fertigkeiten erwarb sie wichtige Fähigkeiten vor allem durch ihre intensive Mitarbeit im politischen Arbeitskreis, der von den Mitarbeitern des bischöflichen Jugendamtes zusammen mit ehrenamtlichen Interessierten gegründet worden war. Sie lernte dabei, was Demokratie bedeutet, wie Sachdiskussionen und Meinungs austausch geführt und wie schließlich Lösungen auf demokratischer Basis erarbeitet werden. Das Erlebnis in einer Gemeinschaft, die jedes Mitglied respektiert und in der sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen kann, hat sie als ein sehr hohes Gut kennen und schätzen gelernt.⁸

1969 wurde für Barbara Stamm in zweifacher Hinsicht zu einem Schicksalsjahr, denn es war das Jahr der richtungsweisenden Entscheidungen in ihrem Leben: Sie stellte die Weichen für ihr privates Glück und schloss den Bund fürs Leben mit Ehemann Ludwig Stamm; sie trat in die CSU ein und fand ihre Berufung in die Politik. 1972 suchte die CSU ganz gezielt nach Kandidatinnen für die Stadtratswahlen und bot Barbara Stamm die Kandidatur an. Ihr Mann überzeugte sie, dass dies eine sinnvolle Ergänzung zur Familienarbeit zu Hause sei, denn Barbara Stamm war nach der Geburt ihres ersten Kindes 1970 nicht mehr erwerbstätig und hatte zunächst das klassische Familienmodell gelebt, jedoch füllte sie die neue Rolle als Hausfrau und Mutter nicht wirklich aus. Nach kurzer Bedenkzeit nahm sie das Angebot an und ließ sich für die Stadtratswahlen aufstellen. Allerdings musste sie zunächst regelrecht um einen Platz auf der Liste kämpfen. Für einen Teil des CSU-Kreisverbandes war weiblich, junge Mutter und Erzieherin keine vielversprechende Kandidatenoption, entsprechend fiel ihre Nominierung für die Liste aus. Sie erhielt lediglich Platz 24, der wenig chancenreich für einen erfolgreichen Einzug in den Würzburger Stadtrat schien. Durch den Verzicht eines anderen Kandidaten konnte sie auf Platz 23 vorrücken. Nachdem sie sich den Listenplatz so hart erkämpft hatte, konzentrierte sie sich mit Unterstützung ihres Mannes mit großer Energie und Ehrgeiz auf das Werben um Stimmen und führte einen Haustürwahlkampf. „Wir haben die Menschen dort aufgesucht, wo sie wohnten. Wir sind treppauf

8 Barbara Stamm im Gespräch mit der Autorin am 20. Januar 2021.

und treppab gelaufen.“⁹ Dieses Engagement zahlte sich aus, die 27-jährige Barbara Stamm wurde bei der Wahl am 11. Juni 1972 von Platz 23 auf Platz 14 vorgewählt und zog auf Anhieb in den Würzburger Stadtrat ein.¹⁰ Dieser Erfolg brachte ihr viel Aufmerksamkeit ein. Barbara Stamm war im Rückblick sehr davon überzeugt, dass ihr Engagement in der kirchlichen Jugendarbeit und ihre berufliche Ausbildung wichtige Erfahrungen waren, die sie politisch umsetzen konnte. Überhaupt schätzte sie an den Politikern ihrer Generation, dass sie durch ihre Arbeit im vorpolitischen Raum schon wichtige Erfahrungen vorweisen konnten, bevor sie die politische Laufbahn einschlugen.¹¹

Die Stadtratswahlen von 1972 in Würzburg waren insgesamt gesehen für die Frauen sehr erfolgreich verlaufen. Von 50 Mandatsträgern waren zehn weiblich, was mit 20 Prozent damals einen hohen Anteil darstellte, der bundesweit für Aufmerksamkeit in der Presse sorgte. Dennoch zeigte sich schnell, dass den Frauen bei der Zuteilung der Ausschüsse „naturgemäß“ die sogenannten frauentypischen Ausschüsse Sozialhilfe und Jugendhilfe angeboten wurden. Da aber die zehn Politikerinnen fraktionsübergreifend gut zusammenarbeiteten und sich solidarisch zeigten, konnten sie ihren Anspruch, in allen Ausschüssen vertreten zu sein, durchsetzen. Barbara Stamm hatte sich in ihrer ersten Wahlperiode im Würzburger Stadtrat für den Finanzausschuss entschieden, arbeitete jedoch bis zu ihrem Ausscheiden 1987 auch in den Ausschüssen Personal und Soziales.

Eine weitere wichtige Erkenntnis, die sie und ihre Kolleginnen aus dieser Zeit mitnahmen, war die Bedeutung der informellen Gespräche nach den Stadtratssitzungen, die meist in einem nahegelegenen Gasthaus stattfanden. Barbara Stamm verwies darauf, dass diese Zusammenkünfte nach den offiziellen Sitzungen nicht nur eine wichtige Bedeutung für den Austausch von Informationen

haben, sondern oft für persönliche Gespräche und Netzwerke eine wichtige Rolle spielen. Einen großen Vorteil der Kommunalpolitik stellte nach ihrer Erfahrung die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit mit ihren damaligen Stadtratskolleginnen Gerda Laufer und Karin Radermacher, beide SPD, dar, die sie später auch im Landtag wiedertreffen sollte. Mit ihnen setzte sie sich parteiübergreifend für sozialpolitische wie auch für bildungspolitische Themen ein. So erkämpften sie bereits in den 1970er Jahren gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden die Einrichtung von Frauenhäusern, als auf Landesebene in Bayern noch keiner von Frauenhäusern gesprochen hat. Ein anderes wichtiges Thema, das auf Landes- wie auf Bundesebene ebenfalls erst wesentlich später diskutiert wurde, war das Erziehungsgeld. Das Gleiche gilt für die Ganztagschule: „Wir haben die Ganztagschule Heuchelhof bei uns in Würzburg gehabt, während die Staatsregierung die Ganztagsmodelle wieder zerschlagen hat, weil sie gesagt hat, Ganztagschule geht bei uns nicht. Wir in Würzburg haben unsere Ganztagschule erhalten. Und zwar so lange, bis Ganztagschule auch in das Konzept der Bayerischen Staatsregierung gepasst hat.“¹²

Aufstieg in die Landespolitik und Sprung ins Kabinett

Barbara Stamm hatte sich im Stadtrat schnell einen Namen als Sozialpolitikerin gemacht und als sich ihre Parteikollegin aus Aschaffenburg, Marielies Schleicher,¹³ mit politischem Schwerpunkt Sozialpolitik aus Altersgründen aus dem Bayerischen Landtag zurückzog, schlug sie Barbara Stamm als Kandidatin für die Landtagswahlen von 1974 vor. Trotz intensiven Wahlkampfs und persönlich gutem Wahlergebnis konnte Barbara Stamm 1974 als Listenkandidatin nicht direkt in den Bayerischen Landtag einziehen, war aber erste Nachrückerin in Unterfranken. Als ihr Parteikollege

9 Die Autorin im Gespräch mit Barbara und Ludwig Stamm am 27. April 2022 in Würzburg.

10 Das Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Bayern ermöglicht dem Wähler Einfluss auf die Kandidatenliste der Parteien zu nehmen, da es das Kumulieren von Stimmen zulässt. Das heißt der Wähler kann bis zu drei Stimmen einem Wahlkandidaten oder -kandidatin geben. Vgl. dazu: <https://www.wahlrecht.de/kommunal/bayern.html> [Stand: 02.09.2024].

11 Die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 20. Januar 2021.

12 Die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 20. Januar 2021.

13 Marielies Schleicher (28. Juli 1901 – 17. Januar 1996) war eine bayerische Sozialpolitikerin aus Aschaffenburg und war von 1962 bis 1974 Mitglied des Bayerischen Landtags. Vgl. dazu: Daniela Neri-Ultsch: „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ Frauen gestalten Politik in Bayern (1946 – 2016), München 2017, S. 98 f.



Führung der CSU, Gruppenbild auf dem 57. CSU-Parteitag in München V.l.n.r. Ingo Friedrich, Barbara Stamm, Theo Waigel, Monika Hohlmeier, Gerold Tandler, München 1993
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Werek Pressebildagentur

Wolfgang Bötsch in den Bundestag wechselte, rückte sie im Oktober 1976 in den Bayerischen Landtag nach. Mit ihrem Eintritt in das bayerische Landesparlament verstärkte sie den Frauenanteil, mit ihr waren es 17 Frauen auf insgesamt 205 Abgeordnete, was einem Anteil von nur 7,7 Prozent entsprach. Barbara Stamm stach in mehrfacher Hinsicht unter diesen 17 weiblichen Mitgliedern des Parlaments hervor. Sie war nicht nur eine junge Abgeordnete mit knapp 32 Jahren, sondern auch berufstätig und darüber hinaus Mutter zweier kleiner Kinder. Damit verkörperte sie im Landtag eine neue Generation von Politikerinnen, da die meisten Parlamentarierinnen entweder keine Kinder oder bereits erwachsene Kinder hatten, als sie politische Verantwortung übernahmen. Im Gegensatz dazu hatten sie und ihre Kolleginnen im Parlament meist gemeinsam, dass sie als Listenkandidatinnen¹⁴ und

Nachrückerinnen in den Landtag gewählt wurden. Es gelang Barbara Stamm, sich sehr schnell in der Fraktion und in der Partei zu etablieren. Zum einen, weil sie sich immer stärker zur Sozial-, Bildungs- und Familienpolitikerin in der CSU entwickelte und an politischem Profil gewann. Zum anderen, weil sie den Mut besaß, offen für ihre politischen Positionen einzutreten, auch gegenüber prominenten Parteimitgliedern wie dem damaligen Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. „Ich war natürlich immer für Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik zuständig, das waren immer meine Themen gewesen. Ich habe mich immer sehr viel und intensiv an Diskussionen beteiligt, habe mich auch oft mit Franz Josef Strauß angelegt, wenn ich anderer Meinung war als er.“¹⁵ So enthielt sich Barbara Stamm bei der Abstimmung über den Kreuther Trennungsbeschluss¹⁶ im November 1976, weil sie die Entscheidung für falsch hielt. Damit gehörte sie zu den wenigen in der CSU-Landtagsfraktion, die sich gegen den Trennungsbeschluss stellten und dies nach erst einigen Wochen Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag. Der Mut zum Widerspruch, wenn sie von ihrer politischen Position überzeugt war, bewirkte, dass Barbara Stamm auf sich aufmerksam machte, an Profil gewann und ihr politisches Talent nicht nur von Ministerpräsident Franz Josef Strauß erkannt wurde. Entsprechend rasant verlief ihre weitere politische Laufbahn. Nach zwei Jahren Landtagszugehörigkeit kam sie bereits 1978 in den Fraktionsvorstand und war von 1986 bis 1987

14 Für die Wahl in den Bayerischen Landtag unterscheidet man nach dem bayerischen Wahlrecht Wahlsystem, einem Mischsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht, zwischen Listen- und Direktmandat. Es gibt Abgeordnete, die in ihrem Stimmkreis nach dem Mehrheitswahlrecht direkt ins Parlament gewählt werden, d. h., derjenige, der die meisten Stimmen im Stimmkreis erhält, zieht ins Parlament ein. Und es gibt Abgeordnete, die über die Liste, die die Parteien für jeden Regierungsbezirk aufgestellt haben, nach dem Verhältniswahlrecht ins Parlament gewählt werden. Der Direktkandidat wird vom Wähler mit der Erststimme und der Listenkandidat mit der Zweitstimme gewählt. Für die Wahl zum Bayerischen Landtag werden 91 Direktmandate und 89 Listenmandate vergeben. Vgl. detailliert zum Wahlsystem in Bayern: https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/K3_Oeffentlichkeitsarbeit/Flyer_Bayernwahl_2023_230522_Ansicht.pdf [Stand: 02.09.2024].

15 Die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 21. Januar 2021.

16 Auf der Klausurtagung am 18./19. November 1976 in Wildbad Kreuth sprach sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag dafür aus, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag zu verlassen und im neuen Bundestag eine unabhängige und eigenständige Fraktion zu bilden. Daraufhin forderte der CDU-Bundesvorstand die CSU-Parteiführung mit einem Ultimatum auf, den Beschluss zurückzunehmen und in die Fraktionsgemeinschaft zurückzukehren. Für den Fall, dass es tatsächlich zur Aufkündigung der gemeinsamen Fraktionsgemeinschaft im Bundestag kommen würde, kündigte der CDU-Parteivorstand an, dass er in Bayern einen Landesverband der CDU gründen würde. Vgl. dazu: Alf Mintzel: Geist von Kreuth, publiziert am 05.11.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Geist_von_Kreuth [Stand: 07.08.2024].

stellvertretende Fraktionsvorsitzende, was vor ihr noch keiner Frau in der CSU-Landtagsfraktion gelungen war.

1987 wurde sie von Franz Josef Strauß als Staatssekretärin im Sozialministerium in sein Kabinett berufen, worüber sie sehr zufrieden war, denn sie war zunächst für ein anderes Ministerium im Gespräch gewesen: „Haarscharf bin ich am Kultusministerium vorbeigekommen.“¹⁷ Damit hatte nach Mathilde Berghofer-Weichner erst die zweite Frau den Sprung ins bayerische Kabinett geschafft. Wichtige politische Anliegen, für die sich Stamm in ihrer Zeit als Staatssekretärin einsetzte, waren die Senioren- und Behinderten- sowie die Familienpolitik. Ebenso machte sie sich schon damals für frauenpolitische Fragen stark, wie z.B. die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten, mehr Kinderbetreuungsplätze, Anerkennung der Familienarbeit und bessere Rückkehrmöglichkeiten nach der Erziehungszeit. Nach siebenjähriger Tätigkeit als Staatssekretärin erfolgte 1994 unter Ministerpräsident Edmund Stoiber die Ernennung zur Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Als Barbara Stamm als Ministerin an der Spitze des Sozialministeriums stand, verantwortete sie einen Geschäftsbereich, der nie mehr so umfangreich wie zu ihrer Zeit war. Die Ressortbereiche Gesundheit und Pflege wie auch Asyl und Integration wurden in den 1990er Jahren dem Sozialministerium hinzugefügt, allerdings wanderten diese Politikfelder in den 2000er Jahre im Zuge neuer Ressortzuschnitte in den Zuständigkeitsbereich anderer Ministerien.

Aus der Vielfalt ihrer politischen Aufgabengebiete sind beispielsweise zu nennen: ihr politisches Wirken für die Erhöhung des Kindergeldes, die Anpassung der Einkommensgrenzen für das Erziehungsgeld, aber auch Themen wie z.B. eine neue Suchtstoff-Politik oder ein Anreizsystem für die Altersvorsorge. Ein wichtiger Themenschwerpunkt ihrer Zeit als Ministerin bildete die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen, und ein Meilenstein war das hart umkämpfte Gleichstellungsgesetz von 1996. Wesentliche weitere Themen in ihrer Amtszeit waren zudem eine humane AIDS-Politik; im Gegensatz zu anderen Parteikollegen setzte sie auf Prävention



und Beratung. Ihr Einsatz galt darüber hinaus besonders der kontinuierlichen Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Handicap.

Foto: Picture Alliance/Zeichner: Martin Erl

Barbara Stamms politischer Kampf für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gesellschaft und Politik

Als Barbara Stamm Ende der 1960er Jahre politisch aktiv wurde, gab es noch nicht viele Frauen in der Politik. Sie war Erzieherin, Mutter mit kleinen Kindern und wollte sich aktiv politisch engagieren und passte damit so gar nicht in das Bild einer Politikerin der Christsozialen Union. Aber ihr Wille, gesellschaftliche Verbesserungen für Frauen zu erreichen, war stark. Sie war davon überzeugt, dass Frauen für die Politik unverzichtbar waren und mitgestalten sollten, da sie neue Kompetenzen und Sichtweisen einbrachten. Obwohl es in der Landtagsfraktion nur wenige Frauen gab, sich darunter aber ausgeprägte Persönlichkeiten wie Mathilde Berghofer-Weichner befanden, ergriff Barbara Stamm die Initiative und gründete einen Arbeitskreis Frauen. Mit dieser Maßnahme gelang es ihr, die politischen Anliegen ihrer Fraktionskolleginnen zu bündeln und sich damit gezielt bei den führenden CSU-Männern Gehör zu verschaffen. Gemeinsam

17 Zit. nach Bayerischer Landtag (Hg.): Maximilianeum 9 (1994), S. 101.

Zur Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft 2006 der Menschen mit Behinderung organisierte die Aktion Lebenshilfe mit ihrer Vorsitzenden Barbara Stamm ein Prominenten-Spiel mit Edmund Stoiber als Ehrengast. Dieser lobte sie später mit folgenden Worten: „Barbara, Deine Sache hier machst Du mit tollem Herz und Verstand, mein Respekt für Dich.“

Foto: SZ Photo/
Fotograf: Frank Ossenbrink



mit ihren Kolleginnen baute sie nicht nur Schritt für Schritt ein Netzwerk unter den Frauen auf, sondern gewann einflussreiche Parteikollegen als Unterstützer. Wie schwer es noch in den 1980er Jahren war, frauenpolitische Themen durchzusetzen, unterstreicht die Diskussion, die Barbara Stamm und ihre Fraktionskolleginnen mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß um den Zugang von Frauen in den Polizeivollzugsdienst führten. Frauen konnten zu dieser Zeit bei der Kripo, aber nicht im Polizeivollzugsdienst arbeiten. Ministerpräsident Strauß lehnte die Öffnung für Frauen in diesem Dienst ab, weil er den Einsatz für Frauen als zu gefährlich und nicht geeignet hielt. Barbara Stamm schilderte das Ende der Diskussion: „Wir sagen es Ihnen, Herr Ministerpräsident, Sie werden in die Situation kommen, wo Sie mit dem männlichen Nachwuchs die Sollstärke in der Polizei nicht mehr erfüllen können. Und er musste noch vor seinem Tod 1988 die Entscheidung revidieren. Ich fand es schlimm, dass immer erst dann Frauen Zugang eröffnet wurde, wenn es mit männlichem Nachwuchs nicht mehr geht.“¹⁸ Diese Episode unterstreicht, dass viel Durchhaltevermögen von Barbara Stamm und ihren Kolleginnen gefragt war, bis

sie Schritt für Schritt festgefahrene Einstellungen und Positionen im politischen Alltag aufbrechen und gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen konnten.

Eine besondere Herausforderung stellte für Sozialministerin Barbara Stamm die Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes im öffentlichen Dienst von 1996 dar, das sie viel Überzeugungskraft kostete und gegen großen Widerstand mit Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber durchsetzen konnte. Die Abwehr kam von allen Seiten. Auch im Kabinett stieß dieses Gesetz zunächst bei den männlichen Kollegen auf wenig Zustimmung; sie hielten es für überflüssig und verzichtbar. Es stellte jedoch eine entscheidende Voraussetzung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter dar, wie Barbara Stamm ihre Motivation und Überzeugung für das Gleichstellungsgesetz darlegte: „Ich wollte unbedingt durchsetzen, dass Frauen und Männer in Elternzeit auch befördert werden können. Denn sonst hänge ich die Mütter und auch die Väter ab, wenn ich die in der Elternzeit nicht befördere; dann hänge ich sie von der Karriereleiter ab.“¹⁹ Die Anerkennung der

18 Vgl. dazu die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 9. März 2021, in: Neri-Ultsch (wie Anm. 1), S. 266.

19 Die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 9. März 2021, in: Neri-Ultsch (wie Anm. 1), S. 134.

Erziehungszeit war für Barbara Stamm etwas ganz Wesentliches, wofür sie auch in der Gesellschaft mehr Respekt und Wertschätzung erreichen wollte. So verfolgte sie Mitte der 1990er Jahre bereits sehr innovative Lösungsansätze zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und startete im Sozialministerium eine Reihe von einschneidenden Veränderungen. Sie setzte ein Novum, indem sie eine alleinerziehende Mutter in Teilzeit zur Abteilungsleiterin ernannte. Dies stellte einen bedeutenden Fortschritt dar, da es trotz interner Vorbehalte einwandfrei funktionierte. Eine weitere Maßnahme, die sie ebenfalls gegen viele Widerstände ergriff, war die Einführung von Homeoffice. Außerdem besetzte sie in einem Versorgungsamt in Nürnberg, das zu ihrem Ressort gehörte, die stellvertretende Leitung in Teilzeit oder sie ermöglichte einem Ehepaar, sich eine Richterstelle zu teilen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Was damals noch auf große Widerstände und Vorbehalte stieß, wurde im Zuge der Corona-Pandemie plötzlich auf breiter Ebene erfolgreich konsensfähig und praktikierbar. Damit zeigte sich ein weiteres Mal, dass Barbara Stamm ihrer Zeit voraus war.

Als Anerkennung ihrer politischen Leistung wurde sie 1998 vom Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zur stellvertretenden Ministerpräsidentin ernannt. Umso bitterer erlebte sie 2001 ihren Rücktritt als Sozial- und Gesundheitsministerin im Zusammenhang mit der BSE-Krise.²⁰ Ihr Rücktritt markierte zunächst das jähe Ende ihrer bisherigen



Die ehemalige Landtagspräsidentin Barbara Stamm mit ihrer Tochter Sissi bei der Karnevalsveranstaltung „Fastnacht in Franken 2019“, Veitshöchheim, 14. Februar 2019

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Alexander Schuhmann

erfolgreichen politischen Laufbahn. Ihre persönliche Stärke lag schließlich darin, sich von diesem Rückschlag zu erholen, um dann umso kraftvoller als erste Frau überhaupt in das Amt der Präsidentin bis an die Spitze des Bayerischen Landtags aufzusteigen und damit erneut ein politisches Spitzenamt als erste Frau zu erreichen.

Politisches Comeback: Als erste Frau an der Spitze des Bayerischen Landtags

Wie nach Sieg und Niederlage in der Politik beieinanderliegen, erfuhr Barbara Stamm, als sie 2008 für das Amt der Landtagspräsidentin kandidierte. Der Wahlabend 2008 geriet zum Wechselbad der Gefühle: Für einen Moment sah es so aus, als würde der Stimmenverlust ihrer Partei auch Stamms Hoffnungen auf ein politisches Comeback vereiteln. Erst nach Mitternacht stand fest: Sie würde erneut ins Maximilianeum einziehen und damit die letzte entscheidende Hürde auf dem Weg ins Amt der ersten Landtagspräsidentin in Bayern nehmen.

In diesem wichtigen Amt stellte Stamm erneut ihre Gestaltungskraft unter Beweis. Sie öffnete das Hohe Haus nicht nur für alle gesellschaftlichen Gruppen, sondern sie nahm auch wichtige Veränderungen im Inneren der Herzkammer der Bayerischen Demokratie vor. „Die Stärkung des Parlaments insgesamt lag mir sehr am Herzen, vor allem gegenüber der Staatsregierung, aber natürlich auch nach außen hin“,²¹ unterstrich sie ihr Handeln. War Barbara Stamm

20 In den 1990er Jahren wurde BSE zunächst in Großbritannien bei Rindern festgestellt und breitete sich in weiteren Ländern aus. Es handelt sich bei BSE [Bovine spongiforme Enzephalopathie] um eine Erkrankung des Hirns bei Rindern, die zu neurologischen Ausfällen führt. Man sprach damals vom „Rinderwahnsinn“. Die Krankheit wurde wohl ausgelöst durch Tiermehl, das nicht ausreichend erhitzt wurde. Die Tierepidemie galt durch den Verzehr infizierter Tiere als möglicherweise übertragbar auf den Menschen. Als im Dezember 2000 auch in Bayern die ersten Fälle der Rinderkrankheit BSE festgestellt wurden, versuchte die Bayerische Staatsregierung mit einem Maßnahmenkatalog die Bekämpfung der Rinderkrankheit unter Kontrolle zu bekommen und gründete ein Verbraucherschutzministerium. Schließlich übernahm Gesundheitsministerin Barbara Stamm die politische Verantwortung und trat zurück. Vgl. dazu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.01 und 24.01.2001.

21 Die Autorin im Gespräch mit Barbara Stamm am 10. Februar 2021.

Krönung der politischen Laufbahn Barbara Stammers: Wahl zur ersten Landtagspräsidentin am 20. Oktober 2008
Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag/Fotograf: Rolf Poss



bisher vor allem als Sozialpolitikerin hervorgetreten, so setzte sie sich als Landtagspräsidentin für zwei weitere wichtige Politikfelder ein: die Verteidigung der Demokratie und die Völkerverständigung. Sie zeigte auch hier weit im Voraus ihr Gespür für wesentliche Themen, bevor sie auf der tagespolitischen Agenda akut waren. So unterstützte sie den Ausbau enger bayerisch-israelischer Beziehungen mit einer Reihe von Kooperationen auf Parlamentsebene und im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.²² Ein

22 Barbara Stamm lag sehr daran, die Jugend und damit die nachfolgenden Generationen bei der nachhaltigen Gestaltung einer engen Partnerschaft mit Israel mit einzubeziehen. In diesem Sinne stellte für sie der Abschluss der ersten Partnerschaftsverträge, die drei bayerische Gymnasien mit der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem am 19. März 2013 im Bayerischen Landtag unterzeichneten, einen ganz entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Aufbau und Austausch zwischen deutschen und israelischen Schulen dar. Zusammen mit dem damaligen Generalkonsul Israels, Tibor Shalev Schlosser, rief sie 2013 den Studientag Israel ins Leben, um eine Plattform für konkrete gemeinsame Projekte zwischen Bayern und Israel zu schaffen. Vgl. dazu auch: Neri-Ultsch (wie Anm. 1), S. 203–209.

wichtiges Anliegen war ihr bereits 2014 die Stärkung der Beziehungen zur Ukraine, hier wirkte sie zusammen mit verschiedenen Kooperationspartnern auf einen intensiven Austausch und Unterstützung für die Ukraine, besonders im Bereich Gesundheit und Soziales, hin. Sie appellierte: „Europa muss sich weiter um dieses Land kümmern. Aber auch Bayern wird seinen Teil dazu beitragen.“²³

Ein in ihren Augen viel zu lange vernachlässigtes Kernproblem eines Landesparlaments im Verhältnis zu Europa stellte der drohende Verlust an Zuständigkeiten dar. Da immer mehr Politikfelder von Brüssel und Straßburg aus geregelt wurden, setzte sie sich zusammen mit Vizepräsident Reinhold Bocklet dafür ein, die Präsenz des Bayerischen Landtags in Brüssel zu stärken und richtete 2010 eine Informations- und Kontaktstelle für den Bayerischen Landtag in der Bayerischen Vertretung in

23 Barbara Stamm auf ihrer Reise in der Ukraine im November 2015. Vgl. dazu ebd., S. 200–203, hier S. 200. Außerdem auch: <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/veranstaltungen/gaeste-und-begegnungen/gub-2015/02112015-informationsreise-ukraine/> [Stand 02.09.2024].

Brüssel ein.²⁴ Dem Beispiel des Bayerischen Landtags folgten weitere Länder; so entstand in Brüssel ein Netzwerk und eine gute Zusammenarbeit unter den Landesparlamenten.

Auch als Landtagspräsidentin unterstützte sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen. Es war ihr wichtig zu zeigen, dass beides möglich und praktizierbar ist, wenn der Arbeitgeber entsprechende Rahmenbedingungen schafft. 2009 veranlasste sie die Einrichtung einer Kinderkrippe für die Kinder von Landtagsangehörigen, die stetig ausgebaut werden musste, da die Nachfrage groß war, und schließlich können seit 2016 mit der Einrichtung des Kinderhauses „MiniMaxi“ auch Kinder bis zum Schulbeginn betreut werden.

Nach diesem Blick auf einige Schlaglichter ihres umfangreichen Wirkens in ihren verschiedenen politischen Ämtern wird deutlich: Barbara Stamm hatte sich zu einer unverwechselbaren Politikerin entwickelt: Ihr Politikstil war gekennzeichnet von Mut und Empathie, aber gleichzeitig auch von Kampfgeist und Durchsetzungskraft. All dies trug dazu bei, dass Barbara Stamm über lange Jahre hinweg die Umfragen als beliebteste Politikerin in Bayern anführte; die Wertschätzung für sie schlug sich aber auch ab den 1990er Jahren in eindrucksvollen Stimmergebnissen nieder, mit denen ihr Landtagsmandat von Wahl zu Wahl bestätigt wurde. Ursprünglich wollte sie im Herbst 2018 nicht mehr in den Wahlkampf ziehen, aber aus Solidarität mit ihrer Partei ließ sie sich noch einmal in die Pflicht nehmen. Trotz ihres persönlich erfolgreichen Wahlergebnisses konnte sie aufgrund des Wahlergebnisses der CSU als Listenkandidatin



nicht mehr in den Bayerischen Landtag einziehen. Nach 42 Jahren Landtagszugehörigkeit, davon zehn Jahren als Landtagspräsidentin, nahm sie Abschied von der aktiven Politik, engagierte sich aber bis zu ihrem Tod am 5. Oktober 2022 in zahlreichen Ehrenämtern weiterhin für das Wohl der Menschen. Barbara Stamm gilt zu Recht als Vorbild, wie es in vielen Nachrufen auf sie zu lesen war. Mit ihrer Biografie hat sie gezeigt, wie wichtig es ist, dass Frauen Verantwortung in Parlamenten und Regierungsämtern übernehmen, um politisch zu gestalten. Sie war fest davon überzeugt: „Frauen können alles. Nicht nur prinzipiell, sondern auch praktisch, in allen Ämtern der politischen Verantwortung. Politik profitiert dabei wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens davon, wenn Verantwortung geteilt wird und Männer ebenso wie Frauen ihren Teil zum Gelingen beitragen.“²⁵ 🌟

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder spricht während des Trauerstaatsaktes für die verstorbene ehemalige bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm am 14. Oktober 2022 im Würzburger Dom. Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Karl-Josef Hildenbrand

24 „Bisher war es so gewesen, dass in Brüssel in unserer Bayerischen Vertretung nur die Staatsregierung saß. Wir im Landtag haben dann gesagt, das geht nicht, auch der Landtag hat in Brüssel im gleichen Gebäude wie die Staatsregierung zu sein. Es war nicht einfach, das durchzusetzen. Ich musste gegen erhebliche Widerstände der Staatskanzlei ankämpfen. (...) Dass das Parlament jetzt in Brüssel in der Bayerischen Vertretung präsent ist, ist wirklich ein Meilenstein. Denn wir müssen über die Vorgänge in der EU auch schnell informiert sein.“ Barbara Stamm, in: Neri-Ultsch (wie Anm. 1), S. 192.

25 Barbara Stamm am 7. November 2017 bei ihrer Eröffnungsrede zur Ausstellung „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!“ Frauen gestalten Politik in Bayern (1946 – 2016) im Bayerischen Landtag. Vgl. dazu auch: Barbara Stamm: Wir Frauen können alles!, in: CSU (Hg.): 75 Jahre CSU. Bayern. Mythos. Zukunft, München 2020, S. 47.

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Manfred Fischl, Nadja Renner
Redaktionsassistent: Luc Friebertshäuser

Titelbildnachweis

Ein Graffito des britischen Straßenkünstlers Banksy
auf einem durch Kämpfe zerstörten Gebäude in der
ukrainischen Stadt Borodyanka, Region Kiew,
aufgenommen am 13.11.2022

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Andrew Kravchenko

Gestaltung

MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Als editorische Notiz ist zu beachten, dass von der Redaktion der E+P die in Bayern gesetzte Doppelformel („Bürgerinnen und Bürger“) verwendet wird, externen Autorinnen und Autoren jedoch freigestellt ist, eine andere Schreibweise zu wählen.